

**BÜNDNIS für FAMILIE**

Nürnberg

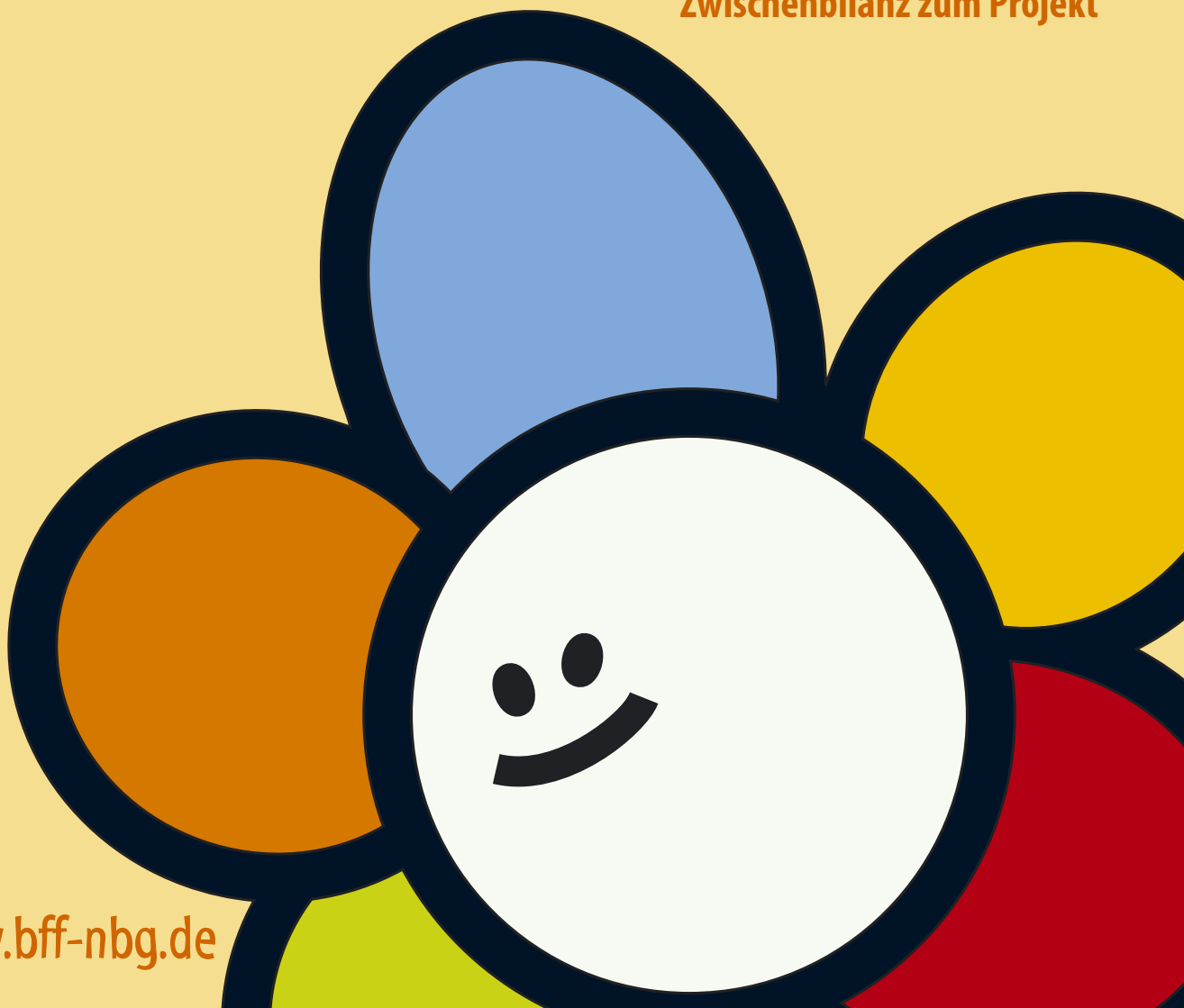


**dji**

Deutsches  
Jugendinstitut

## **Kommunale Strategien zur Armutsprävention bei allein Erziehenden Von Projekten zum integrierten Handlungskonzept**

**Dokumentation zum Workshop am 16.6.2004 in Nürnberg  
Zwischenbilanz zum Projekt**



[www.bff-nbg.de](http://www.bff-nbg.de)

Herausgeber:  
Stadt Nürnberg,  
Referat für Jugend, Familie und Soziales,  
Stab Familie  
in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI)

Redaktionelle Bearbeitung:  
Wolfgang Erler/Dorit Sterzing, DJI,  
Abteilung Familie und Familienpolitik

Projektbetreuung:  
Ulrike Käppel,  
Stab Familie

Gestaltung:  
Harald Hans Vogel

## Einführung

*Wolfgang Erler/Dorit Sterzing, DJI*

Projekt „Entwicklung kommunaler Strategien zur Armutsprävention bei allein Erziehenden.  
Prekäre Lebenslagen und die Vernetzung von Hilfen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt“ . . . . . 4

## Workshop vom 16.06.2004

**Grußwort** von Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend . . . . . 8

*Prof. Uta Meier-Gräwe*

**Fachvortrag:** Prekäre Lebenslagen allein Erziehender und sozialstaatliche Interventionen –  
Erfahrungen beim Praxistransfer kommunaler Armuts-Berichterstattung  
und praxisbezogener Armuts- und Lebenslagenforschung . . . . . 10

### Gesprächsrunden

**Runde 1:** Der Hürdenlauf in den Arbeitsmarkt: Arbeitsorientierte Beratung  
und Vermittlung, Beschäftigung im ersten und zweiten Arbeitsmarkt . . . . . 25

**Runde 2:** Damit der Bildungszug nicht abgefahren ist: Passgerechte Projekte für allein Erziehende  
und ihr Beitrag zu mehr Durchlässigkeit im System der beruflichen Bildung . . . . . 30

**Runde 3:** Öffentliche Verantwortung? Wohin mit den Kindern?  
Perspektiven für ein bedarfsgerechtes Angebot zur Förderung von Kindern Erwerbstätiger  
ohne reißfestes familiäres Netz . . . . . 39

**Runde 4:** Die Nachbarschaft als Ressource: Unterstützung aus dem Sozialen  
Nahraum als Perspektive der sozialen Arbeit mit allein Erziehenden . . . . . 45

## Projektbericht

*Wolfgang Erler/Christine Popp, DJI*

Allein Erziehende: Lebenslage und Hilfebedarf –  
Anforderungen an kommunale Handlungskonzepte zur Arbeitsmarktintegration . . . . . 51

**Materialien/Literatur** . . . . . 68

## Einführung

### **Projekt „Entwicklung kommunaler Strategien zur Armutsprävention bei allein Erziehenden. Prekäre Lebenslagen und die Vernetzung von Hilfen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt“**

*Wolfgang Eler/Dorit Sterzing, DJI*

#### **Eine Nürnberger Initiative ...**

Die Stadt Nürnberg hat im Jahr 2001 ein Bündnis für Familie ins Leben gerufen, das zum Ziel hat, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Familien in Nürnberg zu verbessern. Um dieses zu erreichen wurden in den Handlungsfeldern: „Förderung der Familie“, „Kampagne Erziehung“, „Familie, Bildung und Kultur“, „Familie und Arbeitswelt“ und „Lebensraum Stadt“ vielfältige Projekte, runde Tische, offene Foren u.v.m. gestartet.

Im Armutsbericht der Bundesregierung von 2001 sind allein Erziehende als die zentrale „Problemgruppe“ unter der auf Sozialhilfe angewiesenen Bevölkerung in prekärer Lebenslage herausgearbeitet. Vor diesem Hintergrund entstand im Bündnis für Familie die Überlegung, die Situation der in Nürnberg lebenden allein Erziehenden zusammen mit den vorhandenen Unterstützungsangeboten handlungsorientiert untersuchen zu lassen. Hieraus entstand das Projekt „Entwicklung kommunaler Strategien zur Armutsprävention bei allein Erziehenden – prekäre Lebenslagen und die Vernetzung von Hilfen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt am Beispiel der Stadt Nürnberg“. In Nürnberg erhielten zum Zeitpunkt des Projektbeginns – Ende 2002 – mit gut 3.250 allein Erziehenden 25 % Hilfe zum Lebensunterhalt. Um die Praxisanbindung zu gewährleisten wird das Projekt von einer Ämter übergreifende lokalen Projektgruppe begleitet, an der auch freie Träger und die Arbeitsagentur beteiligt sind. Viele städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Nürnberg haben in den Expertengesprächen mit dem Projektteam ihre Ideen und Vorschläge zur wirksameren Unterstützung allein Erziehender (vor allem auf ihrem Weg in eine Existenz sichernde Erwerbsarbeit) eingebracht.

#### **... gefördert vom Bund:**

#### **Angestrebt wird die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Städte**

Gemeinsam mit dem Deutschen Jugendinstitut, in dessen Abteilung Familie und Familienpolitik das Projekt angesiedelt ist, konnte das Nürnberger Bündnis für Familie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dafür gewinnen, das Projekt als Bundesprojekt zu fördern. Das Projekt ist damit ein exemplarischer Ansatz, um auf der Ebene kommunaler Sozialpolitik in enger Anbindung an die Lebenswirklichkeit von Familien in prekären Lebenslagen Handlungslinien für eine aktivierende kommunale Sozialpolitik im Sinne des „enabling state“ auszuarbeiten. Diese wesentlich auf in Nürnberg gesammelte Empirie gestützten Handlungsleitlinien sollen in Grund-

zügen auf andere Großstädte in ganz Deutschland übertragbar sein. In ersten Ansätzen soll dieser Übertragungsprozess vom Projekt auch angestoßen werden.

Die Verbindung zum „Rest der Republik“ wird dabei zunächst durch einen begleitenden bundesweiten Steuerkreis hergestellt. Ihm gehören Vertreter/innen aus Kommunen und Ländern, von Interessenverbänden der allein Erziehenden selbst und sozialer Arbeit mit und für allein Erziehende, aus der Arbeitsagentur und schließlich aus der Wissenschaft an. Darüber hinaus sichtet das Projektteam innovative Ansätze zur Unterstützung allein Erziehender und arbeitet daran, einen zunächst lockeren und virtuellen „erweiterten Kreis“ von interessierten Akteuren zu einer Drehschreibe für die Verbreitung von wirksamer Praxis auszubauen. Der bundesweite Workshop vom 16.6.2004 war als ein Schritt in dieser Richtung angelegt. Er brachte Teilnehmer/innen mit ganz unterschiedlichem Erfahrungshintergrund zusammen, die aber ihren gemeinsamen Nenner darin fanden, dass sie die Gruppe der Einelternfamilien auf ihrem Weg zu einem wirtschaftlich tragfähigen, auf Erwerbsarbeit gestützten Lebensentwurf unterstützen wollen. Und wo die multiplen Belastungen etwa aufgrund gerade zu bewältigender Trennungskrisen, von Erziehungsproblemen und eigenen oder gesundheitlichen Belastungen der Kinder keine Erwerbsarbeit zulassen, wollen sie allein Erziehende dabei unterstützen, die Türen zur Erwerbsarbeit durch Kontakt- und Qualifizierungsmöglichkeiten offen zu halten und gleichzeitig die Bewältigung der multiplen Problemlagen zu meistern.

### **Bisher: eine Landschaft von Projekten zur Unterstützung allein Erziehender**

Es gibt bundesweit eine vielfältige Landschaft von Projekten, in denen die Unterstützung allein Erziehender auf der Agenda steht. Das Aufgabenspektrum reicht dabei von der Konflikt- und Scheidungs- sowie der Erziehungs- und Schuldnerberatung bis zu Projekten zur berufsorientierenden Beratung und zur beruflichen Qualifizierung. Auch im Bereich des Wohnens gibt es, von Mutter-Kind-Häusern über betreute Wohngemeinschaften bis zum Mehrgenerationen-Wohnen verschiedener Familienformen unter einem Dach, eine große Bandbreite an sozial innovativen Projekten.

### **Fokus: Zugang zu Erwerbsarbeit. Rahmenbedingungen und Mentalitäten in Deutschland im Übergang zur Zeit „nach dem Ernährermodell“**

Das Nürnberger Projekt zur Armutsprävention bei allein Erziehenden konzentriert sich in seiner empirischen Arbeit, bei den Befragungen allein Erziehender und von Expert/innen auf die Hürden und Hindernisse, die sich für allein erziehende und allein verantwortliche Eltern vor den Zugängen zu Erwerbsarbeit auftürmen. Es betrachtet Existenz sichernde Erwerbsarbeit als den Schlüssel zum Ausstieg aus der materiell prekären Lebenslage, in die ein Großteil der allein Erziehenden, ob als ledige oder als getrennt lebende/geschiedene Mütter oder Väter, gerät. Die institutionellen Rahmenbedingungen – und die Mentalitäten – in Deutschland sehen aber die in existenzsichernder Vollzeit erwerbstätige Mutter zumindest kleiner Kinder bisher nicht vor. Das Land, seine Institutionen und seine Köpfe befinden sich in dieser bis in die Details des Alltags entscheidenden Grundfrage nach dem strukturellen Verhältnis zwischen Erwerbs- und Fürsorgearbeit in einer Zeit des Übergangs. Allein Erziehende leben schon in einem Zustand „nach dem Ernährermodell“, aber

es ist noch nicht ausgemacht, wie sie sich und ihre Kinder ernähren sollen: Wie viel Erwerbsarbeit brauchen sie dafür (und auf Basis welcher beruflichen Qualifikationen und biografischen Kompetenzen?) – und wie viel sozialstaatliche Hilfen in Form von Transferzahlungen einerseits und unterstützenden Dienstleistungen andererseits?

Es entspricht einem innovationsorientierten (und an der Unveräußerlichkeit individueller Entscheidungen über gewünschte und gelebte Lebensmodelle orientierten) Verständnis von Politik, dass diese Frage nicht durch bundesgesetzliche Normvorgaben entschieden werden kann und soll. Vielmehr ist es nötig, dass zumindest in den Großstädten, in denen wohl auch aufgrund einer Zuwanderung allein Erziehender deren Anteil an der Bevölkerung deutlich höher liegt als „in der Provinz“<sup>1</sup> diese Zeit des Übergangs zu einem neu austarierten Modell der Kombination von Erwerbs- und Fürsorgearbeit nicht passiv erlebt, sondern aktiv gestaltet wird. Für diesen Übergang sind allein Erziehende mit den von ihnen formulierten Erwartungen an die kommunale Infrastruktur eine „Vorhut“. Das wird aber nur sichtbar, wenn in den Kommunen das Lebensmodell „Erwerbsarbeit plus Kind/er“ für allein Erziehende als solches akzeptiert wird und die Weichen so gestellt werden, dass es auch ohne Überforderung von Mutter und Kind gelebt werden kann.

### **Handlungskonzept: nötig sind Zielformulierung, ein Subjekt und Kooperation**

Weichen stellen sich nicht von selbst. Es braucht dafür ein Stellwerk mit Personal, auch einen Plan davon, wohin wann welche Züge fahren sollen. Diese etwas mechanische Analogie soll klar machen, was unter einem – integrierten – kommunalen Handlungskonzept zu verstehen ist: Es bedarf zunächst eines planenden und Ziele vorgebenden Subjekts, das auch über Alternativen entscheiden kann. Und es braucht Informationen und Kooperation aus dem gesamten Themenbereich, weil es sonst zu Kollisionen, Staus und Doppelparbeit „im Inselbetrieb“ kommt.

### **„Integrierte Handlungskonzepte“ im Bund-Länder-Programm „soziale Stadt“**

Der Begriff „integriertes Handlungskonzept“ wird bisher vor allem im Bund-Länder-Programm „soziale Stadt“ verwendet. Hier formuliert er eine Anforderung an die Aktionsprogramme, die von den Kommunen für ihre Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf als Fördervoraussetzung entwickelt werden müssen. Dabei geht es um „Problemquartiere“. Sie leiden in der Regel unter Segregationsprozessen und können die sich dort konzentrierenden Gruppen von Bewohnern in prekären Lebenslagen nicht mehr wirksam integrieren. Daher die Rede von den „überforderten Nachbarschaften“<sup>2</sup>. Die Ausgangsthese, die der Forderung nach integrierten Handlungskonzepten für die Programmgebiete der „sozialen Stadt“ zugrunde liegt, besagt, dass die Probleme der überforderten Quartiere nicht eindimensional mit den traditionellen – investiven – Instrumenten des Wohnungs- und Städtebaus und der Wohnumfeldverbesserung und –verschönerung gelöst werden

---

1 Vgl. dazu die Überlegungen und Hinweise bei Jurczyk 2003.

2 So der Titel der 1998 erschienenen Studie von empirica (GdW 1998), die einen wichtigen, wenn nicht auslösenden Impuls für die Etablierung und passable finanzielle Dotierung des Programms „soziale Stadt“ als Bund-Länder-Programm gab.

können. Vielmehr müssen Aspekte der lokalen Wirtschaftsförderung („lokale Ökonomie“) durch Kooperation mit Arbeitgebern bzw. Gründungsförderung, der Bewohner-Aktivierung, der Vernetzung sozialer Dienstleistungen mit Instrumenten der Beschäftigungsförderung miteinander verknüpft, Aktivitäten und Finanzmittel verschiedener Verwaltungsressorts gebündelt und Selbsthilfepotenziale freigesetzt und unterstützt werden<sup>3</sup>.

### **Armutsbekämpfung und –prävention durch integrierte Handlungskonzepte**

Armut ist, prekäre Lebenslagen sind ein mehrdimensionales Geschehen, das mit dem Begriff „kumulative Unterversorgung“ nur sehr mechanisch beschrieben ist. Armut zu überwinden und zu vermeiden, prekären Lebenslagen zu entrinnen, ist deshalb ebenso ein komplexer Prozess, bei dem veränderte/passende Rahmenbedingungen mit Anstrengungen der Betroffenen zusammen wirken<sup>4</sup>. Ein kommunales integriertes Handlungskonzept zur Armutsprävention bei allein Erziehenden setzt sich zum Ziel, die kommunal beeinflussbaren Rahmenbedingungen für deren Lebensbewältigung gemeinsam und in ihrer Wechselwirkung in den Blick zu nehmen. Dann kann auf der Grundlage möglichst präziser Informationen und Bedarfserhebungen, „an den richtigen Stellschrauben“ in der richtigen Richtung und Dosierung gedreht werden.

Die Arbeit des Nürnberg-DJI-Projekts und die Diskussionen auf dem Workshop in Nürnberg, aber auch die inzwischen geknüpften und die noch geplanten und bevorstehenden aktiven Netzwerkkontakte zielen darauf, solche Informationsgrundlagen und Bedarfshinweise zur Verfügung zu stellen. So sollte die „richtige Mischung“ von Leistungen und Angeboten auf kommunaler Ebene entwickelt werden können, unterschiedlich von Stadt zu Stadt und doch durch gemeinsame Grundzüge miteinander verbunden. So können immer mehr allein Erziehende durch Zugang zu Existenzsichernder Erwerbsarbeit ein eigenverantwortliches Leben „jenseits prekärer Lebenslage“ führen. Dadurch werden sie sich auch von dem Etikett befreien können, eine „Problemgruppe“ zu sein.

---

3 Es versteht sich, dass dieser weit reichende Anspruch an integrierte Handlungskonzepte bisher nur in Ansätzen eingelöst ist – die am Programm beteiligten Kommunen sind unterschiedlich weit vorangekommen, nicht alle haben die hoch gesteckten methodischen Ansprüche an die integrierten Handlungskonzepte sehr ernst genommen; aber ein großer Teil arbeitet daran, die ehrgeizigen Ziele Schritt für Schritt in Angriff zu nehmen und dabei auch die eigenen Strukturen zu verändern. Vgl. die Darstellung zur Zwischenevaluation des Programms bei Häußermann 2004.

4 Klaus M. Schmals und Anette Wolf haben in einem Vorhaben zur armutsorientierten Stadtentwicklung nachgezeichnet, wie sich in Deutschland Armutsbekämpfung von einer durch Einzelprojekte gekennzeichneten fachspezifischen Herangehensweise unter dem Einfluss der europäischen Erfahrungen mit ressortübergreifenden Konzepten zur – sozialen - „Sanierung“ städtischer Problemquartiere zu dem im Programm „soziale Stadt“ angelegten integrierten Ansatz verdichtet hat.

## **Workshop vom 16.06.2004**

### **Grußwort von Renate Schmidt,**

#### **Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Dieser Workshop stellt eine wichtige Etappe in der Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes kommunaler Strategien zur Armutsprävention bei allein Erziehenden dar. Nicht nur für das Projekt werden somit an diesen Workshop hohe Erwartungen gestellt. Die zu behandelnden Themen haben für die nachhaltige Familienpolitik der Bundesregierung in mehrfacher Hinsicht außerordentliche Relevanz und Aktualität.

Wir müssen unsere Gesellschaft zukunftsfähiger machen. Dabei geht es nicht nur um technologische Innovationen, sondern genauso um gesellschaftliche Innovationen. Familien sind die soziale Mitte unserer Gesellschaft. Sie sind zuverlässige soziale Netze; sie stärken den sozialen Zusammenhalt. Familien sichern Zukunft! Familien zu fördern, sehen wir deshalb als entscheidende Aufgabe an.

Die Bundesregierung hat mit der Agenda 2010 weitreichende Reformen in Wirtschaft und Arbeit, Gesundheit, Finanzen und Bildung beschlossen, mit denen die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland gestärkt und die Sozialsysteme modernisiert werden. Wir verfolgen damit die zentralen Ziele, die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und die Fundamente unseres Gemeinwezens zu stärken.

Wir wollen die Ressourcen für die wirklichen Zukunftsaufgaben frei bekommen, die vor uns liegen. Dazu gehört, gute Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen, Leistungen zielgenau denen zu gute kommen zu lassen, die sie wirklich benötigen, ist dabei die Maxime der Bundesregierung. Im Zentrum steht für uns die Vermeidung und der Abbau von Armut von Familien, vor allem von Kindern. Wir wissen, allein erziehen ist und bleibt für viele eine risikoreiche Lebensform. Allein Erziehende sind wie auch größere Familien besonders häufig vom Armutsrisiko betroffen.

Erreicht haben wir für die tatsächlich allein Erziehenden eine auf Dauer geltende steuerliche Regelung. Die bei allein Erziehenden über die von allen Eltern zu tragenden Unterhalts-, Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungskosten hinaus auftretende Mehrbelastung soll durch einen Entlastungsbetrag pauschalierend abgegolten werden, der neben die Steuerfreistellung der kindbedingten Belastungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs tritt. Deshalb haben wir für allein Erziehende, die ohne Partner mit einem minderjährigen Kind zusammenleben zum 1. Januar 2004 einen steuerlichen Entlastungsbetrag in Höhe von 1.308 € eingeführt.

Die Initiative dafür ging vom Bundesfamilienministerium aus, und ich darf sagen, dass dies in einer Zeit, in der alles über den Abbau von Steuervergünstigungen spricht, ein guter familienpolitischer Erfolg ist.

Zugleich haben wir einen Paradigmenwechsel eingeleitet: weg von der Diskussion, die sich in der Forderung nach mehr materiellen Leistungen und höherem Kindergeld erschöpft, hin zur Priorität für die Verbesserung der Infrastruktur für Familien.

Es besteht in Deutschland Konsens darüber, dass wir eine bessere Betreuung, Bildung und Erziehung unserer Kinder brauchen. Wir setzen deshalb auf einen spürbaren Ausbau der Infrastruktur für Kinder und Familien. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den Kommunen und Ländern für Kinder aller Altersgruppen bis zum Jahr 2010 eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur zu schaffen.

Mit Ihnen sind wir uns der Bedeutung der ganztägigen Kinderbetreuung sowohl der unter Dreijährigen wie auch der Schulkinder insbesondere für allein erziehende Eltern bewusst: für gleiche Entwicklungschancen der Kinder wie auch für eine bessere Balance von Familie und Erwerbsarbeit und die Verhinderung von Armut.

Länger andauernde Arbeitslosigkeit führt im Zusammentreffen mit anderen „Risikofaktoren“ in zu vielen Familien zu Armut und sozialer Ausgrenzung. Unzureichende Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verschärfen diese Risiken. Im niedrigen Einkommensniveau insbesondere der allein erziehenden Mütter bzw. in ihrem hohen Anteil an den Sozialhilfeempfängern spiegeln sich deren schwieriger Stand auf dem Arbeitsmarkt sowie die schlechten Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wider.

Unbeschadet aller Haushaltsdiskussionen und notwendigen Einsparungen steht der Bund zu dem 4 Milliarden Euro Programm für Ganztagschulen und den 1,5 Milliarden Euro für den Betreuungsausbau für die Kleinsten. Die Leistungsfähigkeit der Kommunen darf bei diesem Vorhaben nicht überfordert werden. Mit unserem Gesetz, das zu Beginn 2005 in Kraft treten wird, formulieren wir weder einen Rechtsanspruch noch Quoten. Die Kommunen haben die nötige Flexibilität, an den lokalen Bedingungen und am Bedarf orientiert den Ausbau von 2005 bis 2010 vorzunehmen.

Damit eine bessere Balance von Familie und Erwerbsleben gelingt, brauchen Familien ein unterstützendes Netz an Dienstleistungen, verlässliche und flexible Kinderbetreuung sowie eine familienbewusste Unternehmenskultur. Unternehmen und Kommunen müssen neue Prioritäten setzen, für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit. Die Stadt Nürnberg ist hierbei mit ihrem Bündnis für Familie beispielhaft vorangegangen.

Um bestehende Aktivitäten zu stärken und zur Initiierung neuer Bündnisse anzuregen, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kommunen und Verbänden die bundesweite Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ins Leben gerufen. Mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Bertelsmann Stiftung hat diese Initiative wichtige Kooperationspartner gefunden.

Es gibt eine hoch motivierte Lobby für Familien, und sie wächst! Zu dieser Lobby gehören alle, die vor Ort mit verantwortlich für die Lebensbedingungen von Familien sind. Ich sehe gute Möglichkeiten, die spezifischen Hilfen und Unterstützungskonzepte für allein Erziehende, die in Ihrem Projekt zusammen getragen werden, in den Bündnissen für Familie einer breiten Umsetzung zuzuführen.

Welche Handlungskonzepte für die Prävention von Armut und sozialer Ausgrenzung für allein Erziehende notwendig und tragfähig sind, darüber werden Sie heute ausführlich beraten. Ich erwarte von diesem Workshop interessante Ergebnisse und danke der Stadt Nürnberg und dem DJI für das Engagement für das Wichtigste was wir haben – unsere Kinder und ihre Eltern.

## Fachvortrag

### **Prekäre Lebenslagen allein Erziehender und sozialstaatliche Interventionen – Erfahrungen beim Praxistransfer kommunaler Armutsberichterstattung und praxisbezogener Armuts- und Lebenslagenforschung**

*Uta Meier-Gräwe,  
Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaften,  
Justus-Liebig-Universität Gießen*

Mit dem Projekt „Entwicklung kommunaler Strategien zur Armutsprävention bei allein Erziehenden. Prekäre Lebenslagen und die Vernetzung öffentlicher Hilfen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt“ wurde ein drängendes gesellschaftliches Problem aufgegriffen.

Immerhin haben 26 % der westdeutschen und 46 % der ostdeutschen Mütter im Jahr 2000 eine oder mehrere Phasen als allein Erziehende bewältigen müssen.

Zudem ist der Zusammenhang zwischen kindbedingter Armut und der Lebensform des allein Erziehens evident. Seit Jahren wird die vergleichsweise hohe Einkommensarmut von allein Erziehenden, oft festgemacht an ihrer Abhängigkeit von Sozialhilfe (also den laufenden und besonderen Hilfen zum Lebensunterhalt), landesweit eindrücklich dokumentiert.

Etwa jede vierte Bedarfsgemeinschaft für LHU ist ein allein Erziehenden-Haushalt mit meist weiblichem Haushaltsvorstand.

Die Folgen dieser Entwicklung zeigen sich zum einen in den hohen Sozialhilfekosten, die den Kommunen entstehen und ihr Interesse an einer Veränderung dieser Situation begründen. Zum anderen geht Einkommensarmut nachweislich mit Unterversorgungslagen in anderen Lebensbereichen einher: Sie betrifft die Ernährungssituation, die Bereiche Bildung, Wohnen, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe.

Entwicklungschancen und Sozialisationsbedingungen der Kinder von allein Erziehenden werden dadurch ebenso beschnitten wie eine selbstständige Lebensführung der Mütter selbst.

Vor allem scheitert die biographische Erwerbsorientierung von allein erziehenden Müttern in Ost und West sehr häufig an der problematischen Arbeitsmarktlage und den völlig unzureichenden Rahmenbedingungen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und gleichzeitig für die Alltagsorganisation unter Einschluss der Erziehungsverantwortung ihrer Kinder allein zuständig zu sein.

Ich teile voll und ganz die Meinung der Antragstellerinnen des DJI-Projekts, dass die allgemeinen arbeitsmarktpolitischen Instrumente, wie sie im Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung gegen Armut und soziale Ausgrenzung formuliert sind, allein nicht hinreichen, um die dringend gebotene Passgenauigkeit zwischen den Lebensplänen und Betreuungsaufgaben von allein Erziehenden einerseits und dem Arbeitsmarkt andererseits herzustellen.

Den Fokus stattdessen auf die Gestaltung eines Handlungsrahmens auf kommunaler Ebene zu richten, in der durch eine Kombination unterschiedlicher lokaler Unterstützungsangebote der Ar-

beitsmarktzugang für allein Erziehende erschlossen und ggf. durch entsprechende Settings begleitet wird, scheint mir der einzig richtige Pfad zu sein, um eine Unabhängigkeit von der Sozialhilfe zu erreichen.

Auf der Grundlage der für die Stadt Gießen in den zurückliegenden vier Jahren durchgeführten Forschungs- und Praxisprojekte möchte ich nachfolgend einige Überlegungen anstellen, die hoffentlich für das „Nürnberg-DJI-Projekt“ einige Impulse geben können.

Die Arbeit am Gießener Armutsbericht wurde durch die unsystematische Datenlage erschwert (uneinheitliche räumliche Bezugsgrößen (Stadtteil-, Stadtbezirks- und Blockebene), unterschiedliche Datenquellen, oftmals wurden Daten noch auf Karteikarten erfasst, was einen erheblichen Aufwand bei der Sekundärerfassung bedeutet hat).

Es handelt sich dabei keineswegs um eine Gießener Besonderheit, sondern charakterisiert die Situation der kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattung insgesamt. Jeder Kommunalbericht erfindet das Rad wieder neu und betreibt einen erheblichen zeitlichen und personellen Aufwand. Weder gibt es bisher einen Konsens darüber, was ein Armuts- resp. Kommunalbericht als „Mindeststandard“ enthalten muss, noch liegen vergleichbare Indikatoren vor, die interkommunal eingesetzt werden könnten.

Kommunale Strategien und Konzepte, die auf eine passgenaue Gestaltung örtlicher Lebensbedingungen für verschiedene Zielgruppen gerichtet sind und folglich auf eine kleinräumige und zeitnahe Datenbasis angewiesen sind, können sich derzeit kaum auf verlässliche Daten zu den Armuts- und Lebenslagen in ihrem dynamischen Verlauf stützen.

Aus dieser Erfahrung heraus wurde in Kooperation der beiden Städte Gießen und Wetzlar ein Projekt entwickelt mit dem Ziel, in diesem Handlungsfeld eine verbindliche Struktur der Datenerfassung und –Pflege zu verabreden unter Einschluss der Festlegung von Verantwortlichkeiten und Kooperation zwischen den jeweiligen „Datensammlern“ beider Städte.

Die Projektphilosophie lautet: „So viel wie nötig, so wenig wie möglich“. D.h., die im Rahmen von kommunalen Verwaltungsvollzügen und Pflichtzählungen ohnehin zu generierenden Daten zu qualifizieren, aber auch die durch kommunale Unterstützungs- und Versorgungsinstitutionen produzierten Daten kompatibel zu machen und handhabbare Vorschläge für eine kostengünstige Datenpflege vor Ort zu unterbreiten und die Berichterstattung auf dieser Grundlage auf Dauer zu stellen.

Ziel ist es, ausgewählte, für einzelne Lebenslagen wie Einkommen, Bildung, Gesundheit, Wohnen usw. aussagekräftige Indikatoren zu bestimmen und auf dieser Basis ein sozialräumliches Monitoringsystem zu entwickeln, das

- alle Daten auf Blockebene ausweist,
- sämtliche Daten geschlechterdifferenziert erhebt,
- auf einheitlichen räumlichen Bezugsgrößen basiert,
- in beiden Städten die selben Indikatoren verwendet, um interkommunale Vergleichbarkeit zu gewährleisten,
- Ämter-, Kooperations- und Personenverantwortlichkeiten festlegt und
- die Datenerhebung alle drei Jahre in beiden Kommunen zeitgleich durchführt.

Dadurch gewinnt die Berichterstattung den Wert einer Langzeitstudie und es können Veränderungen im Zeitablauf nachgewiesen werden.

Durch die systematische Zusammenführung von Datenquellen aller potentiellen Datenlieferanten vor Ort ergibt sich schließlich die Chance, verlässliche und zeitnahe Aussagen über die Kumulation von Armutslagen bei bestimmten Zielgruppen der Sozialen Arbeit in bestimmten Wohnquartieren zu erreichen und vor diesem Hintergrund entsprechende Strategien zur Armutsprävention zu entwickeln bzw. die Wirksamkeit bestimmter durchgeführter Maßnahmen zu evaluieren.

Ein zweites Projekt, das ich Ihnen vorstellen möchte, trägt den Titel „Armutsprävention und Milderung defizitärer Lebenslagen durch Stärkung von Haushaltsführungskompetenzen“. Es handelt sich um ein qualitatives Forschungsvorhaben, an dem ich zwischen 1999 und 2003 gemeinsam mit meinem Team gearbeitet habe.

Ziel des anwendungsbezogenen Forschungsprojekts war es zum einen, auf der Grundlage eines **haushaltswissenschaftlichen** Konzepts den Lebensalltag von armen Haushalten umfassend und differenziert am Universitätsstandort zu untersuchen. Zum anderen ging es darum, den „Wissenstransfer“ der gewonnenen und typisierten Ergebnisse in die Praxis der Bildungs-, Beratungs- und Betreuungsarbeit „vor Ort“ zu organisieren und auf Dauer zu stellen. Diese Zielstellung wurde zugleich mit der Intention verknüpft, Initiativen zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung auch an anderen Standorten zu unterstützen, zu multiplizieren und auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen.

Aus dieser „mehrdimensionalen“ Zielstellung heraus wurde von Beginn an auf eine gute Öffentlichkeitsarbeit, auf eine lebendige Kommunikation und die Einbeziehung von relevanten kommunalen Akteuren fokussiert, in deren Verantwortungsbereich die Gestaltung örtlicher Arbeits- und Lebensbedingungen von Haushalten in armen und prekären Lebenslagen fällt. Aus diesem Grund wurden zunächst leitfadenorientierte Interviews mit ausgewählten Experten und Expertinnen wie Sozialplanern, Sozialarbeitern, Frauenbeauftragten, Kindergärtnerinnen, Schuldnerberatern, Familienbildnerinnen, Pfarrern, Jugend- und Sozialamtsleitern geführt. Diese Vorgehensweise erwies sich als ausgesprochen produktiv: Wir konnten für dieses Vorhaben Verständnis und Kooperationsbereitschaft von Anfang an erreichen, die Expertise der genannten Professionellen im alltäglichen Umgang mit unserer Zielgruppe der Haushalte in armen und prekären Lebenslagen nutzen und auf diesem Wege außerdem den Zugang zu diesen Zielgruppen leichter erschließen. Es folgten danach 22 Einzelfallstudien von ausgewählten Familienhaushalten, die mit der Methode der mikrosozialökonomisch, ressourcen- und lebenslagenorientiert verfahrenen Haushaltsanalyse durchgeführt worden sind. Gegenstand waren: a) **die haushaltsinternen Ressourcen** einschließlich Bildung und Gesundheit, Konsumtivsachvermögen und Nutzungsrechte, das finanzielle Vermögen und bestehende Verbindlichkeiten, b) **haushaltsexterne Ressourcen** wie private Netzwerke, Infrastruktur am Wohnstandort, c) **verwirklichte Ziele/Ansprüche und genutzte Handlungsspielräume** wie der Umgang mit Geld als Ausdruck der Nutzung finanzieller Ressourcen und der Umgang mit Zeit als Ausdruck des Umgangs mit zeitlichen Ressourcen und schließlich d) **die Geschichte des Haushalts und seine Zukunftswünsche**.

Es handelt sich um Familienhaushalte mit Kindern, deren komplexer Lebens- und Haushaltsführung entlang von 12 Indikatoren für Armut bzw. prekäre Lebenslagen beurteilt und typisiert wurde:

- Äquivalenzeinkommen
- Anteil des Erwerbseinkommens am Haushaltseinkommen
- Mietbelastung
- zeitliche Situation
- Wohnungsgröße
- Bildung
- Gesundheit
- psychosoziale Situation
- institutionelles Netzwerk
- familiales Netzwerk
- sonstiges Netzwerk
- Alltagskompetenzen

Überwiegend handelte es sich um allein erziehende Mütter im Alter zwischen 25 und 54 Jahren mit ihren minderjährigen Kindern, aber auch um Paare mit Kindern. Das Projekt war betont gendersensibel angelegt, indem es die Arbeit des Alltags, also Hausarbeit, Fürsorge- und Familienarbeit zum Thema gemacht hat, die in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland immer noch weitgehend unbeachtet bleibt und als selbstverständlich vorausgesetzt wird.

Es konnten insgesamt neun Gründe herausgefunden werden, die zu einer armen oder prekären Lebenslage führen:

- allein erziehend von Geburt an
- hohe Kinderzahl
- Scheidung/Trennung
- Tod eines Familienangehörigen
- Ausfall von Netzwerkpersonen
- Erkrankung
- Arbeitsplatzverlust
- Kreditaufnahme(n)
- eine Generationen übergreifende prekäre Lebenslage.

Diese Zielgruppe muss ihren Alltag in armen und prekären Lebenslagen gestalten. Wir konnten **vier Wege** aus Armut bzw. aus prekären Lebenslagen identifizieren:

- Erweiterung des Humanvermögenspotentials durch berufliche Qualifikation und/oder Erhöhung von Haushaltsführungs- bzw. Alltagskompetenzen;
- Erhöhung des Haushaltseinkommens durch Erwerbsarbeit bzw. durch Ausschöpfen der dem Haushalt rechtmäßig zustehenden Transferleistungen;
- Reduktion privater Konsumausgaben durch die Änderung des Haushaltsstils entweder durch Konsumverzicht oder durch Eigenleistung statt Marktbezug;
- Mobilisierung sozialer Netzwerke durch a) die Annahme von Hilfen aus den Familien- und Freundeskreis und/oder b) Inanspruchnahme professioneller Hilfe und Nutzung vorhandener Infrastrukturen im Umfeld der Haushalte.

Aufgrund der theoriegeleiteten Analyse des Familienalltags war es nicht nur möglich, den untersuchten Haushalten konkrete Handlungsalternativen aufzuzeigen, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Vielmehr konnte aus dem differenzierten Datenmaterial idealtypisch eine Armutstypologie generiert werden, die im Prinzip für die gesamte Population der Haushalte in armen und prekären Lebenslagen in Deutschland charakteristisch ist und demnach auch eine hohe Anwendungsrelevanz für Kommunen unterschiedlicher Gemeindegröße besitzt.

Im Ergebnis einer vergleichenden Analyse von 12 Lebenslagenindikatoren<sup>5</sup> ergab sich eine **haushaltsbezogene Armutstypologie**, der alle untersuchten Haushalte analytisch eindeutig zugeordnet werden konnten. Das steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, dass sich bestimmte Charakteristika eines Typs durchaus auch bei einem anderen finden lassen und umgekehrt:

Typ 1: Die verwalteten Armen

Typ 2: Die erschöpften Einzelkämpfer/innen

Typ 3: Die ambivalenten Jongleur/innen

Typ 4: Die vernetzten Aktiven

Armut hat im wahrsten Sinne des Wortes „viele Gesichter“. Deshalb ist es kaum hilfreich, von „den armen Haushalten“ zu sprechen.

### **Die verwalteten Armen (Typ1)**

Dieser Armutstyp ist durch das soziale Phänomen einer **generationsübergreifenden** Armut charakterisiert. Seine Repräsentant/innen verfügen über vielfältige und langjährige Erfahrungen und Routinen im Umgang mit Armut, aber auch mit den Behörden und Institutionen, die – verwaltungstechnisch gesehen – für diverse Probleme von verstetigter Armut zuständig sind. Umgekehrt sind diese Haushalte in den entsprechenden Einrichtungen seit langem bekannt.

Ohne institutionelle Netzwerke gelingt die Alltagsbewältigung kaum noch. Typisch sind regelmäßige Kontakte zum ASD oder zu Vertreter/innen der sozialpädagogischen bzw. haushaltsbezogenen Familienhilfe, um die Eltern-Kind-Beziehungen zu stabilisieren oder die Grundversorgung des Haushalts zu gewährleisten.

Charakteristisch sind vergleichsweise niedrige Alltagskompetenzen und eine eher geringe Erwerbsorientierung. Man trifft auf das Phänomen „entglittener“ Zeitstrukturen; es bereitet oftmals schon Mühe, zwei bis drei Termine pro Woche zu koordinieren.

Als Eltern sind die Erwachsenen weder mental noch alltagspraktisch in der Lage, ihren Kindern Daseinskompetenzen wie Bindungs- und Konfliktfähigkeit, Durchhaltevermögen, emotionale Stabilität oder häusliche Grundkompetenzen zu vermitteln. Selbst bei gutem Willen besteht eine ausgeprägte Hilflosigkeit, den Kindern zu einem Schulerfolg zu verhelfen, was an-

---

<sup>5</sup> Es handelt sich um die Indikatoren: Äquivalenzeinkommen, Anteil Erwerbseinkommen, Mietbelastung, Wohnungsgröße, zeitliche Situation, Bildung, Gesundheit, psychosoziale Situation, institutionelles Netzwerk, familiales Netzwerk, sonstiges Netzwerk (Freunde, Bekannte, Nachbarn) sowie Alltagskompetenzen.

gesichts der problematischen elterlichen „Schul- und Ausbildungskarrieren“ kaum überraschen kann.

Erste Priorität in der Arbeit mit diesen Familienhaushalten hat die Gewährleistung von Wohl und Gesundheit der Kinder. Es geht dabei in einigen Fällen schlicht und einfach um lebensrettende Maßnahmen. Vernachlässigung, mitunter auch körperliche und sexuelle Gewalt führen dazu, dass Kinder vorübergehend oder auf Dauer aus der Familie heraus genommen und in Pflegefamilien oder in Heimen untergebracht werden. Interventionen dieser Art oder die Kombination aus Fremdunterbringung und ambulanten Maßnahmen der Jugendhilfe waren bei den analysierten Haushalten gut aufeinander abgestimmt; Tendenzen der „Überversorgung“ durch fehlende Vernetzung wurden in den armuts- und krisenintervenierenden Handlungsfeldern nicht festgestellt. Demgegenüber besteht ein großer, bisher keineswegs gedeckter Handlungsbedarf im Bereich der systematischen Armutsprävention, um diese Kinder vor dauerhaften und massiven Benachteiligungen in den Bereichen Wohnen, Bildung und Gesundheit zu schützen und den Teufelskreis der intergenerationellen Weitergabe von Armut zu durchbrechen. Hier sind armutspräventive Maßnahmen einer sensiblen Kinder- und Jugendarbeit von der gezielten Frühförderung über eine verlässliche Begleitung und Unterstützung dieser Kinder in der Schulzeit bis hin zu einem gelingenden Ausbildungsabschluss von Nöten.

### **Die erschöpften Einzelkämpfer/innen (Typ 2)**

(Da Typ 2 in der Gruppe von allein erziehenden Müttern besonders häufig vorkommt, habe ich im Anhang zwei entsprechende Fallbeispiele angefügt.)

Typ 2 umfasst sowohl allein erziehende Eltern als auch Paare mit Kindern. Er zeichnet sich durch eine überproportionale Arbeitsbelastung im Familien- und Berufsalltag aus, ohne jedoch in Berufen wie Bürokauffrau oder Verwaltungsangestellter im einfachen öffentlichen Dienst ein Einkommen oberhalb des sozio-kulturellen Existenzminimums zu erreichen. Neben einer hohen Arbeitsbeanspruchung führen Krankheiten und deren Folgen, oft verbunden mit der Erfahrung, auch von offizieller Seite „damit allein gelassen“ zu werden, zu chronischen Erschöpfungszuständen.

Es handelt sich um Haushalte, die den Alltag für sich und ihre Kinder mit den vergleichsweise niedrigsten Äquivalenzeinkommen bewältigen müssen.

Armutslagen treten in der Regel als Folge eines „kritischen“ Lebensereignisses wie Trennung bzw. Scheidung auf, aber auch als Folge der Geburt eines (weiteren) Kindes. Der Umgang mit Armut ist selten als generationsübergreifende Erfahrung vorhanden, ebenso wenig der Umgang mit den zuständigen Ämtern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Auffällig ist das Defizit an institutionellen Hilfen, die auf die Bedarfslagen der „erschöpften Einzelkämpfer/innen“ und ihrer Kinder abgestimmt sind: Entweder erhalten sie gar keine Unterstützung, weil sie keine auffälligen Probleme im Sinne des KJHG zeigen, oder den verantwortungsvollen Müttern werden völlig unangemessene Angebote („Fremdunterbringung der Kinder“) unterbreitet, wie sie für die „verwalteten Armen“ möglicherweise angezeigt wären. Außerdem finden sich gehäuft Formen unterlassener Information, Aufklärung oder Hilfe, etwa wenn ein Umzug in

eine nach den Kölner Empfehlungen viel zu kleine Wohnung erfolgt, um Miete zu sparen, obwohl ein Anrecht auf Wohngeld besteht.

Familiale Netzwerke erweisen sich häufig weniger als Ressource denn als zusätzliche Verpflichtung, etwa, wenn die allein Erziehenden zusätzlich ihre Mütter mit versorgen, die an beginnender Demenz oder an psychischen Problemen leiden.

Wenn die Repräsentant/innen diesen Typs infolge eigener Erwerbstätigkeit ergänzende Sozialhilfe oder andere Sozialleistungen wie Befreiung von Rundfunkgebühren oder Wohngeld beantragen, ist ein deutlich höherer Verwaltungsaufwand erforderlich als in Haushalten, die überwiegend von Sozialhilfe leben. Jede noch so geringfügige Einkommensänderung muss bei allen Geld gebenden Stellen angezeigt werden. Dadurch verstärkt sich der Zeitdruck und die Motivation, erwerbstätig zu bleiben, wird nicht unterstützt, sondern konterkariert.

Die Vertreter/innen des Typs 2 tragen durch die fatale Verknüpfung von materieller Benachteiligung dieser Lebensform die durch Kinderbetreuung entstehenden Lücken in ihrer Erwerbsbiographie, zumal in schlecht bezahlten Frauenberufen das Risiko, der Armutslage zeitlebens nicht mehr zu entkommen.

Für Typ 2 erweist sich die gerechtere Ausgestaltung des Familienleistungsausgleichs im Sinne der angemessenen Berücksichtigung von Kosten und Leistungen der Kindererziehung als besonders dringend geboten. Auch die gegenwärtig diskutierten Modelle zu einer der Sozialhilfe vorgelagerten Existenzsicherung von Kindern und Jugendlichen (Stichwort: Grundsicherung für Kinder) würden den Alltag der „erschöpften Einzelkämpfer/innen“ und ihrer Kinder sichtlich erleichtern und sie von Sozialhilfe unabhängig machen.

Zielgruppenspezifische Hilfen für Typ 2 müssen dezidiert auf die Vermeidung von Erschöpfungszuständen der Bezugsperson gerichtet sein, indem die vorhandenen Eigeninitiativen mit ambulanten, passgerechten Hilfen zur Alltagsbewältigung verknüpft werden. Darüber hinaus benötigen Mütter und Väter diesen Typs gezielte Hilfearrangements unter Einschluss verlässlicher und qualitativ hochwertiger Angebote zur Kinderbetreuung für alle Altersgruppen, um eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder ihre Ausbildung beenden zu können.

### **Die ambivalenten Jongleur/innen (Typ 3)**

Bei den Repräsentant/innen diesen Typs handelt es sich um Menschen, die zwar familienbiographisch zumindest durch sequentielle Erfahrungen mit Armut geprägt sind, die aber objektiv betrachtet, durchaus Handlungsoptionen besaßen, ihre Lebenssituation entweder zu verbessern oder zu ihrem Nachteil zu verändern.

Psychologisch begründbare ambivalente Persönlichkeitsstrukturen münden in Verhaltensweisen, die üblicherweise als unvernünftig bezeichnet werden. Es werden hohe Kredite aufgenommen, ohne in hinreichendem Maße die damit verbundenen finanziellen Verpflichtungen zu bedenken,

die das für die Zukunft nach sich zieht. Es dominieren Verhaltensmuster, diese Konsequenzen zu verdrängen oder man setzt auf das Prinzip „Hoffnung“, dass sich schon alles zum Guten wenden werde. Auffällig ist des Weiteren, dass trotz einer bestehenden Überschuldung des Haushalts keine Hilfe bei der Schuldnerberatung gesucht wird, obwohl die Überschuldungssituation teilweise bereits hoffnungslos unübersichtlich und psychisch durchaus als belastend empfunden wird.

Es werden vergleichsweise teure Wohnungen angemietet, die allerdings voraussetzen, dass der befristete Arbeitsplatz in einen unbefristeten verlängert wird oder dass sich eine andere Erwerbsmöglichkeit eröffnet, was jedoch mit einem erheblichen Risiko behaftet ist. Ausbildungen werden kurz vor dem Berufsabschluss abgebrochen, ohne sich zu vergegenwärtigen, dass sich damit die Bedingungen auf einen Einstieg in das Erwerbsleben massiv verschlechtern.

Festzuhalten bleibt allerdings, dass die Verhaltensweisen, die für ambivalente Jongleur/innen typisch sind, auch bei Menschen jenseits von armen und prekären Lebenslagen anzutreffen sind. Die Konsequenzen sind allerdings bei insgesamt besseren bildungsmäßigen und materiellen Ressourcen weniger dramatisch.

Beratungsprozesse mit Vertreter/innen diesen Typs müssen darauf ausgerichtet sein, gemeinsam mit den Betroffenen solche Beratungsziele zu entwickeln, die von ihnen mitgetragen und mitverantwortet werden. Hilfeplanung schließt dabei die Berücksichtigung von psychologischen Ressourcen und Grenzen der Ratsuchenden gleichermaßen ein.

Haushaltsbezogene Bildung zum Umgang mit Geld und Behörden kann zumindest auf der kognitiven Ebene die Konsequenzen „unvernünftigen“ Verhaltens vor Augen führen. Das hohe Ausmaß von Überschuldungen, wie es bei Typ 3 vergleichsweise häufig anzutreffen ist, wäre ohne entsprechende Kreditvergabepraktiken seitens einschlägiger Finanzdienstleistungsunternehmen nicht möglich. Im Sinne einer vorausschauenden Schadensbegrenzung muss hier dringend über rechtzeitig einsetzende Barrieren nachgedacht werden.

#### **Die vernetzten Aktiven (Typ 4)**

Die letzte Gruppe unter den von uns entwickelten Haushaltstypen nennen wir „die vernetzten Aktiven“. Ich will diese Gruppe hier nur grob umreißen: Das hervorstechende Charakteristikum der vernetzten Aktiven besteht in ihrem Eingebundensein in ein unterstützendes familiales Netzwerk und/oder in ihrer Fähigkeit, institutionelle Hilfen selbstbewusst und aktiv in ihren Alltag zu integrieren. Unter diesem Typ befinden sich allein erziehende Mütter, die studieren oder ein Studium absolviert haben.

Es wurde deutlich, dass es nicht „die“ Haushalte in armen und prekären Lebenslagen gibt, sondern typische, aber sehr unterschiedliche Konstellationen von Armut, verstanden als messbarer „prekärer Wohlstand“, die jeweils einen ganz spezifischen Hilfe- und Beratungsbedarf haben, der in den herkömmlichen Hilfesystemen bisher keineswegs hinreichend gegeben wird und schon gar nicht unter Einbeziehung der Ressourcen dieser Haushalte, was den Grundsatz der Sozialen Arbeit „Hilfe zur Selbsthilfe“ konterkariert.

Die eingesetzten finanziellen Ressourcen sind – gemessen am Output – bescheiden und vertretbar (eine halbe Projektmitarbeiterstelle vom Ministerium, Eigenfinanzierung von Seiten der Universität, räumliche und zeitliche Ressourcen von Seiten der Kommune). Diese finanziellen Mischarrangements zwischen Universität, Ministerium, örtlichen Verwaltungen und freien Trägern wirkten sich positiv auf die Mitwirkungsbereitschaft aller Beteiligten aus. Inzwischen sind die Ergebnisse der Studie veröffentlicht worden und somit bundesweit allen in diesem Themenfeld agierenden Interessenten in Wissenschaft und Praxis zugänglich (Meier, U./ Preuße, H./ Sunnus, E.: Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen. Opladen 2003). Außerdem wurde ein Leitfaden erarbeitet, der sich in Form einer praktikablen Handreichung an Multiplikatoren und Multiplikator/innen in der Bildungs-, Beratungs- und Betreuungsarbeit richtet, die in ihrer Berufspraxis mit Haushalten in armen und prekären Lebenslagen zu tun haben (Preuße, H./ Meier, U./ Sunnus, E.: Die Vielfalt von Alltagsproblemen in prekären Lebenslagen – Möglichkeiten ihrer Bewältigung und Prävention. Leitfaden für die Bildungs-, Beratungs- und Betreuungsarbeit. Gießen 2003). Zudem werden die Ergebnisse dieses haushaltswissenschaftlichen Projekts in den Familienbericht der Bundesregierung 2005 eingehen. Damit wird auf unterschiedlichen Ebenen zur politischen Sicherstellung der für die haushalts- und familienorientierte Bildung und Armutsprävention erforderlichen Infrastrukturen und Ressourcen beigetragen.

Im Projektverlauf von drei Jahren haben wir die Ergebnisse der Studie mehrmals mit den Angehörigen der befragten Haushalte, aber auch mit wissenschaftlichen und kommunalen Experten diskutiert. Eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit, Workshops und Konferenzen „vor Ort“ haben deutlich gemacht, dass sich die Haushaltswissenschaften an der Universität in Gießen nicht nur als eine Institution für die Ausbildung künftiger Akademiker/innen verstehen, sondern ihr Know-how gleichermaßen glaubwürdig für die Verbesserung des Alltagslebens von Haushalten in armen und prekären Lebenslagen dieser Stadt einsetzen.

Aus haushaltswissenschaftlicher Sicht hat dieses Projekt einen wesentlichen Baustein zur Sichtbarmachung der Home Economists als „Grassroots-workers“ geliefert. Wir haben begründet nachweisen können, dass eine **familien- und haushaltsbezogene** Bildung, die sich an den Alltagsproblemen und den lebensnotwendigen Bedarfslagen von Kindern und Erwachsenen, kranken und pflegebedürftigen Familienangehörigen entlang des Lebensverlaufs orientiert, der qualifikatorischen Vorbereitung auf das Erwerbsleben nicht nachstehen darf.

Im Gegenteil: Die Vermittlung von Daseinskompetenzen für die komplexe Alltagsgestaltung im Rahmen einer haushalts- und familienorientierten Bildung und Beratung für beide Geschlechter – und zwar biographisch der Berufsausbildung vorgelagert bzw. parallel – ist nachweislich ein entscheidender Beitrag zur primären bzw. sekundären Armutsprävention und zur aktiven Lebensbewältigung quer durch alle sozialen Gruppen der Bevölkerung. Um diese Dimension der hauswirtschaftlichen Alltagsversorgung müssen schulische, aber auch sozialpädagogische Hilfs- und Unterstützungsangebote in Deutschland erweitert werden. Die Ergebnisse dieses haushaltswissenschaftlichen Armutsprojekts legen eine entsprechende Konsequenz nahe: Die derzeit vorherrschende Trennung von Versorgungs-, Erziehungs- und Beziehungsleistungen in der Praxis der sozialen Arbeit zur Unterstützung von Familienhaushalten in armen und prekären Lebenslagen muss dringend zugunsten von ganzheitlichen und nachhaltigen Verbundlösungen zur Daseinsvorsorge abgelöst werden. Das bedeutet Kooperation und Vernetzung aller Professionen und Ehrenamtli-

chen mit dem Ziel, Hilfs- und Unterstützungsangebote „aus einer Hand“ bereitzustellen, die zudem die vorhandenen mentalen und alltagsrelevanten Ressourcen der Betroffenen in dringend benötigte alltagsunterstützende Dienste einbinden.

**Es lassen sich zumindest drei Erfolgsfaktoren für die Armutsprävention von Haushalten in armen und prekären Lebenslagen ableiten:**

- eine Kultur der Kooperation statt Konkurrenz,
- verbindlich fixierte Regeln der Kooperation zwischen den verschiedenen Teilstrukturen des Hilfesystems,
- Überwindung der Alltags- und Reproduktionsvergessenheit in den „härteren“ Teilstrukturen des Hilfesystems.

Die kommunalen Mandats- und Entscheidungsträger, die zu Beginn unseres Vorhabens keineswegs frei waren von den üblichen Vorurteilen gegenüber den Haushaltswissenschaften als einer „weichen“ Studienrichtung, sind inzwischen von der Qualität unserer Arbeit überzeugt.

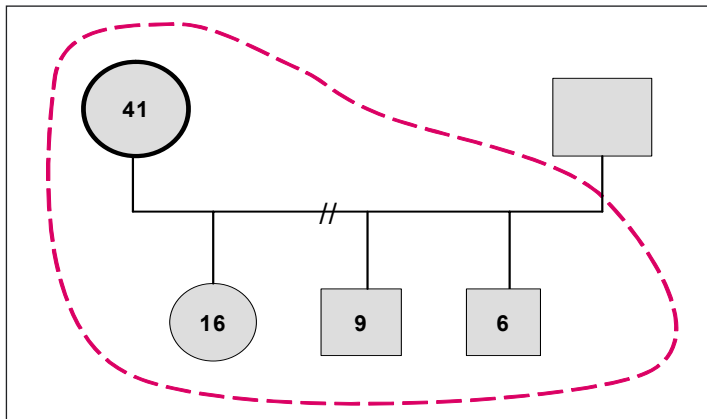
Die Professionalität anwendungsbezogener haushaltswissenschaftlicher Forschung manifestiert sich in den Folgeaufträgen zum Wissenstransfer unserer Analysen in die kommunale Praxis:

- Erarbeitung eines interkommunalen Monitoringsystems zur Armuts- und Sozialberichterstattung auf kommunaler Ebene im Rahmen eines bundesweiten sowie eines lokalen Projekts;
- Wissenschaftliche Beratung zur Initiierung eines „Lokalen Bündnisses für Familien“ in Gießen;
- Erstellung eines Altenhilfeplans für den Stadt- und Landkreis Gießen.

## Praxisbeispiele

### Haushalt E.

„Man bleibt immer auf dem gleichen Stand, es lohnt sich einfach nicht. Zumindest nicht, dass es ein Ansporn sein kann. Das ärgert mich. Auch der ganze Aufwand.“ (Interview: 3)



Frau E. lebt seit gut fünf Jahren mit ihren drei Kindern allein. Nach der Scheidung von ihrem Mann ist sie in eine kleinere Wohnung umgezogen, „wegen der billigen Miete“, wie sie sagt. Die Drei-Zimmer-Wohnung hat eine Größe von 62 m<sup>2</sup> und liegt damit deutlich, nämlich 15 m<sup>2</sup>, unter den Kölner Empfehlungen als Mindestflächenbedarf der vierköpfigen Familie. Frau E. bewohnt ein Zimmer, die Tochter hat einen Raum für sich und die

beiden Jungen teilen sich ein Kinderzimmer. Für gemeinsame Aktivitäten und Kommunikation ist kein Platz, der kleine Essplatz in der Küche reicht dafür nicht aus. Frau E. bemerkt zudem: „(...) es wäre schon schön, wenn wir ein größeres Bad hätten. Das ist schon sehr klein. Und dass die Jungs jeder ein Zimmer hätten, das wäre gut, weil die jetzt in ein Alter kommen, dass sie sich schon auch mal heftig auseinandersetzen“ (Interview: 9). Für wichtiger als ein gemeinsames Wohnzimmer hält sie es auch, selbst ein eigenes Zimmer als Rückzugsmöglichkeit zu haben.

Frau E. arbeitet halbtags als Schreibkraft, wenn die Kinder in der Schule und im Kindergarten sind. Sie ist gelernte Bürokauffrau. Vorher hat sie außerdem nachts bei einer Gießener Zeitung gearbeitet bis zur totalen Erschöpfung: „(...) das Resultat war dann Erbrechen und Migräne und Notdienst“ (Interview: 11). Jetzt hat sie weniger Geld zur Verfügung. Was sie aber besonders verärgert hat, ist die Tatsache, dass sie beim Sozialamt einen Nachweis erbringen musste, warum sie diese Nacharbeit nicht mehr ausüben kann. Seit ihrer Kündigung bei der Zeitung erhält sie kein pauschaliertes Wohngeld mehr und muss für ergänzende Sozialhilfe von monatlich 68 DM Nachweise und Abrechnungen erbringen. Konflikte ergeben sich durch die unterschiedlichen Abrechnungsmodi der ehemaligen Firma und des Sozialamts. „Hab ich die einen Tag zu spät geschickt, hatte ich schon den Wisch mit der Drohung im Briefkasten. (...) Ich kann die Abrechnung aber erst schicken, wenn ich sie habe. (...) Und für alles brauchen sie einen Termin, sie müssen sich anstellen und warten und da sitzen sie dann stundenlang wegen einem Papierchen und wegen 68 Mark. (...) Da sind sie dann irgendwann so weit, dass sie sagen, ich schenk euch die 68 Mark“ (Interview: 11 f.). Ihr Ärger im Umgang mit den Behörden ist auch ablesbar an ihrer Beobachtung, dass „sich das alles überschneidet, obwohl die alle in einem Haus sitzen, (...) da hängen alle Computer zusammen, die bräuchten das nur abrufen, und ich muss da immer wieder hingehen und Neuanträge stellen und die Kinder da mitschleppen“ (Interview: 3). Für den Haushalt ergibt sich ein monatliches Nettogesamteinkommen von 2882 DM.

Auch ihre kranke Mutter ist ihr keine Hilfe. Im Gegenteil. „Wenn die diese Bescheide kriegt, ist sie total aus dem Häuschen. Die versteht die Bescheide schon grad überhaupt nicht, da liegt alles

brach dann“ (Interview: 16). Frau E. leistet dann moralischen Beistand, obwohl sie den selbst dringend bräuchte. Seit sie berufstätig ist, profitiert sie zwar durch den Zuschlag für ihre Erwerbstätigkeit beim Haushaltseinkommen. Aber ein Ansporn ist das durch den mit der geschilderten Bürokratie entstehenden Stress keineswegs. Hinzu kommt, „dass andere, die gar nichts tun und weniger Kinder haben, zu mir dann sagen, du bist bescheuert. (...) Ihr habt nicht viel mehr Geld, ihr macht euch den Stress, ihr seid doch echt bescheuert“ (Interview: 5 f.).

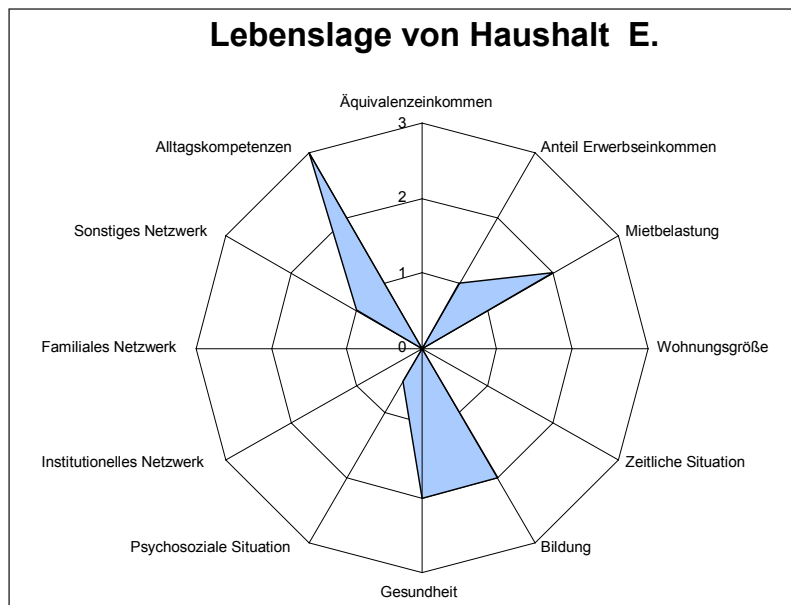
Der Vater der Kinder zahlt keinen Unterhalt und der Unterhaltsvorschuss vom Sozialamt ist ausgelaufen. Frau E. hat mit ihrem Ehemann eine Existenzgründung auf selbstständiger Basis versucht: „Das waren zwei LKW, die kaputtgegangen sind.“ Dadurch wurden hohe Schulden verursacht, sie hat eine eidesstattliche Versicherung abgegeben, „(...) aber das sind Summen, die sind ganz hinten angestellt“ (Interview: 14). Trotz dieser schweren Enttäuschung durch ihren Ehemann, der sie inzwischen mit diesen Schulden allein gelassen hat, ermöglicht sie ihren Kindern zweimal wöchentlich Kontakt zu ihrem Vater. „Montags und freitags kommt der seine Kinder besuchen. Die lieben ihren Daddy, und je mehr ich da tun würde, desto mehr würde ich mir Eigentore schießen.“ Sie will das Bild, das die Kinder von ihrem Vater haben, nicht zerstören. Die Vorstellung, dass eines ihrer Kinder sagen könnte, „dann gehe ich zu meinem Papa“, würde sie „mehr treffen als alles andere“ (Interview: 5, 14).

Frau E. ist erschöpft von ihrem beschwerlichen Alltag und durch die Balanceakte gegenüber ihrem Exmann. Die Kinder sind „dann zwar total entsetzt, wenn die Mutter mal heult oder total fertig ist, aber ich möchte das Bild nicht zerstören“ (Interview: 15). Frau E. wünscht sich eine Anlaufstelle, die ihr bei den Anforderungen des Alltags zur Seite steht. „(...) einfach mal nur jemand, wenn man keine Nerven mehr hat, dass man mal fragen kann, wie würdest du das machen oder so. Da ist niemand da, den man mal fragen könnte“ (Interview: 5).

#### *Fachlicher Kommentar:*

Das Fallbeispiel verdeutlicht ein erhöhtes Armutsrisiko von allein Erziehenden mit mehreren Kindern, selbst bei Ausübung einer Halbtagsbeschäftigung als gelernte Bürokauffrau. Der Entschluss der Mutter, nach der Scheidung in eine kleinere Wohnung zu ziehen („wegen der billigen Miete“ (Interview: 1), ändert an dieser prekären Lebenslage grundsätzlich nichts. Die Unterversorgung mit Wohnraum ist eine Folge antizipierter finanzieller Probleme und führt wiederum zu sehr starken Einschränkungen für gemeinsame Aktivitäten in der Wohnung der vierköpfigen Familie bzw. auch zu einem Mangel an Rückzugsmöglichkeiten für die jüngeren Kinder.

Die jahrelange Alleinverantwortung für ihre Kinder und die Beschwerden des Alltags haben wiederholt zur totalen Erschöpfung der Mutter geführt. Ihr fehlen Netzwerke, die sie entlasten könnten. Im Gegenteil. Sie leistet parallel zu ihrem kompakten Alltag zwischen Beruf und Familie auch noch die erforderliche Netzwerkhilfe für ihre kranke Mutter, übernimmt Einkäufe, putzt und steht ihr bei der Regelung von Behördengängen bei. Weil ihre Kinder in der Schule ‚unauffällig‘ sind, erhält sie jedoch keinerlei Unterstützung psychologischer oder anderer Art, wie sie etwa für Eltern von leistungsschwachen oder verhaltensgestörten Kindern angeboten werden. Hier sind vernetzte kommunale Unterstützungs- und Hilfsangebote vonnöten, die sich gerade auf diese Zielgruppe sensibel beziehen im Sinne präventiver Sozialarbeitskonzepte. Vor allem aber sind die von ihr beschriebenen bürokratischen Hürden nach Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung kontraproduktiv, um den Weg aus der Sozialhilfe zu suchen und beizubehalten. Der geringfügige finanzi-

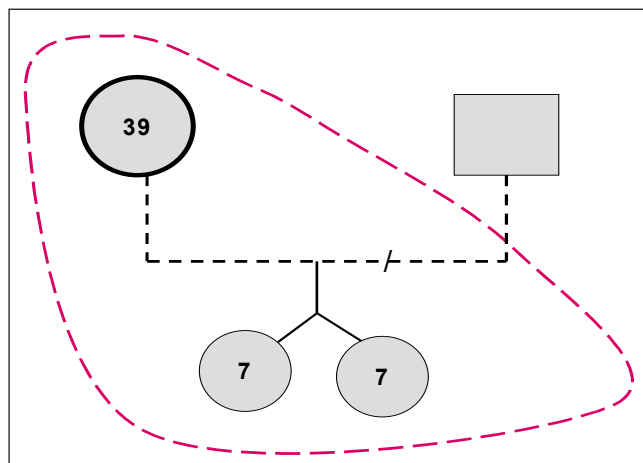


elle Vorteil gegenüber dem Status als Sozialhilfeempfängerin vermag die jetzt entstehenden, zeitlich aufwendigen und Stress verursachenden Anforderungen der Behörden nicht auszugleichen.

„Unbürokratische Hilfen aus einer Hand“, gepaart mit einer Praxis der Wohnraumvergabe, die dafür Sorge trägt, dass der Mindestflächenbedarf pro Familienmitglied nicht unterschritten wird, würde zur Entlastung der Mutter und zum Wohlbefinden der ganzen Familie wesentlich beitragen.

**Haushalt F.**

„Ich bin da also hin und heule denen vor, dass ich total verzweifelt bin und dann tun die so, als ob ich meine Kinder misshandeln würde oder denen nichts zu essen geben würde. Das war echt total krass.“ (Interview: 3)



Frau F. hat ein Studium an der Universität absolviert und gibt ihre Berufstätigkeit nach der Geburt ihrer Zwillinge auf. Ihre inzwischen siebenjährigen Kinder hat sie praktisch von Anfang an allein groß gezogen. Der Kindesvater hat die schwierige Situation überhaupt nicht bewältigen können, die Mutter entschließt sich zur Trennung. Die Kinder waren nach der Geburt „extrem dünn (...) sahen echt aus wie verhungert, die waren immer krank und bleich im Gesicht und dann haben die alles, was man ihnen verfüttert hat, wieder unverdaut ausgeschieden“ (Interview: 3). Die Kinder haben nachts extrem schlecht geschlafen. Eine Odyssee von Untersuchungen führt zu keiner stichhaltigen Diagnose. Die Krankheitssymptome sind vermutlich auf eine Allergie zurückzuführen, die bis heute nicht bewiesen ist. Die Kinder vertragen keine Kuhmilch, Eier, Schokolade, Tomaten, Paprika, Wurst, viele Käsesorten und Kuchen.

Die Kinder haben nachts extrem schlecht geschlafen. Eine Odyssee von Untersuchungen führt zu keiner stichhaltigen Diagnose. Die Krankheitssymptome sind vermutlich auf eine Allergie zurückzuführen, die bis heute nicht bewiesen ist. Die Kinder vertragen keine Kuhmilch, Eier, Schokolade, Tomaten, Paprika, Wurst, viele Käsesorten und Kuchen.

Frau F. hat um eine unterstützende Betreuung für ihre kleinen Kinder zu Hause gebeten. Mit diesem Anliegen wird sie zunächst nicht ernst genommen, dringende Hilfe bleibt aus. Als allerdings eine Sozialarbeiterin eins der Kinder unbekleidet gesehen hat, wurde Frau F. indirekt unterstellt, sie kümmere sich nicht hinreichend um ihre Kinder und würde sie nicht richtig ernähren. Ihr wurde vorgeschlagen, die Kinder in einer Pflegefamilie unterzubringen. Frau F. war entsetzt: „Ich wollte das auf keinen Fall. Ich habe (...) total an meinen gehangen“ (Interview: 3).

Das Jugendamt verlangt darüber hinaus, dass auch der Vater Verantwortung übernimmt und die Kinder alle vierzehn Tage versorgt: „Die haben gebrüllt und gebrüllt und der ist einfach ausgerastet. Der wusste überhaupt nicht mehr, was er tun sollte“ (Interview: 3).

Eine wirksame Entlastung setzt erst ein, als eine neue Mitarbeiterin im Jugendamt ihre Situation erkennt und ihr für die häusliche Betreuung eine sozialpädagogische Fachkraft für 20 Stunden pro Woche zur Seite stellt: „Die hat mir echt toll geholfen“ (Interview: 5).

Der Kindergarten hat die Kinder wegen ihrer Krankheit und den damit verbundenen Anforderungen an Betreuung und Ernährung erst im Alter von vier Jahren aufgenommen. Die Kinder hatten dann dort wegen ihrer Krankheit integrative Plätze. Für drei Jahre, also auch noch, als die Kinder sieben Jahre alt waren, wurde dem Kindergarten pro Kind und Jahr eine ordentliche fünfstellige Summe gezahlt.

Ihren eigenen Gesundheitszustand beschreibt sie rückblickend so: „Ich kann mich gut erinnern, wie ich mit dem Zwillingswagen durch den Seltersweg gefahren bin und ich hatte immer das dringende Bedürfnis, mich da hinzulegen. Echt, meine Augen, die haben so wehgetan. (...) Irgendwie war ich auch immer permanent krank und angeschlagen. Erkältung, Schnupfen, Mandelentzündung. (...) Als die Kinder in den Kindergarten kamen, habe ich oft Magen-Darm-Grippe gehabt“ (Interview: 6). Die Tatsache, dass sie überall als Bittstellerin auftreten muss, empfindet sie als persönliche Kränkung.

Mit Unterstützung ihres Vaters ist sie in eine größere Wohnung umgezogen, die sich jedoch als sehr hellhörig erweist. Nachbarn verursachen am Tag und in der Nacht extremen Lärm, so dass wieder ausgeprägte Schlafprobleme entstehen. Im Winter kommt es feuchtigkeitsbedingt zu Schimmelbildung, der jedoch erst nach einem energischen Drohbrief an den Vermieter fachmännisch beseitigt wird. Momentan verfügt Frau F. weder über das Geld noch die Kraft, erneut umzuziehen.

Seit die Kinder den Kindergarten besuchen, hat sie etwas mehr Ruhe und Zeit, um sich zu erholen. Sie kocht täglich Diät für die Zwillinge und gibt ihnen die Speisen mit in den Kindergarten, damit sie auch dort angemessen versorgt sind. Finanziell lebt Frau F. von Sozialhilfe und Unterhalt des Kindesvaters. Ihre Eltern und Verwandte unterstützen sie finanziell mit gelegentlichen Geldgeschenken. Sie versucht nach Möglichkeit, den Kindern ihre Wünsche zu erfüllen. „Ich will nicht, dass meine Kinder die Einzigen sind, die das nicht haben. Das möchte man einfach nicht. In dem Kindergarten sind eben auch viele Kinder von reichen Leuten und man will nicht immer hinten anstehen. Der Kindergarten ist einfach sehr teuer. Ich habe Probleme, mit dem Geld auszukommen, (...) da ist immer irgendetwas. Da haben die Erzieher Geburtstag und dann wird Geld eingesammelt oder die fahren ins Theater und es wird Geld eingesammelt und dann machen die Tagesausflüge und es wird Geld eingesammelt.“ Gelegentlich ärgert sie sich darüber, dass „die reichen Leute ganz wenig Rücksicht auf Leute [nehmen], die wenig Geld haben.“ Insgesamt findet sie aber, dass ihre Kinder dort gut aufgehoben sind: „Da sind so viele Kinder aus reichen und guten Elternhäusern, dass die da echt einen guten Umgang haben“ (Interview: 19).

Mit einem Freund hat sie ein Arrangement zur gelegentlichen Nutzung seines Pkw getroffen, um ihren Alltag besser organisieren zu können: Sie beteiligt sich an den Kosten und kann ihn relativ häufig nutzen.

Trotz der herben Enttäuschung über den Vater ihrer Kinder ermöglicht sie ihm seit drei Jahren wieder den Kontakt zu ihren Töchtern: „Ich dachte erst, dass das nicht so wichtig sei und habe dann aber doch gemerkt, dass die da ganz schön darunter leiden. Die sehen halt die anderen Kinder mit ihren Vätern und der holt sie auch noch vom Kindergarten ab und ihr Vater ist überhaupt nicht da.

(...) Und jetzt ist es halt gut, dass sie den [Vater] präsentieren können. Der wurde im Kindergarten und bei Freunden auch schon vorgezeigt. Für die Kinder ist es also echt gut. (...) der besucht sie dann einmal in der Woche zwei Stunden lang. Das ist das Maximale. Mehr will er nicht. (...) Vor kurzem hat er mir gesagt, es wäre ihm ja sowieso lieber, nur eine zu nehmen, denn beide zwei Stunden lang zusammen wären ihm zu anstrengend. Das ist doch wirklich unglaublich. Aber so sind Väter. Natürlich nicht alle, aber wir haben mit ihm da nicht so viel Glück gehabt ..." (Interview: 1).

Sie wünscht sich eine Halbtagsstelle und möchte dann so schnell wie möglich in eine andere Wohnung umziehen.

*Fachlicher Kommentar:*

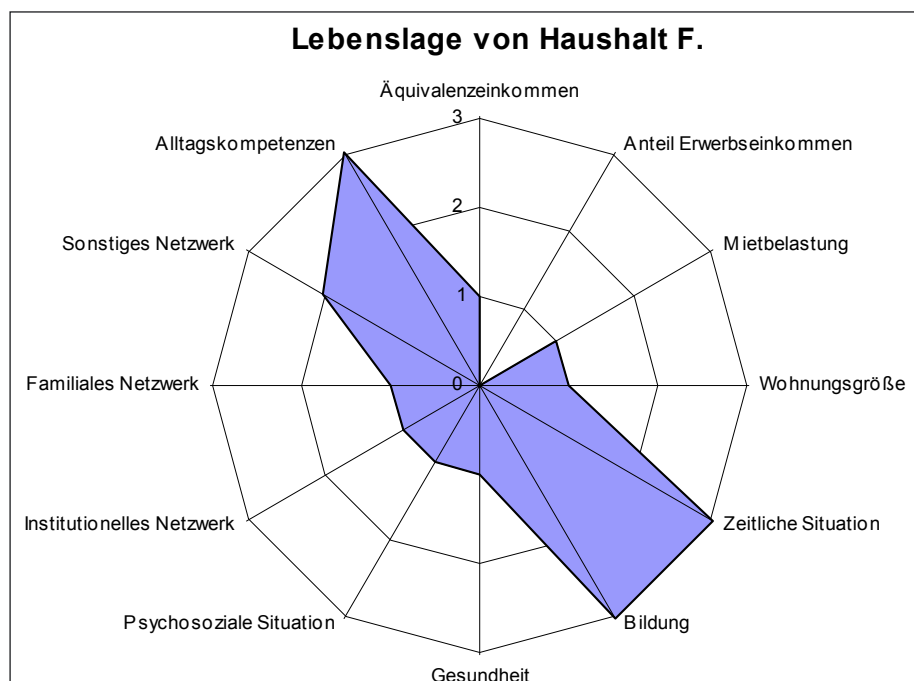
Auslöser der Armutslage von Frau F. ist die Lebensmittelallergie ihrer beiden Kinder.

Der Kindesvater verlässt seine Familie, so dass Frau F. von Sozialhilfe und Unterhaltszahlungen leben muss. An eine Rückkehr in den Beruf ist auf Grund des erhöhten Betreuungsbedarfs der beiden Kinder in den ersten Jahren überhaupt nicht zu denken. Sie mobilisiert nach dem Schock, sehr kranke Kinder zu haben und von deren Vater verlassen geworden zu sein, ihre Kräfte und Bildungsressourcen, um die Lebenssituation für sich und die Zwillinge erträglich zu gestalten.

Diese permanenten Anstrengungen über Jahre hinweg sind an Frau F. nicht spurlos vorüber gegangen. Sie ist physisch und psychisch sehr erschöpft. Die augenblickliche Wohnsituation trägt nicht zu ihrer Entlastung und Rekreation bei. Ihr gelingt es trotz aller finanziellen Belastungen, zum Beispiel durch die krankheitsbedingt teuren Lebensmitteleinkäufe für ihre Kinder, schuldenfrei zu bleiben. Sie versucht überlegt, mit ihrem Haushaltsbudget entsprechend auszukommen; stößt dabei jedoch immer wieder an Grenzen. Im Kindergarten der Töchter fallen häufig Kosten an, die sie kaum aufbringen kann. Sie setzt dann die gelegentlichen Geldzuwendungen von Eltern und Verwandten ein, um ihren Kindern ein angemessenes Sozialisationsmilieu zu bieten.

Da Frau F. ein verlässliches informelles Netzwerk fehlt, benötigt sie dringend professionelle Ansprechpartner/innen, die sie bei der komplizierten Alltagsbewältigung unbürokratisch unterstützen.

Eine Rückkehr in den Beruf erweist sich für Frau F. nur dann als realistische Perspektive, wenn für ihre demnächst schulpflichtigen Kinder eine verlässliche, bezahlbare und qualitativ hochwertige Nachmittagsbetreuung gefunden wird. Außerdem müsste sich der zeitliche Aufwand für die dann wahrscheinlich notwendige Beantragung von ergänzender Sozialhilfe oder Wohngeld in Grenzen halten.



## Gesprächsrunden

### Vorbemerkung

Ziel der vier Gesprächsrunden war es, auf der Grundlage der breiten und sehr unterschiedlichen Konzepte und Erfahrungen der Beteiligten Perspektiven und Leitlinien zu umreißen, die von der häufig noch isolierten Vielfalt einzelner Modelle und Projekte zu integrierten kommunalen Handlungskonzepten führen. Die Diskussionen in den einzelnen Gesprächsrunden haben in unterschiedlichem Grad die Grenzen der vier Handlungsfelder überschreiten können, die ihr jeweiliges Hauptthema waren. Die als Querschnittsthema formulierte Frage nach Leitlinien für kommunale Antworten auf den spezifischen Unterstützungsbedarf von allein Erziehenden mit Migrationshintergrund verbleibt als Anfrage im „Themenspeicher“ des Projekts. Beim bundesweit ausgeschriebenen Seminar des Bundesverbands allein erziehender Mütter und Väter – VAMV – am 20.1.2005 in Berlin („Zwischen allen Stühlen. Allein Erziehende mit Migrationshintergrund“) konnten einige Überlegungen und Arbeitsergebnisse dazu vorgestellt werden. Auch in der Nürnberger Projektgruppe stand das Thema schon auf der Agenda. Es wird in kleineren Runden zu den vier Handlungsfeldern und den entsprechenden Teilen des Handlungskonzepts im Jahr 2005 jeweils mit eingebracht werden.

## Gesprächsrunde 1

### **Der Hürdenlauf in den Arbeitsmarkt: Arbeitsorientierte Beratung und Vermittlung, Beschäftigung im ersten und zweiten Arbeitsmarkt**

Moderation: Britta Hollmann und Beate Mages,  
Zielgruppenprojekt „Jobbörse für allein Erziehende“, Köln  
Dokumentation: Jutta Scherzer,  
Forschungsstipendiatin im Nürnberger DJI-Projekt

Die Vorstellungsrunde ergibt die folgende Zusammensetzung der Teilnehmer/innen:

Herr Peter Aschoff,  
Mikro Partner Service GmbH, Neumünster, DLZ Eidelstadt, Hamburg;  
Frau Susanne Bressel,  
Sozialamt, Nürnberg;  
Frau Antje Eberbeck,  
Evangelisches Hilfswerk der Inneren Mission, Projekt Karla START, München;

Frau Sigrid Grantner,

Verband allein erziehender Mütter und Väter VAMV, Landesverband Baden-Württemberg;  
Mitglied im Steuerkreis des Nürnberger Projekts;

Frau Daniela Hach,

Beauftragte für Chancengleichheit, Arbeitsagentur Frankfurt a.M.;

Frau Erika Herrmann,

Aqua Mypegasus, Bildungsträger mit Teilzeitangeboten für allein Erziehende, Nürnberg;

Frau Helga Herzfeld,

Thüringisches Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Erfurt;

Frau Hanna Kaltenhäuser,

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Erlangen;

Herr Dieter Knoblauch,

Sächsisches Sozialministerium, Dresden; Mitglied im Steuerkreis

Herr Christian Kolbe,

Institut für Stadt- und Regionalentwicklung, Fachhochschule Frankfurt a.M.; Team um Prof. Reis,  
wissenschaftliche Begleitung des NRW-Projekts „Sozialagenturen“;

Frau Dagmar Kroth,

Evangelische Fachstelle allein Erziehende, Nürnberg;

Frau Johanna Kürzinger,

Allfa-M, Beratungs- und Treffpunkt für allein erziehende Frauen in München;

Herr Eckard Lange,

Amt für soziale Dienste, Projektleiter und zentraler Koordinator für Arbeit und Beschäftigung,  
Bremen; Mitglied im Steuerkreis des Nürnberger Projekts;

Frau Birgit Loes,

Amt für Stadtforschung und Statistik, Stadt Nürnberg;

Frau Claudia Noack,

Agentur für Taten (Vermittlung in den Arbeitsmarkt i. A. des Sozialamts), Leipzig;

Frau Martina Nowak,

katholische Beratungsstelle für Schwangere, Bamberg;

Frau Christine Popp,

Deutsches Jugendinstitut, Projekt Armutsprävention ..., Nürnberg;

Frau Renate Rosenthal,

Bundesagentur für Arbeit, Mitglied im Steuerkreis des Nürnberger Projekts;

Frau Jutta Scherzer,

Forschungsstipendiatin im Nürnberger Projekt;

Frau Gloria Schmidt,

Landratsamt Ludwigsburg, Sozialamt, Sachgebiet Hilfe zur Arbeit, Ludwigsburg;

Frau Sabine Schwarz,

Beauftragte für Chancengleichheit, Arbeitsagentur Nürnberg, Mitglied der Nürnberger Projektgruppe;

Herr Klaus Schwaiger,

Sozialamt München, Fachstelle Hilfe zur Arbeit, München;

Herr Michael Weinhold,

Schuldnerberatungsstelle Nürnberg des ISKA (Institut für soziale und kulturelle Arbeit), Nürnberg,  
Mitglied der Nürnberger Projektgruppe;

**Erfahrungshintergrund der Moderatorinnen:** Die Jobbörse für allein Erziehende ist im Rahmen der in Köln sehr früh (1998) begonnenen Kooperation von Arbeits- und Sozialamt mit gemeinsam betriebenen Job-Centern und gemeinsam beauftragten „Job-Börsen“ freier Träger ein gesonder-tes Zielgruppenprojekt für allein Erziehende aus der gesamten Stadt. Köln hat sich auch an dem Bundesmodellprojekt MoZArT (Modellvorhaben zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe, 2001–2004) zur Erprobung innovativer Kooperationsfor-men zwischen Arbeits- und Sozialämtern vor allem bei der Betreuung junger Arbeitsloser und Sozi-alhilfeempfänger unter 25 Jahren mit interessanten Ergebnissen (bei Sozialhilfeempfängern 46,1 % Übergang in den ersten Arbeitsmarkt) und Rückwirkungen auf die kommunalen Strukturen betei-ligt<sup>6</sup>. Die Jobbörse für allein Erziehende berät und unterstützt jeweils 25 Rat suchende Teilnehmer/innen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten Kontakt mit dem Projekt aufnehmen und je nach ab-gesprochenem Ziel und dafür notwendigem Zeitbedarf auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten wieder ausscheiden. Sie vermittelt mit ihrer Lotsenfunktion in Qualifizierungs-Angebote oder un-mittelbar in den ersten Arbeitsmarkt. Dabei wird eng und gut mit den Fallmanagern in den Job Centern kooperiert, die Frauen an die Jobbörse verweisen. Die Jobbörse flankiert diese arbeitsbe-zogene Beratung und Vermittlung durch eine ganzheitlich orientierte Beratung und Unterstützung in allen für die Betroffenen kritischen Lebensbereichen. Wie bei den Sozialhilfe beziehenden allein Erziehenden in Nürnberg, hat auch unter den Teilnehmerinnen an den Angeboten der Jobbörse fast ein Drittel der allein Erziehenden eine nichtdeutsche Herkunft oder Staatsangehörigkeit.

### **Schwerpunkte der Diskussion/Ergebnisse:**

Nach einer ausführlichen Vorstellung des Erfahrungshintergrunds der Moderatorinnen folgt ein kritischer Blick auf die Neuregelungen in der Arbeitsmarktpolitik durch das Job-Aktiv-Gesetz 2003 und Hartz I–III sowie das bevorstehende Inkrafttreten des SGB II mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Dabei gibt es nicht nur unterschiedliche Bewertungen durch die Teil-nehmer/innen, sondern offenbar auch von Stadt zu Stadt unterschiedliche Tendenzen in der Praxis. So wird für Köln davon berichtet, dass gerade für *gering qualifizierte* allein Erziehende mit Einfüh-rung der Bildungsgutscheine und weiteren Regelungen der Zugang zu Qualifizierungsmaßnahmen erschwert worden sei. Umgekehrt wird von einer Teilnehmerin aus Frankfurt a.M. hervorgehoben, dass dort gerade der Zugang *besser qualifizierter* Frauen zu geförderter beruflicher Weiterbildung schwieriger geworden sei.

Es besteht aber Konsens, dass die Verknüpfung von sozialer Unterstützung, psychosozialen Hilfen und arbeitsmarktorientierter Beratung/Vermittlung/Qualifizierung, die mit dem SGB II angestrebt wird und ermöglicht werden soll, gerade den allein Erziehenden neue Chancen auf Zugänge zum Arbeitsmarkt eröffnen kann. Auch hier bestehen offenbar Unterschiede in der praktischen Handhabung von Stadt zu Stadt. Während mancherorts über einen Rückbau psychosozialer Beratung und sozialpädagogischer Begleitung berichtet bzw. ein solcher befürchtet wird, besteht andern-

---

6 Kritisch zum Kölner Modell: Scholz 2004; Positivbewertung in der Evaluation durch infas 2003

orts, offenbar nicht zuletzt in Köln selbst, weiterhin ein fachlicher *und politischer* Konsens, solche Hilfen weiter vorzuhalten<sup>7</sup>. Das verlangt allerdings intensive Vernetzungs- und Kontaktarbeit mit Arbeitgebern. Erfolgreicher Platzierung im ersten Arbeitsmarkt gehen sehr oft Praktika voraus, die sich als ganz wesentliches Instrument erfolgreicher Vermittlung und des „Trainings on the Job“, zunächst aber auch für das gegenseitige Kennenlernen zwischen Arbeitgebern und arbeitssuchenden allein Erziehenden erwiesen haben. Auch und gerade in städtischen Arbeitsmärkten gehen im Bereich der wenig qualifizierten Niedriglohnarbeit quer durch alle Bereiche, Pflege und personenbezogene Dienstleistungen inklusive, Arbeitsplätze verloren. Deshalb verlangt diese Vernetzung mit Arbeitgebern von den Trägern der Beratung und Vermittlung besonders hohen Einsatz an Zeit und Engagement.

Als ein Beispiel für derartige „integrierte“ Beratung und Unterstützung, die mit Qualifizierung und Vermittlung eng verknüpft ist, skizziert Herr Aschoff von der Firma Mikropartner (Neumünster) den Modellansatz aus einem mit der Kölner Jobbörse für allein Erziehende verwandten Projekt namens MUM – „mehr wirtschaftliche Unabhängigkeit für allein erziehende Mütter“ in Hamburg, wobei der Träger nicht freigemeinnützig, sondern privat-gewerblich ist. Zum Arbeitsprofil gehöre dort auch die Zusammenarbeit mit (insgesamt 400) Betrieben, das Vorhalten einer eigenen Schuldnerberatung, Unterstützung bei der Kinderbetreuung, bei Mietrückständen, Wohnungssuche und bei Schulwechsel der Kinder. Außerdem betreibe man eine soziale Personalservice-Agentur, die Praktika, darüber hinaus wo möglich auch Arbeitsverhältnisse im Bereich gemeinnütziger Tätigkeiten akquiriere.

Ein weiterer Konsens in der Diskussion zeichnet sich ab: Bei aller Orientierung auf den Ersten Arbeitsmarkt bleiben die Platzierungsmöglichkeiten auf dem Zweiten Arbeitsmarkt weiterhin notwendig, als Durchgangs- und Qualifizierungsstation auf dem Weg in reguläre Beschäftigung, aber auch als niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeit. Wichtig sei dies für „Betreuungskunden/-innen“ mit besonders hohen Vermittlungshemmnissen, zu denen allein Erziehende nicht grundsätzlich, aber oftmals während schwieriger biografischer Übergänge (Trennung/Scheidung; Einschulung, Schulwechsel der Kinder etc.) zählten.

Frau Kürzinger fragt nach den Erfolgsmaßstäben für die Beratungs-, Unterstützungs- und Vermittlungsstellen (= Kriterien für Monitoring und Evaluation, Red.): Gehe es denn nur um Vermittlung und Verbleib an Arbeitsplätzen – unter welchen Bedingungen auch immer – oder sei nicht auch

---

7 Der oben (Fn. 2) zitierte infas-Evaluationsbericht zu den MoZArT-Projekten fordert eindringlich dazu auf, die Wirkungschancen wahr zu nehmen, die in der engen Verknüpfung von psychosozialer und arbeitsmarktbezogener Beratung und Unterstützung liegen. „Die Kombination von persönlichen Hilfen mit qualifizierenden Maßnahmen und Vermittlungsaktivitäten muss gerade für die speziellen Zielgruppen mit vermittlungshemmenden Merkmalen unbedingt gesichert werden. Die Umstellung der ehemals maßnahmeorientierten Beratung und Vermittlung auf ein am Einzelfall orientiertes Fall-Management muss nach unserer Auffassung für die schwierigen Zielgruppen mit gravierenden Vermittlungshemmnissen noch konsequenter eingeführt und praktiziert werden. Dazu zählt auch eine stärkere Verknüpfung der Beratung und Betreuung der Hilfebedürftigen mit der Kontaktpflege zum Arbeitsmarkt und der aktiven Stellenakquisition bei den Betrieben vor Ort. Arbeitsmarktexpertise und Bemühungen um die Betroffenen sind notwendige fachliche Eckpunkte der Reform“ (p. 7).

ein breiter angelegter Qualitätsmaßstab nötig, der nach Befähigung zur Lebensbewältigung und nachfolgend verbesserter Lebensqualität als Ergebnis von Beratungsprozessen frage? Zwei Aspekte waren damit angesprochen: a) die Frage nach dem Qualifikationsprofil von Berater/innen für allein Erziehende und b) eine eigene Struktur mit speziell erfahrenen bzw. qualifizierten Fachleuten für die Zielgruppe der allein Erziehenden, um ein den Aufgaben angemessenes Kompetenzprofil zu gewährleisten.<sup>8</sup>

Im Zusammenhang mit dem Bedarf an Qualifizierungsangeboten wurde von mehreren Teilnehmerinnen<sup>9</sup> auf die Notwendigkeit zur Erweiterung des Angebots an Teilzeit-Ausbildungsmöglichkeiten – besonders im Blick auf die offenbar wachsende Zahl junger Mütter, die Ausbildungen gar nicht erst begonnen bzw. schwangerschaftsbedingt abgebrochen haben.

Die Frage nach Teilzeitausbildungsmöglichkeiten und ihrer Ausweitung ist aber Thema der Gesprächsrunde 2; sie konnte deshalb in der Runde 1 zur Arbeitsberatung und –vermittlung nicht weiter aufgegriffen werden.

---

8 Die Themen „Qualifizierungsbedarf bei Sachbearbeiter/innen bzw. Case-Managern/innen für erwerbsfähige allein Erziehende mit Alg-Bezug“ und „Sonderstrukturen für allein Erziehende?“ werden in der weiteren Arbeit des Nürnberger Projekts vertieft aufgegriffen.

9 Frau Hach, Beauftragte für Chancengleichheit bei der Arbeitsagentur Frankfurt/M. und Frau Nowak von der katholischen Schwangerenberatungsstelle in Bamberg

## Gesprächsrunde 2

### **Damit der Bildungszug nicht abgefahren ist: Passgerechte allein Erziehenden-Projekte und ihr Beitrag zu mehr Durchlässigkeit im System der beruflichen Bildung.**

Moderation: Dr. Uta Zybell,  
TU Darmstadt, Fachgebiet Berufspädagogik  
Dokumentation: Eva Schweigard,  
Praktikantin im Nürnberger DJI-Projekt

Die Vorstellungsrunde ergibt die folgende Zusammensetzung der Teilnehmer/innen:

Christina Arensmann,  
Arbeitsagentur Bielefeld, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt; Ulrike Berlin,  
Deutsches Erwachsenen-Bildungswerk DEB e.V., Nürnberg;  
Christine Busch,  
Internationaler Bund Leipzig/Sachsen-Ost, Leipzig;  
Anton Frey,  
Volkshochschule Neustadt an der Weinstraße;  
Kerstin Fuchs,  
Gemeinnütziger Sozialer Förderkreis Meißen e.V., Meißen;  
Anny Hachmann,  
RE/init e.V. Menschen Arbeit Zukunft, Recklinghausen; Mitglied im Steuerkreis;  
Karin Hofmann,  
Mütterzentrum Fürth, Fürth;  
Aurelia Hölker,  
Gesellschaft für Verhaltenskommunikation, München;  
Edeltraut Hummy,  
Karla START, München;  
Kludia Jacobs,  
Mütter Lernen/ EJJ, Berlin;  
Heidemarie Kästner,  
Jugendberufshilfe Thüringen, Projekt „Rhythmus“, Erfurt;  
Zdenka König,  
NOA, Noris Arbeit, Nürnberg;  
Brunhilde Ludwig,  
Sozialer Dienst Katholischer Frauen e.V., Zentrale, Dortmund; Mitglied im Steuerkreis des Projekts;  
Ulrike Passarge,  
Frauenbüro der Stadt Gießen, Gießen;  
Christine Preiß, Aqua Mypegasus, Bildungsträger u.a. mit Teilzeit-Ausbildungsprojekten für allein  
Erziehende, Nürnberg  
Ilona Rauschopf,  
Sozialdienst Katholischer Frauen Projekt „Taff“, Stuttgart;

Rainer Rock,  
SOS-Berufsbildungszentrum Nürnberg, Nürnberg;  
Claudia Spillert,  
Familienbildungsstätte Ulm, Projekt „Bella“, Ulm;  
Gabriele Strümpl,  
SOS-Berufsbildungszentrum Nürnberg;  
Inga Thies,  
Evangelische Fachstelle allein Erziehende, Nürnberg;  
Dr. Barbara Thiessen,  
Projekt MOSAIK, Universität Bremen;  
Bärbel Wagner,  
Diakonieverein Freiburg, Freiburg;  
Ingrid Wulf,  
VHS Rheingau-Taunus, Taunusstein;

**Erfahrungshintergrund der Moderatorin:** Mitarbeit in der wissenschaftlichen Begleitung des hessischen Modellprojekts „JAMBA“ (Junge allein erziehende Mütter in der Berufsausbildung)<sup>10</sup>

Frau Zybell berichtet vom Modellprojektverbund JAMBA. Nach dem Vorbild der darin geförderten Einzelprojekte zur Teilzeitausbildung für allein erziehende Mütter im dualen System besteht in Hessen eine mittelfristig verstetigte Förderrichtlinie, wonach jährlich landesweit ca. 100 Ausbildungsplätze in Teilzeit durch Zuschüsse zu den Kinderbetreuungskosten, zur Ausbildungsvergütung (degressiv gestaffelt, an die Ausbildungsbetriebe/Arbeitgeber) sowie zur sozialpädagogischen Begleitung gefördert werden. Wie bei Modellprojekten üblich, sollte auch das JAMBA-Projekt Grundlage für Folge- und Tochterprojekte sein. Aber tatsächlich sei die Teilzeitausbildung bisher noch nicht über den Status von „Orchideen in der Wüste“ hinausgekommen – und eine Regelförderung im Bereich Teilzeitausbildung liege leider in ferner Zukunft.

In einer inhaltlichen Einführung erläutert Frau Zybell die besondere Bedeutung von spezifischen, didaktisch-methodisch und zeitlich angepassten Ausbildungsgängen und -optionen für allein Erziehende: 23 % der Gesamtheit bundesdeutscher Familien mit Kindern sind allein erziehend. Damit gehört allein Erziehen zur zeitweiligen weiblichen Normalbiographie und verdient schon deshalb verstärkte Aufmerksamkeit.

Wenngleich allein Erziehende eine gesellschaftliche Großgruppe bilden, haben sie nach wie vor mit Stigmatisierungen und mit einer schlechteren sozio-ökonomischen Lage zu kämpfen. So liegt die Sozialhilfequote bei allein Erziehenden bei 25,4 %. Der Zugang zu Bildung und Qualifikation ist die Voraussetzung für eine positive berufliche Entwicklung. Schlechte Qualifikationschancen und mangelnde Integration im Beruf führen bei allein Erziehenden zu besonderen Zugangsbarrieren. Die schlechtere Ausgangslage führt zu einer prekären und oft „unterwertigen“ Form der Erwerbsbeteiligung. Es gilt die einfache Regel: Je höher die berufliche Ausbildung, desto höher die Erwerbsbeteiligung.

---

<sup>10</sup> Frau Zybell ist Autorin des in zwei Bänden erschienenen Abschlussberichtes des Modellprojektes JAMBA, der im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Begleitung entstand: Zybell 2003 sowie Nader/Paul/Paul-Kohlhoff 2003.

Das berufliche Bildungssystem ist jedoch bislang zu wenig auf die Lebenslage Allein-Erziehen eingestellt, so dass eine mangelnde Integration dieser sozialen Gruppe zu beklagen ist. Bildungsgänge und Maßnahmen passen häufig nicht, weil sie die anderen Bedingungen, unter denen allein Erziehende lernen und arbeiten, nicht genügend berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund kommt es auf „passgerechte“, für allein Erziehende offene und zugängliche Qualifikationspfade an. Aber: Was ist „passgerecht“? Welche Rahmenbedingungen sind gefordert? Und wie kann man solche „passgerechten“ allein Erziehenden-Projekte in das Gesamtsystem integrieren? Es gibt verschiedene Ansatzpunkte im Bildungsbereich, wie z.B. die berufliche Erstausbildung, Umschulung oder die Fortbildung. Die Diskussion ist grundsätzlich auf unterschiedlichen Ebenen zu führen: auf der gesellschaftlichen, individuellen, betrieblichen, institutionellen oder familiären Ebene.

In der *Vorstellungsrunde* werden als Arbeitskontexte der Teilnehmer/innen vor allem Ausbildungsprojekte für allein Erziehende benannt, und im Telegrammstil z.T. wichtige Kernfragen angesprochen:

Aqua Mypegasus, Nürnberg, Träger unterschiedlicher Projekte zur Teilzeitausbildung für allein Erziehende als außerbetriebliche Ausbildung, gekoppelt meist mit Betriebspraktika. Die Orientierung an der Zielgruppe allein Erziehende schlägt sich in (pro Tag) verkürzter Kurszeit, Kurspausen während der Schulferien, und in Stützunterricht nieder (Frau Christine Preiß).

Projekt Mütter Lernen MüLe/EJF, Berlin – ein Projekt vorwiegend des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks Berlin für Mütter, die den Schulabschluss nachholen wollen (Frau Klaudia Jacobs) ([www.muele.ejf.de](http://www.muele.ejf.de)).

Universität Bremen, Forschungsprojekt „Mosaik“. Inhalt des Projektes: Kompetenzentwicklung für junge Mütter, Schaffung von neuen Angeboten als Innovationsimpuls für das Berufsbildungssystem, Vernetzung bestehender Angebote und Strukturen (= „Bremer Förderkette“), Direktberatung allein erziehender junger Mütter (Frau Dr. Thiessen) ([www.dlb.uni-bremen.de](http://www.dlb.uni-bremen.de)).

Arbeitsagentur Bielefeld: Das dort entwickelte Projekt zur Teilzeitausbildung für allein Erziehende richtet sich an arbeitslose Frauen mit Leistungsansprüchen, die Finanzierung über die Ausbildungsvergütung hinaus wird von der Arbeitsagentur (freie Förderung!) getragen. (Frau Christina Arensmann: Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, Bielefeld).

Volkshochschule Rheingau-Taunus, Projekt im Rahmen des Programms „lernende Regionen“, Inhalt: Hilfen zur Alltagsbewältigung, Alltagsstruktur, Stärkung von Haushaltsführungskompetenzen (Frau Ingrid Wulf).

Sozialdienst Katholischer Frauen, Stuttgart, Projekt „Taff“, Teilzeitausbildung für Frauen: Frau Rauschopf weist darauf hin, dass vor allem das Durchsetzen einer Regelfinanzierung sehr wichtig ist. Bisher besteht immer wieder neu das Problem der in unterschiedlichem Finanzierungsmix „zusammengestoppelten“ Förderung, was viel konzeptionelle Energie verschlingt, die besser in die inhaltliche Weiterentwicklung der Ausbildung fließen sollte. ([www.skf-stuttgart.de](http://www.skf-stuttgart.de)).

Familienbildungsstätte Ulm, Projekt: „Bella“: bereitet junge allein Erziehende auf eine berufliche Ausbildung bzw. einen beruflichen Entwicklungspfad vor. Das Alter wurde gegenüber einem Vorgängerprojekt dem Bedarf entsprechend von 21 auf 25 Jahre hochgesetzt. Durch die Agentur für Arbeit konnten sechs Frauen in eine Teilzeitausbildung gebracht werden, drei davon in reguläre zeitmodifizierte Arbeitsverhältnisse (Frau Claudia Spillert).

Deutsches Erwachsenen-Bildungswerk, DEB e.V., Nürnberg. Führt Qualifizierungsprojekte für junge Frauen und Migrant/innen durch, z.B. durch Vorbereitung auf Pflegeberufe. Es gibt parallele Projekte in Bayreuth und Würzburg (Frau Ulrike Berlin).

SOS-Berufsausbildungszentrum Nürnberg: Bildet in betrieblicher Ausbildung (eigene Werkstätten, die auch für den Markt produzieren, Mitglied in den Kammern) und in kooperativer Form mit Betrieben auch junge allein Erziehende in einer Reihe von Berufen aus; die Finanzierung wird durch Arbeitsamt und Jugendamt geleistet. Die Passgerechtigkeit des Ausbildungsangebots für allein Erziehende besteht in einem flankierenden Angebot durch eine Kindertagesstätte einschließlich einer *Kinderkrippe* mit 10 Plätzen, die der Träger weitgehend aus Eigenmitteln etabliert hat. Ausbildung in Teilzeit wird im Moment nicht angeboten, jedoch wird an den zuständigen Stellen dies als Thema eingebracht. (Herr Rainer Rock, Frau Gabriele Strümpf).

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland EKD, Stuttgart, Referat Frauen und Familie (Frau Rosemarie Daumüller).

Evangelische Fachstelle für allein Erziehende Nürnberg: enge Kooperation mit anderen Institutionen, Netzwerken, Beratungsstellen und Ämtern, Moderation eines gesamtstädtischen Arbeitskreises „allein Erziehende“, Mit-Initiatorin einer Infobörse für allein Erziehende, die für die Stadt Nürnberg seit mehreren Jahren unter Beteiligung zahlreicher Träger von Qualifizierung und Beratung durchgeführt wird (Frau Inga Thies).

Noris Arbeit Nürnberg (NOA), kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Nürnberg, Trägerin mehrerer Projekte zur beruflichen Qualifizierung von allein Erziehenden (mit Bezug von Sozialhilfe bzw. ALG II), in Vollzeit und in Teilzeit. Diese Projekte laufen bereits im 3. Jahr (Frau Zdenka König) ([www.noa.nuernberg.de](http://www.noa.nuernberg.de)).

Gemeinnütziger Sozialer Förderkreis Meißen e.V.: Führt seit 1998 Modellprojekte in Sachsen durch, u.a. Zielgruppenprojekte für allein Erziehende in Kooperation mit Ausbildungsbetrieben. Als Modell vom Sächsischen Sozialministerium gefördert – jedoch: Von zentraler Bedeutung ist die Schaffung von Folgefinanzierungen. Gesucht werden vor dem Hintergrund von Erfahrungen in Vollzeitausbildung Möglichkeiten zur Umwandlung in Teilzeitausbildung (Frau Kerstin Fuchs).

Internationaler Bund Leipzig/Sachsen-Ost. Träger eines Qualifizierungsprojekts für allein Erziehende, das auch für 2005 finanziell von der Arbeitsagentur gefördert wird. In Bezug auf die Erleichterung von Teilzeitausbildungen richten sich Hoffnungen auf die geplante Novelle des Berufsbildungsgesetzes. Unabhängig davon muss sich die Einstellung bei den Kammern ändern (Frau Christine Busch).

Jugendberufshilfe Thüringen, Erfurt, Projekt Rhythmus: Ein Entwicklungsprojekt mit dem Auftrag, Ausbildungsprojekte in Teilzeit für allein Erziehende auf der Basis einer quantitativen Bedarfserhebung anzustoßen, was in zunächst zwei Fällen (Altenburg; Ilmkreis) gelungen ist. Das Entwicklungsprojekt ist abgeschlossen (Frau Heidemarie Kästner).

Gesellschaft für Verhaltenskommunikation München. Privat-gewerblicher Träger, der im Auftrag des Sozialamts der Landeshauptstadt München<sup>11</sup> einen Großteil der allein Erziehenden Bezieherinnen von Sozialhilfe berät – mit dem Ziel, diese wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern, d.h. sie auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln. Die zu beratenden allein Erziehenden sind meist ohne Ausbildung, haben aber Interesse an einer beruflichen Ausbildung. Ein konzeptioneller Vorschlag für die

---

11 Zum Zeitpunkt des Workshops. Bei Redaktionsschluss lag noch keine verbindliche Information über die Weiterführung dieser Beratungstätigkeit unter neuen Rahmenbedingungen, bei jetzt neuer Zuständigkeit der Arbeitsgemeinschaft ab 1.1.2005, vor.

Zukunft wäre zum Beispiel eine modulhafte Ausbildung mit der Möglichkeit von Pausen bis zu einem Jahr (Frau Aurelia Hölker).

Evangelisches Hilfswerk/Innere Mission, Projekt „Karla Start“, München, Das Qualifizierungsprojekt in Teilzeit war zunächst nur für wohnungslose Frauen angelegt, es werden nun aber auch Frauen mit festen Wohnsitz betreut. Es besteht eine kostenlose Kinderbetreuung während der Unterrichtszeit. Die Teilzeitausbildung dauert ein Jahr und beinhaltet eine Bürotätigkeit am Vormittag. Innerhalb von sechs Monaten können die Frauen auch einen PC-Führerschein mit vierwöchigem Praktikum erwerben. Die Frauen haben nach Abschluss des ersten Durchlaufs teilweise dauerhafte Beschäftigung gefunden, teilweise wurde nach der Teilzeitausbildung der Entschluss gefasst, eine reguläre Ausbildung zu beginnen. Nach der Ausbildung haben die Frauen mehr Selbstbewusstsein als vor der Ausbildung. Oft haben die Frauen schlechte Erfahrungen mit der schulischen Ausbildung gemacht (Edeltraud Hummy).

RE/init, Recklinghausen, Projekt BEAT (betriebliche Erstausbildung in Teilzeit): Koordination eines Netzwerks von Teilzeit-Projekten überwiegend in NRW mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für solche Ausbildungsangebote zu verbessern, z.B. durch enge Kooperation mit den – häufig noch skeptischen – Kammern und durch Lobby-Arbeit zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten. Von daher ist das Projekt ähnlich wie das Bremer Projekt „Mosaik“ angelegt, mit dem eine produktive Zusammenarbeit besteht. Für das Jahr 2004 sind drei weitere Maßnahmen geplant. Die Praktika gehen über 3 Monate. (Frau Anny Hachmann, seit 2004 Mitglied im Steuerkreis des Nürnberger Projekts). ([www.projekt-beat.de](http://www.projekt-beat.de)).

Volkshochschule Neustadt/Weinstraße: „Neustadt ist eine Kleinstadt, die Armut ist jung und weiblich – so das Originalzitat des früheren Sozialdezernenten“. Es wurde deshalb ein Projekt realisiert, das es Sozialhilfeempfängerinnen ermöglichte, innerhalb eines Jahres einen Abschluss als Hauswirtschafterin zu machen. Das Ergebnis: fast alle Absolventinnen sind nach wie vor sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Ein weiteres neues Projekt, speziell auf junge Mütter zugeschnitten, ist geplant. Darin spielt auch der Erwerb von Haushaltsführungskompetenzen eine wichtige Rolle. Es wäre ein strukturell wichtiger Schritt, wenn der Weg zum Eingehen von Ausbildungsverbänden für Teilzeitausbildungen mit Betrieben gebahnt wäre, und das unter den Bedingungen einer Kleinstadt (Herr Anton Frey).

## Diskussion

Frau Zybell: Den größten Handlungsbedarf scheint es bei der Teilzeitausbildung für allein Erziehende zu geben.

Frau Kästner: Die Ämter, die für Beruf und Ausbildung zuständig sind, stigmatisieren die allein Erziehenden in drei Problembereichen: Zum einen wird den Müttern die alleinige Schuld zugesprochen, dass sie so früh Mütter wurden. Diese Erfahrung wurde bei den Arbeits- und Sozialämtern gemacht. Zweitens plädiert sie für eine bedarfsorientierte und beratende Institution, und die sollte „weg vom Amt“ sein. Drittens sollte das Ausbildungsangebot selbst Wahlfreiheit zulassen, die Mütter sollten also nicht zu einer Teilzeitausbildung *gezwungen* werden. In den Betrieben werden die alleinerziehenden Mütter problematisiert und oft als Risiko gesehen. Von 10 angesprochenen Betrieben haben nur 2 Kontakt aufgenommen. Man muss auch sehen: In Ostdeutschland ist eine 40-Stunden-Woche üblich. Teilzeit ist nicht so weit verbreitet wie in den alten Bundesländern.

Frau Arensmann weist darauf hin, dass die Aufgabe der berufsorientierenden Beratung in den Zuständigkeitsbereich der Länder fällt und nicht Aufgabe des Bundes bzw. der Bundesagentur sein kann. Es ist also Aufgabe der Schule, den allein Erziehenden Berufsorientierung zu bieten. Tatsächlich brechen junge Mütter häufig eine Ausbildung ab.

Frau Jacobs plädiert für eine Vielfalt möglicher Ausbildungspfade für die Zielgruppe junger allein Erziehender. Es gebe tatsächlich noch sehr viele Lücken in der Struktur der vorhandenen Angebote – aber immerhin seien auch immer wieder „Orchideen in der Wüste“ vorzufinden. Für manche Frauen sei eine schulische Ausbildung besser als eine berufliche Ausbildung. Beides sollte in einer großen Stadt wie Berlin als regulärer Weg möglich sein. Dabei seien durchaus weitere Angebote bei den Erzieherfachschulen oder auch im Gesundheitsbereich denkbar, die prinzipiellen Gestaltungsmöglichkeiten seien groß. Bei einer Teilzeiteinrichtung stelle allerdings die finanzielle Benachteiligung eine Barriere dar. Zudem gibt es Denkbarrieren bei Betrieben. Natürlich müssten dann auch andere Ansätze bei den Schulen her, wie werde zum Beispiel der Lehrerberuf berechnet? Insgesamt müsse man feststellen: Es gebe immer noch wenig Ansätze, trotz des sehr hohen Bedarfs. Kurz: Mehr Projekte für allein Erziehende würden gebraucht.

Frau Daumüller: Die Suche nach Partnern bei den Projekten gestalte sich immer sehr schwierig. Erfolge hingen sehr stark von der Motivation der Mitarbeiter in den Sozialämtern ab. Warum würden dort kaum Möglichkeiten für eine berufliche Bildung angeboten, und warum sei dies nicht Teil bei der individuellen Hilfestellung, die durch die Sozialämter gegeben werde? Wenn junge Mütter „verwahrlosen“, dann müssten die Leistungsträger ja schließlich auch jahre- bis lebenslang zahlen. Ein vernetztes Hilfesystem sei absolut notwendig zur Einbindung von allein Erziehenden in die Arbeitswelt.

Herr Frey sieht bei der Zielgruppe eine starke Defizit-Selbstwahrnehmung. Viele glaubten, dass ein Leben ohne Arbeit möglich sei. Es finde gedanklich eine Entkoppelung der eigenen Lebenswelt von „Arbeit“ statt. Es herrsche deshalb ein Gefühl vor, dass die Gesellschaft sie nicht mehr brauche. Notwendig sei aber beides: eine „kinderfähige“ Gesellschaft *und* erwerbsfähige Familien. Man sollte auch der Frage nachgehen, wie sich „Erwerbstätigkeit“ versus „Berufsmutter“ aus der Sicht der Kinder gestalte – also wie Kinder in einer Welt ohne Arbeitsbezüge sozialisiert werden.

In einem weiteren Diskussionsabschnitt geht es um die Frage der *Finanzierung des Lebensunterhalts während der Ausbildung*, die bisher nur mit Hilfe von Sonderabsprachen und Vereinbarungen möglich war. Dabei haben Sozialämter z.T. Aufschläge zur Ausbildungsvergütung gewährt, sofern die Ausbildung im dualen System stattfand und Ausbildungsvergütung bezahlt wurde. Z.T. haben die Träger sich um Zusatzfinanzierungen – z.B. aus Stiftungsmitteln, wie Frau Rauschopf von einem Beispiel berichtet – bemüht; auf jeden Fall sind ständig aufwändige individuelle Klärungen und Lösungen notwendig.

Frau Thiessen betont die Notwendigkeit von *Kinderbetreuungsangeboten für unter 3-Jährige*: „Die weibliche Form von sozialem Rückzug ist oft die Schulmeidung durch den Rückzug auf die Geburt von Kindern. Jungen fallen eher auf dem Pausenhof auf, während das Rückzugsverhalten von Mädchen eher sozial unauffällig ist, obwohl es vorhanden ist“. Für diese Gruppe junger Mütter – als Multi-Problemfamilien – sei eine sozialpädagogische Betreuung unbedingt notwendig. Anlaufstelle sollten auf städtischer Ebene Koordinierungsstellen sein. Eine Verstetigung von solchen Netzwerken sei notwendig. Allerdings seien bei den Kommunen derzeit kaum (finanzielle) Möglichkeiten

für den Aufbau solcher Netzwerke vorhanden, so dass sich die Frage nach finanzieller Absicherung durch Landes- oder Bundesmitteln stelle.<sup>12</sup>

Frau Preiß weist darauf hin, dass es in Nürnberg ein solches regionales Netzwerk bereits gebe, welches sich u.a. die Entwicklung von Qualifizierungsmaßnahmen zum Ziel gesetzt habe. Dabei werde im Netzwerk auch der Bedarf an Kinderbetreuung im Auge behalten. Individuelle Beratung und Unterstützung werde teils von den Qualifizierungsträgern, teils über eine von der Stadt Nürnberg initiierte und zunächst z.T. EU-finanzierte Beratungsstelle (Agentur Familie und Beruf) geleistet.

Frau Zybell stellt eine Strukturfrage: Es wurde die Notwendigkeit zum Aufbau eines Netzwerkes, vor allem von lokalen Bündnissen betont. Dieses Netzwerk sollte die verschiedenen Ämter, Betriebe, Kammern und Initiativstellen, die ja auch Träger von Projekten sind, vereinen. Könnten die jetzt entstandenen lokalen Bündnisse für Familie die Rolle eines solchen Netzwerkes übernehmen? Wer sollte in der jeweiligen Stadt noch eingebunden sein? Die Frage wird in der Diskussion nicht durch ausformulierte Vorschläge vertieft. Hinweise auf zuvor notwendige Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung werden eingebracht.

Herr Frey stellt fest, dass Vorbehalte gegen neue formale Strukturen weit verbreitet seien, weil neue Institutionen nur die Unübersichtlichkeit vermehren und neue Konkurrenzen um die Klientel entstehen – man solle eher an die Verbesserung von bestehender Kooperation und Vernetzung der verschiedenen Akteure denken, als immer wieder „eine neue Sau über den Markt zu treiben“.

Frau Jacobs ergänzt den Aspekt der notwendigen Einbeziehung der Schulen und insbesondere der Schulverwaltungen in die Kooperationsnetzwerke mit dem Ziel, berufliche Bildung für allein Erziehende zu einer Selbstverständlichkeit zu machen. Dazu müsste auch „eine Ebene höher, also die Ministerialebene“ einbezogen werden. Denn von dort aus müssen Eckpunkte für veränderte Strukturen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, z.B. mehr Flexibilität für Schulen. In Berlin gibt es – ein großes Strukturproblem – ohnehin sehr wenig betriebliche Ausbildungsmöglichkeiten. Es ist immer noch eine politische Entscheidung, was ein Thema wird. Aber es gibt einen ausreichenden Bedarf und auch die Bereitschaft, diesen Bedarf zu stillen. Allerdings gibt es rechtliche und finanzielle Sperren.

Frau Arensmann ergänzt mit dem Hinweis auf die notwendige Einbeziehung der berufsbildenden Schulen und der Betriebe in solche Netzwerke auf kommunaler Ebene. In vielen typischen Frauenberufen werde oft Vollzeit oder auch in Schicht gearbeitet (wie zum Beispiel Arzthelferin). Kammern und Schulen sperrten sich deswegen gegen eine Teilzeitausbildung in diesen Berufen. Auch eine Ausbildung als Erzieherin sei nur in Vollzeit möglich, sonst werde das Berufsbild abgewertet. Schlimm sei allerdings, dass berufliche Vorkenntnisse praktisch nie anerkannt würden. Die Frauen würden so behandelt, als hätten sie nie eine betriebliche Sozialisation erfahren. Vor allem

---

12 Beratungsstellen in einem städtischen Netzwerk von Hilfen wären durchaus auch als Pflichtaufgabe nach dem SGB II aufzufassen. Die Diskussion über solche Strukturbildungen hat nach unserer Kenntnis erst begonnen, u. a. angestoßen durch die Verteilung eines Ideenpapiers der Bundesagentur für Arbeit (vom Oktober 2004) zur besseren Vermittlung allein Erziehender in den Arbeitsmarkt durch innovative Wege bei der Kinderbetreuung.

Großbetriebe sperrten sich gegen Teilzeitausbildungen, in Berlin z.B. Schering und Bertelsmann. Schon eine Reduzierung der Wochenstunden von 36 auf 30 sei nicht umsetzbar. Dagegen seien kleinere Betriebe oder Kleinstbetriebe viel flexibler. Aus diesen Betrieben kämen oft positive Rückmeldungen.

Frau Zybell fasst zusammen: Die allein Erziehenden sind meist hoch motiviert und sehr leistungsfähig und stellen damit engagierte Mitarbeiterinnen für die Betriebe dar, sind somit keine Problemfälle. Wie können wir es aber schaffen, die Betriebe und die Kammern davon zu überzeugen? Sind persönliche Ansprachen eine Lösung für diese Herausforderung?

Frau Busch: Wir haben in Kleinstfirmen 20 Frauen untergebracht. Die Betriebe können drei Monate lang entscheiden, ob sie die Frauen weiterbeschäftigen möchten. Das vorrangige Ziel ist natürlich, die Frauen in Betrieben dauerhaft unterzubringen. Das Durchschnittsalter der Frauen liegt bei 24 Jahren. Ohne eine persönliche Ansprache ist eine Zusammenarbeit bei Betrieben nicht möglich.

Frau Hachmann: Auch im Projekt von RE/init Recklinghausen erfolgte die Akquise weitgehend über persönliche Kontakte.

Frau Arensmann: Man könnte versuchen, auch auf Handwerksberufe auszuweichen. Deren Attraktivität ist für die Kammern weitaus höher, weil es in diesem Bereich in den letzten Jahren einen starken Rückgang der Ausbildungszahlen gab. Dieser Rückgang hat zu einem erheblichen Facharbeitermangel geführt. Diese neue Art der Berufsorientierung könnte man zuerst älteren Frauen mit Kindern anbieten und danach dann jüngeren Frauen. Man sollte sich nicht nur an den Berufsvorstellungen allein Erziehenden orientieren. Man benötigt für diese Berufe ein eher geringes Vorwissen und kann qualifizierte Teilzeitberufe schaffen. Durch das Ausweichen auf andere Ausbildungsberufe könne man sich des Wohlwollens der Kammern sicher sein und nach der Handwerkskammer folgt dann auch bald die Industrie- und Handelskammer.

Frau Zybell spricht nun noch die zwei Querschnittsfragen an: Soll es spezifische Angebote für Migrantinnen geben, sind besondere Wege nötig? Brauchen Migrantinnen eine andere Ansprache und Beratung oder sind die bestehenden Angebote ausreichend?

Frau Jacobs: Bei „MüLe“ sind ein Drittel Migrantinnen. Ihrer Vorstellung entspricht es, wenn diese Gruppe eine gezielte Ansprache bekommt. Sie sollten besonders berücksichtigt werden.

Frau Thiessen: Ja, eine Differenzierung ist erforderlich. Statistisch sind junge Mütter mit Migrationshintergrund nicht auffällig, in ihrer Alltagsbewältigung stellen Sprachprobleme jedoch eine zusätzliche Hürde dar. Gerade bei Migrantinnen ist die Absicherung kontinuierlicher Bildungsverläufe ein wichtiger Beitrag für Integration und Familienbildung.

Vor der Zusammenfassung werden von einigen Teilnehmer/innen Aspekte eingebracht, die in der Diskussion vernachlässigt wurden, so wird die starke Fokussierung auf die *jüngeren allein Erziehenden* von Frau Hummy angesprochen. Es sollten auch noch andere spezifische Gruppen betrachtet werden wie etwa Ältere oder Studentinnen.

Als ein denkbarer „strategischer Partner“ in lokalen Netzwerken werden noch die *Krankenkassen* erwähnt (Frau Busch), die zuständigkeitshalber an Lösungen für die Notbetreuung im Fall von Erkrankungen der Mütter mitwirken könnten.

Frau Thiessen macht darauf aufmerksam, dass neben den Betrieben als direkten Partnern für die Durchführung von Ausbildung auf politischer Ebene bzw. Verwaltungsebene auch Wirtschaftsförderung einen Beitrag leisten könne.

## Ergebnisse der Diskussion

Eckpunkte für eine gelungene Berufsintegration junger Mütter:

- Sensibilisierung für die Zielgruppe und die Thematik
  - Mentalität verändern, Mutterideologie aufbrechen
  - Politik, Wirtschaft, Verwaltung
- Koordinierungsstelle in Städten/Kommunen soll umfassen:
  - Sämtliche Ämter
  - Kammern
  - Beratungsstellen/Initiativen (lokales Profil)
  - Bildungsträger, Schulen
- Ziel: politisch Verantwortliche zum Handeln bringen
  - Gesetzliche Rahmenbedingungen auf ministerialer Ebene
  - Stichwort: Schule einbinden
  - Stichwort: Wirtschaftsförderung
  - Gesetzlichen Rahmen ausschöpfen
  - Sozio-ökonomische Diskussion
- Langfristiges Denken und Handeln
- Netzwerke aus Perspektive der Mütter und Kinder betrachten
- Finanzierung der allein Erziehenden sichern
  - Regelung mit Sozialämtern
  - Forderung: Ehegattensplitting abschaffen
- Transparenz zur Orientierung für Mütter: Infos und Beratung durch „Nichtamtliche“ = niedrigschwellige Beratungsstelle
- Entwertung von Teilzeitarbeit aufbrechen
- Zusagen der Kammern weitergeben
- Eckpunktepapier aufsetzen
- Modularisierung von Qualifikation
  - Anerkennung von Teilabschnitten
  - vor allem wichtig für ältere allein Erziehende
- Berufsorientierung breit anlegen
  - Auch „Mangelberufe“ und untypische Berufe
- Migrantinnen
  - In bestehende Angebote integrieren und spezifische Ansprache anbieten
  - Differenzierung der Gruppe

## Gesprächsrunde 3

### **Öffentliche Verantwortung? Wohin mit den Kindern? Perspektiven für ein bedarfsgerechtes Angebot zur Förderung von Kindern Erwerbstätiger ohne reißfestes familiäres Netz.**

Moderation: Carola Weise,  
Kinderhaus Nürnberg e.V., Geschäftsführerin, Nürnberg  
Dokumentation: Sabine Braun,  
Praktikantin im Nürnberger DJI-Projekt

Die Teilnehmer/innen und ihr Arbeitszusammenhänge:

Thomas Brönnner,  
SHIA, Landesverband Sachsen;  
Sabine Braun,  
DJI; Nürnberger Projekt Armutsprävention  
Ursula Cremer,  
Sozialamt Wiesbaden, Modellprojekt: Case Management für allein Erziehende;  
Elke Dogner,  
Aqua MyPegasus, Nürnberg: Qualifizierung und Zukunftsperspektiven für Arbeitslose  
Karin Enzenhöfer,  
Allgemeiner Sozialdienst West, Stadt Nürnberg;  
Wolfgang Erler,  
DJI; Nürnberger Projekt Armutsprävention  
Gabi Helms,  
Verband Bremer Kindergruppen = Partner im Bremer Modellprojekt für allein erziehende Sozialhilfeempfängerinnen;  
Dieter Maly,  
Leiter Allgemeiner Sozialdienst der Stadt Nürnberg  
Udo Meckler und Christa Schreiber,  
VAMV-Projekt KESS (Kinderbetreuung-Essen-Schulaufgaben-Spass, Speyer;  
Verena Lang,  
Job and Training Company, München, (Qualifizierung u.a. und vor allem für Sozialhilfebeziehende), Geschäftsführerin;  
Susanne Penzkofer,  
Bayerisches Rotes Kreuz Nürnberg, Familienarbeit;  
Karin Schulz,  
Selbsthilfe-Initiative allein Erziehender SHIA, Landesverband Berlin; Mitglied im bundesweiten Steuerkreis des Nürnberger Projekts;  
Petra Schumm,  
Agentur Familie & Beruf (eine Einrichtung des Kinderhaus e.V.): Beratungs-Vermittlungsservice für Frauen, vor allem im Bezug von Sozialhilfe (jetzt ALG II) zu Fragen der Kinderbetreuung und beruflichen Orientierung;

Johannes Seifert,

Koordinator im Kommunalen Sozialdienst, Hannover und Mitglied im Steuerkreis;

Birgit Tordinawa,

Mütterzentrum Fürth;

Anja Weicht,

Tagesmütter e.V. Projekt, Ludwigsburg: Hilfe zur Arbeit für allein Erziehende;

**Erfahrungshintergrund der Moderatorin:** Der Verein Kinderhaus Nürnberg ist Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten, Hort und Netz für Kinder-Gruppen), betreuten Spielplätzen, engagiert sich in der Ganztagesbetreuung an Schulen und unterhält als Träger die Beratungs- und Vermittlungseinrichtungen Tagespflegebörse Nürnberg und Agentur Familie & Beruf.

Frau Weise formuliert als **Ziel der Gesprächsrunde:** Perspektiven formulieren, die *kurzfristig* umsetzbar und mit möglichst wenig Aufwand *real* erreichbar sind. Für diese kurzfristigen Ziele sollte dann auch die *mittelfristige* Umsetzbarkeit diskutiert werden. *Langfristige* Ziele und Visionen könnten im Rahmen der knappen Zeit möglicherweise am Schluss noch kurz angesprochen werden.

Frau Weise schlägt vor, zur ersten Leitfrage: **Was heißt flexible Bedingungen?** eine Situationsanalyse durchzuführen. Dazu ergibt eine Kartenabfrage zusammengefasst den folgenden Überblick:

- Krankheit/Notfälle  
z.B. Krankheit des Kindes, der Mutter/des Vaters, Ausfall der Pflegeperson, zusätzliche Belastung durch Pflege der Eltern
- Öffnungs- und Schließzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen  
z.B. abends, nachts, früh, Ferien, nach Kindergarten, aber: Lösung nicht im Drei-Schichtbetrieb für das Kindergartenpersonal
- Abstimmung von Öffnungszeiten auf die immer mehr flexibilisierten Arbeitszeiten berufstätiger Eltern  
z.B. Arbeit/Ausbildung, Pflegeberufe/Schichtarbeit, Dienstreisen
- Absicherung der Kinderbetreuung vor Jobaufnahme/Betreuung unabhängig von der Berufstätigkeit  
z.B. Bewerbungen schreiben, allgemein Zeit für sich

Die zweite Leitfrage – **Was brauchen allein Erziehende?** – wird in einer offenen Diskussion erarbeitet. Es ergeben sich die folgenden Punkte als zentrale Bedarfslinien:

- Familienfreundliche Arbeitgeber
- (verlässliche und hohe) Qualität der Betreuung
- zeitlich u. inhaltlich differenzierte Angebote (Schule-Essen-Erziehung-Freizeit)
- Hol- und Bringdienste (Begleitperson) für Kinder z.B. zu Therapien, Sport und bei zeitlicher Verhinderung der Eltern/Mütter zur Abholung von der Kindertagesstätte (vgl. z.T. noch bestehende Projekte der Selbsthilfe-Initiative allein Erziehender SHIA in Berlin und in den neuen Bundesländern: Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen ...)

- Mentale „Klima“veränderungen
  - Familienfreundlicheres Klima
  - Kinderfreundlicheres Klima
  - Frauenfreundlicheres Klima

In diesem Zusammenhang wird (von Frau Lang) heraus gearbeitet, wie stark gerade allein erziehende Frauen mit **schnellem Rückkehrwunsch** und hoher Erwerbsorientierung schon während der ersten Lebensjahre eines/ihrer Kindes/r mit Vorbehalten und z.T. offener Abwehr zu rechnen haben („**Rabenmutter**“). Diese Haltung findet sich auch bei Ansprechpartnern in Behörden, bei der Arbeitsagentur, in Beratungsstellen. Gerade in den sozialen Milieus, in denen Schwangere und Frauen rund um die Geburt beraten und unterstützt würden (Geburtsvorbereitung, Stillgruppen usw.) werde das Leitbild der zeitweisen „Berufsmutter“ hochgehalten. Dabei steckten z.B. gerade sozial isolierte allein Erziehende mit Migrationshintergrund häufig in den eigenen vier Wänden regelrecht fest. Ein solcher Alltagsrahmen schaffe auch für die Neugeborenen alles andere als ein entwicklungsförderndes, anregungsreiches Klima. Für Kinder im Kindergartenalter dann, sei möglichst viel Kontakt mit anderen Kindern das A und O, um gut Deutsch sprechen zu lernen. Aber auch Humankapital gehe beim Rückzug auf die private Mutter-Rolle verloren – dabei seien in Wirklichkeit viele Frauen durchaus motiviert, auch in den ersten drei Jahren nach einer Geburt schon in irgendeinem Ausmaß erwerbstätig zu sein. Deshalb müsse die immer noch sehr starke Vorstellung von der Nichterwerbstätigkeit der Mütter, solange ihr/e Kind/er unter drei Jahre alt seien, offensiv angegriffen werden. Nötig sei also die

- Gesellschaftliche Anerkennung von frühzeitigem Erwerbseintritt/Berufsrückkehr.

Zu diesem Punkt entwickelt sich eine Diskussion über die Reichweite und Tiefenwirkung der in den Medien stark heraus gestellten *Familienfreundlichkeit von Unternehmen*, die individuelle Lösungen für berufstätige Eltern unterstützen – nach wie vor sind das in erster Linie Mütter. Solche Konzepte würden, so der Eindruck von Herrn Seifert, in erster Linie für Eltern in hochqualifizierten Berufen entwickelt und Beschäftigten mit niedrigen Qualifikationen eher weniger angeboten. Zumindest der formellen Reichweite nach gälten, so Frau Weise, die entsprechenden Angebote der Unternehmen jeweils für die ganze Belegschaft – eine andere Frage sei, wo sie am ehesten auch genutzt würden.

Die Frage nach Motiven und Nachhaltigkeit für ein familienbezogenes Engagement von Unternehmen wird breiter erörtert. Eine Reihe von Hinweisen und Beispielen bemühen sich, unternehmerische (personalpolitische) Eigeninteressen an solchem Engagement zu verdeutlichen, wobei es in gewisser Weise „messbar“ um die Vermeidung von Verlusten an Investitionen in Humankapital (Ausbildungs- und Anlernkosten) gehe.

Herr Maly führt am Beispiel eines städtischen Arbeitgebers in Nürnberg (Klinikum Nürnberg) vor, wie mit der Forderung umgegangen wurde, Mütter kleiner Kinder aus dem Schichtbetrieb heraus zu nehmen. Das Klinikum habe auf diese Forderung nicht eingehen wollen. Es sei zwar ein Kindergarten eingerichtet worden, der Drei-Schicht-Betrieb für Mütter wurde aber nicht eingestellt; somit wären andere Betreuungsformen nötig (z.B. Kinderfrauen, Tagesmütter, usw.). Bei solchen Sonderformen der Betreuung stelle sich aber immer wieder die Frage: „Wer bezahlt das?“

Frau Weise verweist auf ein Projekt, das im Raum Nürnberg derzeit in Planung sei. Es gehe von einem Familienunternehmen in einem Gewerbegebiet aus, in dem mehrere Unternehmen zusammen planen, gemeinsam einen Kindergarten einzurichten. Es brauche Gespräche und Argumente, um die weiteren Unternehmen zu motivieren und zu überzeugen, aber im Großen und Ganzen seien viele Arbeitgeber durchaus selbst daran interessiert, familienverträgliche Bedingungen für bei ihnen beschäftigte Eltern und ihre Betreuungsprobleme mit herzustellen.

Frau Schulz schließt an, dass es nicht kinderfreundlich sein kann, wenn Kinder über Nacht oder über lange Zeit, viele Stunden täglich, in einer Einrichtung bleiben müssen. Andererseits wären Tagesmütter, die über den zweiten Arbeitsmarkt vermittelt würden, nur für ein oder gar nur ein halbes Jahr, auch nicht kinderfreundlicher, da das Kind sich immer wieder an eine neue Bezugsperson gewöhnen müsse. Nach dem neuen Berliner KiTA-Gesetz könne das Jugendamt aber eine passgenaue Betreuung finanzieren.

Von diesem Punkt aus entwickelt sich eine längere Debatte über den **Widerspruch zwischen elterlichen Erwerbs- und anderen Zeitinteressen und (pädagogischer) Qualität** aus der Sicht der Kinder. Frau Helms stellt dar, dass die Flexibilisierungsdebatte hinterrücks fast immer auch mit Zeiten geringerer Betreuungsdichte (Personalschlüssel) und dem Einsatz geringer qualifizierter Betreuungskräfte reche. (Ein Punkt, der auch von Herrn Maly und Herrn Seifert ebenso gesehen wird). Auf der anderen Seite wird – von Frau Lang vor allem – betont, dass Flexibilität keineswegs mit (über)langen Betreuungszeiten pro Tag und Kind verbunden sein müsse. Es gehe vielmehr um zeitlich stärker diversifizierte Optionen für die in Anspruch zu nehmende Betreuung (auch in nicht institutionellen Settings).

**Zum Problem der Öffnungs- bzw. Schließzeiten (vor allem während der Ferien):** Herr Seifert macht auf Probleme der freien Träger aufmerksam; viele kirchliche Kindergärten zum Beispiel würden de facto nicht alle Kinder anderer Glaubensgemeinschaften aufnehmen; Kindergartenplätze wären so zwar frei, aber trotzdem gäbe es Kinder ohne Kindergartenplatz. Dies sei vor allem während der Ferienzeit ein Problem.

Frau Weise weist demgegenüber auf die zeitlich versetzten Einrichtungsferien der verschiedenen Institutionen in Nürnberg hin, und Herr Maly relativiert, dass dieses Problem sich weniger bei den Kindergärten stelle, da Kindergärten nur maximal vier Wochen im Jahr geschlossen seien; die Ferienzeiten für Schulkinder zu überbrücken sei wesentlich schwieriger.

Frau Schreiber verweist auf das Speyrer Projekt (KESS), wo durch Kooperation und Vernetzung verschiedener Akteure und Einrichtungen, wie Schulleitung, Hort usw. eine zeitlich durchgehende Betreuung auch in der Ferienzeit gesichert werde.

Frau Weise zeigt, dass in Nürnberg durch Einrichtungen wie Notfalltagesmütter, Stadterholung und durch die Kooperation der verschiedenen Kindergärten untereinander, flexible Kinderbetreuung, wie hier aus der Sicht allein Erziehender diskutiert, weitgehend gewährleistet ist.

Frau Schumm stellt fest, dass auf Angebote dieser Art jedoch nicht so häufig zurückgegriffen werde. Die meisten Frauen schafften es anscheinend, ihre Kinder in der Ferienzeit anderweitig unterzubringen. Andere könnten dann auf die trotzdem vorhandenen Angebote zurückgreifen.

**Lösungsweg Gutscheinmodell?** Frau Lang bringt ein Gutscheinmodell für allein Erziehende in die Diskussion, mit dem man Kinderbetreuungsangebote „einkaufen“ könne. Das Geld würde den allein Erziehenden in Form von zweckgebundenen Gutscheinen direkt in die Hand gegeben. Mit diesen Gutscheinen könnten dann Tagesmütter bzw. andere bedarfsgerechte Formen von Kinderbetreuung „gekauft“ werden. Somit würde ein neuer Markt entstehen. Das würde eine Umstrukturierung bedeuten; das Geld würde an die Mütter fließen, nicht mehr an die Einrichtungen.

Dieser Vorschlag findet kontroverse Aufnahme. Frau Helms kritisiert, dass, für den Fall nicht ausreichenden Platzangebots auch die Gutscheine keine neuen Plätze schaffen könnten. Außerdem würden nur Frauen profitieren, die organisieren können. Herr Meckler bezweifelt, dass sich ein Markt so schnell bilden könne.

**Tagesmütter für allein Erziehende keine Betreuungsoption?** Frau Schumm berichtet aus den Erfahrungen im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit in der Agentur Familie und Beruf, dass allein Erziehende (Sozialhilfeempfängerinnen) eher skeptisch gegenüber Tagesmüttern eingestellt sind; dies könne daran liegen, dass Informationen fehlen. Aufgabe sei es, die Frauen zu informieren und auch diese Lösung als einen gangbaren Weg sichtbar zu machen.

Frau Helms ergänzt bestätigend, dass im Rahmen der Beratungstätigkeit ihres Bremer Verbunds von Kindergruppen auch die Gruppenbetreuung mehr als die Tagesmutter nachgefragt werde. Wichtig sei es für die Eltern, dass das soziale Netz gestärkt und gefördert würde. Durch neue Bekanntschaften entstünden neue Kinderbetreuungsmöglichkeiten aus dem neuen sozialen Netz, es komme zu einem Austausch. Somit würde das Interesse an Tagesmüttern noch mehr sinken; Eltern würden ihre Kinder lieber an vertraute Personen oder in vertraute Einrichtungen geben.

Frau Weicht ist die Skepsis gegenüber Tagesmüttern ebenfalls bekannt; sie schlägt als Lösung vor, Treffen mit Eltern und Tagesmüttern zu veranstalten, um diese vorhandene Skepsis abzubauen.

Ergänzungen/flexible Alternativen zur institutionellen Betreuung:

Frau Weise nennt als Alternative bzw. Ergänzung zur institutionellen Kinderbetreuung noch die Seniorenkinderbetreuung, sog. Oma/Opa-Hilfsdienste, die es in einer ganzen Reihe von Städten mit unterschiedlichen Graden von Verlässlichkeit gebe.

Herr Seifert erwähnt ein in Hannover gescheitertes Modell, bei dem Laien-Mütter nach den regulären Kinderbetreuungszeiten in Einrichtungen wie Kindergärten auf die Kinder aufpassten, dies sei jedoch von den Betreuungseinrichtungen eher abgelehnt worden, was Frau Weicht mit dem Konkurrenzdenken auf Seiten des professionellen Personals erklärt.

Frau Weise streift die dritte Leitfrage nach den **Grenzen der Leistungsfähigkeit öffentlich finanzierter institutioneller Betreuungsangebote**. Sie werden in erster Linie durch die öffent-

liche Finanzarmut gesteckt. Multiple Netzwerke und Arbeitgeber gewinnen an Bedeutung als Ermöglicher neuer, zusätzlicher Angebote (z.B. durch Modelle des Platzeinkaufs für Beschäftigte, der (Mit)finanzierung betrieblicher oder betriebsnaher Einrichtungen bis hin zur Unterstützung betrieblicher Elterninitiativen).

Abschließend wird die vierte Leitfrage nach der **Bedeutung von Beratungsangeboten** besprochen. Die aus der Sicht der Teilnehmer wichtigsten Punkte werden zusammengetragen:

- Träger müssen freie Plätze melden
- Interaktion mit Arbeitgebern
- Beratung, Ermutigung, Unterstützung bei der Nutzung bestehender Angebote und, ergänzend, bei der Orientierung auf Erwerbsarbeit und Arbeitssuche
- Vermittlung von und zu Ämtern und Arbeitsagentur, Kooperation/Vernetzung, Unterstützung bei Behörden (in den gebotenen Grenzen)
- Hemmschwellen gegenüber Beratungsangeboten müssen abgebaut werden

In Bezug auf die organisatorische Anbindung solcher Beratung besteht Konsens: Bei freien Trägern, „amtsfern“, werde die Hemmschwelle niedriger sein, Rat zu suchen.

Aus der **Schlussrunde** sei der Vorschlag von Thomas Brönner zitiert, einen Solidaritätszuschlag für Kinderbetreuung zu etablieren, um das Angebot quantitativ auszubauen und qualitativ zu verbessern. Er betont, dass die Kinder und ihr Wohlergehen der wichtigste Bezugspunkt und Prüfstein bei der ganzen Diskussion bleiben müssten.

Im Resümée der Teilnehmer/innen wird bedauert, dass der Reichtum an innovativen Handlungsansätzen, die von den Einzelnen aufgrund ihrer sehr unterschiedlichen Erfahrungen eingebracht werden könnten, wegen der zu kurzen Diskussionszeit nicht ausreichend dargestellt werden konnte. Der Zeitknappheit fällt auch eine Perspektiv-Diskussion zum Opfer, wie die im Konsens formulierten Leitlinien praktisch umgesetzt und zunächst als Ziele in die kommunalpolitische Debatte eingebracht werden können.

## Gesprächsrunde 4

### **Die Nachbarschaft als Ressource Unterstützung aus dem sozialen Nahraum als Perspektive der sozialen Arbeit mit allein Erziehenden.**

Moderation: Gerda Zeuss,

Quartiersmanagement Soziale Stadt und Projektentwicklung, Nürnberg

Dokumentation: Catharina Frank,

Praktikantin im Bündnis für Familie der Stadt Nürnberg

Die Vorstellungsrunde zeigt den jeweiligen Arbeitskontext der Teilnehmer/innen:

Dr. Irene Falconere,

Referentin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, zuständig für das Nürnberger Projekt, zugleich Mitglied in dessen Steuerkreis;

Dr. Veronika Hammer,

wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule Bamberg, Autorin von Forschungsarbeiten zur Lebenslage allein Erziehender (Thüringer allein Erziehenden-Projekt), Bamberg-Kronach;

Catrin Hanke-Crane,

Sozialplanerin, zuständig für Sozialberichterstattung im Sozialamt der Landeshauptstadt Stuttgart;

Karin Hoffmann,

Sozialamt, Stadtteil-Modellprojekt Case-Management für allein Erziehende in der Sozialhilfe, Wiesbaden;

Friederike Hohloch,

Fachhochschule Esslingen, Mitarbeiterin im Freiburger EQUAL-Projektverbund „Sprungbrett“ zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Entwicklerin eines Qualifizierungsmoduls zur Spannung Beruf/Familie für Sachbearbeiter/innen in Sozialämtern (bzw. Arbeitsgemeinschaften nach dem SGB II), Freiburg i.B.;

Hülya Hunger,

Leiterin der Kindertagesstätte Bleiweiß, Nürnberg;

Ulrike Käppel,

Bündnis für Familie, Stadt Nürnberg; Mitglied im Steuerkreis des Projekts;

Christiane Kinkerlin,

Mitarbeiterin im Stadtteil-Treffpunkt für allein Erziehende, einem Mikroprojekt gemäß dem Teilprogramm LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke) des Programms Soziale Stadt, Bayreuth;

Karin Hofmann,

Mitarbeiterin im Mütterzentrum Fürth, alleinerziehende Mutter, baut gerade ein Existenzgründerprojekt für allein Erziehende im Bereich Kinderentertainment auf;

Marit Kukat,

Institut für Strukturforschung und Entwicklungsplanung an der Universität Hannover, Netzwerk örtliche und regionale Familienpolitik, Hannover;

Bruni Oehler,

Regionalleiterin im Allgemeinen Sozialdienst, ASD, Nürnberg;

Emma Waldburg,

Allfa-M, Beratungsstelle und Treffpunkt für allein Erziehende, München;

**Erfahrungshintergrund der Moderatorin:** Frau Zeuss ist seit 2000 in Fürth und Bayreuth als Quartiersmanagerin sozialplanerisch in Stadtteilen des Programms „Soziale Stadt“ tätig. In beiden Stadtquartieren spielen allein Erziehende und Familien mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle als Zielgruppe der Aktivierungsstrategien des Quartiersmanagements.

Wichtiger Partner im Fürther Quartier ist das Mütterzentrum Fürth, das mit konzeptioneller und organisatorischer Unterstützung von Frau Zeuss eine profilierte interkulturelle Arbeit auf der Basis breit entfalteter Laienarbeit entwickelte und dadurch den Status einer Gemeinbedarfseinrichtung der Stadt Fürth errungen hat. Für das konzeptionell erweiterte Mütterzentrum konnte daraufhin ein neues Gebäude im Sanierungsgebiet errichtet und gefördert werden. Die interkulturelle Arbeit wird für drei Jahre durch die „Soziale Stadt“ finanziert. Das Gebäude steht auf Dauer mietfrei zur Verfügung.

In Bayreuth hat der Treffpunkt für allein Erziehende der Evangelischen Familienbildungsstätte ebenfalls eigene Räume im Sanierungsgebiet der „Sozialen Stadt“ erhalten. Um das spezielle Klientel von allein Erziehenden im sozialen Brennpunkt zu erreichen, wurde ein Mikroprojekt über das Begleitprogramm LOS geschaffen. Eine Mitarbeiterin, die selbst allein erziehend ist, baut Netzwerke zur persönlichen Stabilisierung und weiteren Qualifizierung der Frauen auf.

## Diskussionslinien

### 1. Unterschiedliche Qualitäten von Nachbarschaften als Ressourcen – z.B. Stadt-Land-Unterschiede?

Dass die Netzwerke zur sozialen Unterstützung nicht nur Familie, Verwandte und Freunde umfassen, sondern auch, etwas distanzierter, die Nachbarschaft, ist im Bewusstsein der Menschen noch nicht verankert, in Deutschland weniger noch als in angelsächsischen, skandinavischen oder mediterranen Ländern. Deutliche Unterschiede sind aber zwischen Einheimischen und Zugewanderten/Menschen mit Migrationshintergrund fest zu stellen. Bei letzteren umfassen die „kleinen“ sozialen Netzwerke viel stärker, spontaner und selbstverständlicher auch die Nachbarschaft und die unmittelbare Wohnumgebung.

Auf Dörfern sind Nachbarschaften von größerer Notwendigkeit, aufgrund fehlender Anonymität ergeben sie sich auch „organisch“. Aber überall sind Kinder „Türöffner“ zu Nachbarn, zu anderen Familien, die nicht physisch die Nächstwohnenden sein müssen.

**a) Nachbarschaften und ihre Bedeutung für allein Erziehende:** Allein Erziehende sind wegen der Unterhaltsproblematik häufiger in Wohnquartieren anzutreffen, wo die Mieten billiger sind.

Insbesondere nach Trennungen empfinden die Frauen das als sozialen Abstieg. Sobald sie es sich leisten können, ziehen sie wieder um. Die Nachbarn kennen zu lernen ist unter diesen Umständen zunächst kein großer Wunsch oder eher angstbesetzt. Erst in Notlagen und zugespitzten Isolationen kann ihnen das Unterstützungs-Potenzial, das in Nachbarschaften steckt, plötzlich einsichtig und greifbar werden.

**b) Nachbarschaft pflegen verlangt „soziales Investment“.** Ohne Hilfe und Zeiteinsatz auf Gegenseitigkeit funktionieren Nachbarschaften nicht. Allein Erziehende, die selbst oft besonders unter Zeitdruck leben und wenig an Praxis-Tauschwerten anzubieten haben, scheuen sich auch deshalb davor, auf Nachbarn zuzugehen, weil sie die Regeln der Gegenseitigkeit nicht erfüllen können. Ähnlich verhält es sich mit der häufig anzutreffenden Reserviertheit, das/die eigene/n Kind/er in der Nachbarschaft zur Betreuung abzugeben: Das könnte den Ruf einer „Rabenmutter“ eintragen.<sup>13</sup> Nachbarschaften sind also potenziell rigide Instanzen sozialer Kontrolle/Überwachung, sie können Quelle von Stigmatisierung sein. Andererseits bieten sie auch Chancen und Potenziale für gegenseitige Hilfe und Stärkung. Allein Erziehende können zusammen mit ihrem Kind/ihren Kindern auch Gebende sein: z.B. in der Begegnung mit älteren allein stehenden Menschen.

**c) Wohnwünsche allein Erziehender im Quartier:** Es gibt häufiger den Wunsch allein Erziehender, gemeinsam Wohngemeinschaften zu gründen<sup>14</sup>, der aber oft an den fehlenden Wohnungen entsprechender Größe scheitert. Frau Kinkelin berichtet, dass sie in Bayreuth eine Hausgemeinschaft mit mehreren allein Erziehenden initiiert hat, wobei das dortige Sozialamt bei der Übernahme des Mietanteils von Wohngemeinschaften Schwierigkeiten macht. Sozialhilfeempfängerinnen haben durch eine interne Verordnung außerdem kein Recht auf eine zentralbeheizte Wohnung. Aus Sicht von Frau Zeuss, die das berichtet, brauchen allein Erziehende eine bessere Lobby in Mietangelegenheiten. Außerdem sind nachbarschaftlich orientierte Hausgemeinschaften auch für alle Arten von Familie und Generationen anzustreben, weil sie im Alltag die Lebensqualität verbessern helfen und in Notsituationen ein wichtiges Auffangnetz bilden. Generationenübergreifende Wohnprojekte werden daher in letzter Zeit mehr und mehr nachgefragt.

**d) Regeln für die „künstliche“ Erzeugung von Nachbarschaftshilfe?** Die soziale Anziehungskraft unter Menschen kann nicht technokratisch gesteuert werden. Deshalb kann es bei der Unterstützung der Netzwerkbildung in Nachbarschaften nur darum gehen, Gelegenheitsstrukturen für Begegnungen und zum Kennen lernen zu schaffen. Angehörige kleiner Gruppen müssen sich über persönliche Sympathie finden können, bei den kleinen Netzwerken geht es nicht um die Bildung

---

13 Befragungsergebnis in der Nürnberger Befragung, in Übereinstimmung mit etlichen vergleichbaren Ergebnissen: Bei der informellen Kinderbetreuung liegen innerfamiliäre Betreuungsarrangements und solche mit Freund/innen weit vor denen mit und durch Nachbarn.

14 Auch das zeigt sich ebenfalls in der Nürnberger Befragung, wo gut 8 % der Befragten als ihre Wunschkategorie eine Wohn- oder Hausgemeinschaft angeben (Red.).

rein funktionaler Organisationen vergleichbar professionellen sozialen Diensten. In Stadterneuerungsgebieten bietet sich häufig ein gemeinsames Forum durch das Thema „Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse“ in einem Haus, einem Block oder dem ganzen Quartier.

## **2. Spezielle Angebote für allein Erziehende – oder Angebote für alle Familienformen?**

Es gibt in der Praxis offenbar ein Bedürfnis von vielen allein Erziehenden, sich mit ihresgleichen zu treffen, um ihre speziellen Belastungen zu bewältigen. Gleichzeitig wollen sie aber nicht als „unvollständige Familien“ von anderen Erwachsenen, Eltern, Familienfrauen abgeschottet werden. Auch in „vollständigen“ Familien funktioniert der Alltag, funktionieren die Beziehungen nicht ideal – viele haben Probleme, auch Erziehungsprobleme, scheuen sich aber, darüber offener zu reden oder professionelle Beratung anzunehmen.

Welche niedrigschwelligen Strukturen sind möglich, die von Familien aller Formen angenommen werden? In Bayreuth ist jetzt ein Netzwerk zu Erziehungsthemen für Migrantenfamilien angestoßen worden – dort werden viele Themen erstaunlich offen angesprochen, wie z.B. Konflikte mit eigenen „schwierigen“ Kindern im Jugendalter oder die Frage „für welche Gesellschaft bzw. Kultur erziehe ich mein Kind?“

Auch das Mütterzentrum Fürth versucht mit seinem ganzheitlichen Ansatz und seinen vielfältigen Angeboten alle zu erreichen. Kristallisationspunkte für die Eltern sind dort die drei Gruppen „Netz für Kinder“, bei denen auch Eltern mitarbeiten können und die Kurzzeitbetreuungen, der Familientisch für Eltern und Kinder und die Spiel- und Selbsthilfegruppen.

## **3. Kinderbetreuungseinrichtungen als Treffpunkte?**

Kindertagesstätten sind nahezu universale Orte, die von allen Familien, Migranten eingeschlossen, „genutzt“ und besucht werden. Im Verhältnis dazu ist die Zahl der Einrichtungen, die sich durch ihre zielorientierte Arbeit und Konzeption als Einrichtung im Gemeinwesen, als „Orte für Familien“ (und damit über das Konzept hinausgehend, das Anfang der 90er Jahre unter dem Titel „Orte für Kinder“ für eine solche Öffnungsstrategie in einem DJI-Verbundprojekt entwickelt wurde) verstehen und entwickeln, noch sehr gering. Mit Rückendeckung durch die entsprechenden Stellen in der Stadtverwaltung und Kommunalpolitik, bei Jugendämtern und den Fachberatungen für Kindertagesstätten, kann die Ausbreitung solcher „offener“ Konzeptionen von Kinder-Tagesstätten voran getrieben werden. In Nürnberg besteht ein solches Projekt für die Öffnung der Kindertagesstätten zum Stadtteil und den Eltern mit Beteiligung von inzwischen fast 20 Einrichtungen und des Bündnisses für Familie.<sup>15</sup>

---

15 [www.bff-nbg.de/downloads/ff\\_kita\\_bwkonzept.pdf](http://www.bff-nbg.de/downloads/ff_kita_bwkonzept.pdf)

#### 4. Qualifizierungsangebote im sozialen Nahraum – neue Lernorte

Viele Migrant/innen, unter ihnen auch viele allein Erziehende, haben großes Interesse, sich im EDV-Bereich zu qualifizieren. Als Mütter mit betreuungsbedürftigen Kinder nehmen sie solche Angebote aber häufig nur wahr, wenn sie von einer Kinderbetreuung flankiert werden. Da von der Arbeitsagentur finanzierte Kurse Kinderbetreuung praktisch nie vorsehen, erklärt sich die explosionsartig gewachsene Nachfrage nach solchen Kursen – auch Sprachförderangeboten – als niederschweligen Angeboten im sozialen Nahraum. Zu diesen Angeboten gehören auch die unter Titeln wie „Mama lernt Deutsch“ aus dem Boden geschossenen Angebote. Aufgrund der knapper gewordenen Mittel lassen sich aber auch bei diesen Angeboten begleitende Kinderbetreuungsangebote kaum mehr finanzieren. Es wird deshalb, so die These von Frau Zeuss, notwendig werden, dass die Kinderbetreuung von Teilnehmer/innen in Selbstorganisation eigenverantwortlich und kostengünstig erbracht wird. Die vorhandenen Mittel müssen für die Qualifizierungsangebote selbst reserviert und eingesetzt bleiben.

Dieser Grundgedanke – Elemente der Selbstorganisation und vorhandene Eigenkompetenzen für die Organisation von Qualifizierungs- und Lernangeboten zu nutzen – liegt vielen Aktivitäten in Mütterzentren wie demjenigen in Fürth zugrunde. BesucherInnen und Interessierte entdecken dort Nachfrage nach ihren Fähigkeiten und entwickeln daraus niedrigschwellige, flexible, von den Nutzerinnen mit bestimmte und veränderbare Lernangebote, vom Sprach- über den Koch- und Kunsthandwerkskurs, von Sport- über Tanzangeboten bis zum offenen PC-Lernkurs. Unter solchen Angeboten können sich auch Spezialangebote für allein Erziehende entwickeln, so eine Gruppe von ihnen unter sich bleiben oder aus eigener Kraft etwas aufbauen will (wie im LOS-geförderten Existengründerinnenprojekt „Zappzerapp“ des Mütterzentrums Fürth, wo allein Erziehende für andere Kinderfeste organisieren bzw. bei offiziellen Betriebs- oder Vereinsfeiern die Unterhaltung der Kinder übernehmen).

Mit der Entwicklung eines so breiten Spektrums niedrigschwelliger Lern- und Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnet sich auch die Perspektive, dass das Thema Arbeitsmarktzugang im sozialen Nahraum und seinen Netzwerken an Bedeutung gewinnt. Bislang reproduziert sich der Ausschluss vieler Migrant/innen vom Erwerbs-Arbeitsmarkt oder von beruflichen Aufstiegsperspektiven auch wegen ihres Abgeschnittenseins von personalen Netzwerken, in denen betriebliche Einstellungsentscheidungen fallen.

#### 5. Neu geknüpft informelle Netzwerke, Beispiel Familienpatenschaften

Der Gedanke der Hilfe in kleinen Netzwerken liegt Projekten der Familienpatenschaften zugrunde, die es in unterschiedlicher Form sowohl in Fürth als auch in Nürnberg (und andernorts) gibt. In Fürth spielt das Mütterzentrum die Rolle der zentralen Anlaufstelle für die Suche nach Oma-Betreuungsdiensten (über die zentrumseigene Zeitung und informelle Rundfragen). In Nürnberg ist am Zentrum aktive Bürger (ZAB) ein spezielles Projekt Familienpatenschaften, angestoßen vom Bündnis für Familie, angesiedelt, wobei ein Pool von ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen seine Hilfe für Familien anbietet. Im Zentrum/Patenschaftsprojekt findet ein Erstgespräch statt, bei dem die wechselseitigen Erwartungen der Hilfe-Anbietenden und der Hilfe-Suchenden abgeklärt werden. Laut

dem ersten Zwischenbericht ist es nur schwer gelungen, Paten aus den je unmittelbaren Nachbarschaften, konzentriert auf einen Stadtteil, zu finden. Die geplante Begrenzung auf einen Stadtteil wurde deshalb aufgehoben. Aber es hat sich gezeigt, dass die Hilfe-Nachfrage zu einem sehr hohen Anteil von allein Erziehenden ausgeht.

## **6. Passgerechte, fein dosierte Förderung: Über LOS-Mikroprojekte**

Viele selbstorganisierte Initiativen auf der Basis nicht oder eher symbolisch honorierter Laien-Arbeit stoßen auf abweisende Strukturen in traditionellen Förderprogrammen für soziale Aufgaben, einschließlich Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit. Die im Programm soziale Stadt unter dem LOS-Programm (Lokales Kapital für soziale Zwecke) angesiedelten Mikroprojekte zeichnen sich demgegenüber gerade durch ihr kleines Volumen, ihre Kurzfristigkeit und flexible Bedarfsgerechtigkeit aus. Wo Potenziale sind, die mit einer kleinen Anstoß-Investition und verhältnismäßig geringen Programm-Honoraren entfaltet werden können, bieten sie einen günstigen Korridor zur Erlangung von Fördermitteln. Gerade die tastenden Versuche, von und für allein Erziehende passende Orte für das Treffen anderer in gleicher Lage zu finden, könnten mit Hilfe solcher Mikroprojekte in erfolgreiche Praxis umgesetzt werden. In den Quartieren St. Georgen in Bayreuth haben solche auf allein Erziehende als Zielgruppe orientierte Kleinprojekte – begleitet vom Fürther Quartiersmanagement – Zugang zur Förderung erlangt.

Die Beschränkung derartiger Finanzierungsmodelle auf die Programmquartiere der „sozialen Stadt“ lässt aber viele Notwendigkeiten offen. Viele allein Erziehende, die häufig in Innenstadtquartieren mit wenig sanierter Bausubstanz wohnen, benötigen die oben angesprochenen Gelegenheitsstrukturen für die Begegnung mit Ihresgleichen und anderen Familien/Frauen in ihrem Stadtteil, auch wenn ihr Gebiet noch nicht zum Sanierungsgebiet erklärt wurde. Es ist deshalb eine Aufgabe für kommunale Gesamtkonzepte zur Unterstützung allein Erziehender, ein bedarfsorientiertes Gitternetz an offenen Treffpunkten über die Stadtteile zu werfen, in denen allein Erziehende an der Wohnbevölkerung überdurchschnittlich vertreten sind.

Die Kristallisationspunkte, die es als gut funktionierende „Leuchtturmprojekte“ bereits gibt, können dabei als Vorbild und Geburtshelfer dienen. So ist in Fürth schon ein Ableger in der Südstadt entstanden, der sich kultur.trans.fair nennt. Dort arbeiten das Netzwerk kinderfreundliche Stadt e.V., der multikulturelle Frauentreff e.V., das Mütterzentrum e.V., der Türkische Kulturverein e.V., eine Nachmittagsbetreuung der AWO, die Initiative Behinderte, Senioren und Computer und eine Künstlerin zusammen.

**Schlussbemerkung:** Die ausführliche und detailreiche Diskussion in der Gesprächsrunde 4, die auch durch die relativ geringe Anzahl an Teilnehmer/innen möglich wurde, ist in dieser Zusammenfassung auf wesentliche Linien grob verdichtet dargestellt.

---

# Projektbericht

## Allein Erziehende: Lebenslage und Hilfebedarf – Anforderungen an kommunale Handlungskonzepte zur Arbeitsmarktintegration<sup>16</sup>

Wolfgang Erler/Christine Popp, DJI

### Vorbemerkung

Vor zwanzig Jahren hat eine wegweisende Studie zum Leben von Arbeiterfrauen das konfliktreiche Wechselspiel von Erwerbsarbeit und Familie (bei Frauen) mit der Formel „eines ist zu wenig, beides ist zu viel“<sup>17</sup> eingefangen. Für allein Erziehende gilt dieser Satz heute immer noch und erst recht. Sie wollen „gute Mutter/guter Vater“ sein, aber sie fordern auch gesellschaftliche Teilhabe über Erwerbsarbeit und eigenständige Existenzsicherung ein. Der Wille und die Bereitschaft zu eigener Erwerbsarbeit muss ihnen keineswegs aufgezwungen werden. Allerdings: Wenn sie beide Leistungsbereiche „bedienen“ und zumal dann, wenn sie Vollzeit erwerbstätig sind, dann sind sie chronisch in Zeitnot; ihnen fehlt Zeit, um zur Ruhe zu kommen und neue Kraft zu sammeln. Auswertungen der 2001/2002er Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamts haben das, im Anschluss an eine ganze Reihe fast gleichlautender Forschungsergebnisse, ganz aktuell noch einmal unterstrichen (Pinl 2004).

Wenn allein Erziehende Erwerbs- und Familienarbeit nachhaltig, ohne Raubbau an ihren eigenen Kräften und an der Lebensqualität ihrer Kinder, vereinbaren können sollen, dann sind bei ihnen, mehr noch als das generell für alle berufstätigen Eltern gilt, Belastungen mindernde Rahmenbedingungen nötig. Was dafür auf kommunaler Ebene an Praxiskonzepten nötig ist, dazu skizzieren wir hier einige Befragungsergebnisse und Perspektiven. Unter anderem zeichnen wir nach, wie allein Erziehende sich im Spannungsfeld zwischen Erwerbsarbeit und Mutterrolle platzieren, welche Zukunfts- und Lebensperspektiven sie formulieren und was sie dabei von der Stadtgesellschaft und ihren Institutionen an Unterstützung erwarten. Diese Hinweise werden ergänzt durch Querbezüge zu den Diskussionen über die Neuordnung der kommunalen Beschäftigungspolitik im Zeichen von „Hartz IV“, der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die Proteste gegen die Arbeitsmarktreform beriefen und stützten sich auf diejenigen, die durch die neuen Regelungen an Einkommen und sozialen Chancen verlieren. Allein Erziehende sollten aber eher zu den Ge-

---

16 Dieser Beitrag wurde nicht auf dem Workshop am 16.6. in Nürnberg gehalten, sondern auf der Basis zwischenzeitlich vorangetriebener Auswertungen als Arbeitsbericht im August 2004 formuliert und für diese Dokumentation im Dezember 2004 unter Mitarbeit der neuen wissenschaftlichen Mitarbeiterin (ab 11/2004 im Projekt) Dorit Sterzing (Dipl. Psych.) ergänzt.

17 Becker-Schmidt 1984

18 Zu den Gewinnseiten der neuen Gesetzeslage für allein Erziehende hat das Bundesfamilienministerium ein Argumentationspapier herausgegeben: BMFSFJ 2004. Es weist u.a. darauf hin, dass die Sätze der neuen Transferleistung Arbeitslosengeld II in aller Regel über dem bisherigen Sozialhilfesatz liegen. Außerdem werden die Zeiten des Leistungsbezugs rentenrechtlich berücksichtigt, was für den Sozialhilfe-Bezug davor nicht galt.

winnern der neuen Philosophie des Förderns und Forderns gehören<sup>18</sup> – gelten sie doch ab Januar 2005 anders als bisher als „erwerbsfähig“ und nicht mehr als dem Arbeitsmarkt wegen häuslicher Bindung nicht zur Verfügung stehend, auch wenn sie Kinder unter drei Jahren haben. Ob ihnen allerdings die ganze Bandbreite der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, einschließlich „hochwertiger“ und teurer Qualifizierungswege und ob ihnen notwendige psychosoziale Hilfen z.B. durch Beratung, ob ihnen Unterstützung im sozialen Nahraum und vor allem flexible Angebote an Kinderbetreuung zur Verfügung stehen und so die Tore zum Arbeitsmarkt tatsächlich offen stehen werden: darüber wird die Praxis in den Kommunen entscheiden – eine Praxis, an deren Ausgestaltung die allein Erziehenden selbst mit ihrem Verhalten, ihrem Auftreten als Individuen und als Gruppe, auch als organisierte Pressure Group, einen wesentlichen Anteil haben werden. Die Perspektive des Nürnberger Projekts zur Entwicklung kommunaler Strategien der Armutsprävention bei allein Erziehenden richtet sich allerdings vor allem auf das, was die *Institutionen* in der kommunalen Verwaltung und Politik, in der sozialen Fachpraxis, bei freien Trägern, in den Arbeitsagenturen und in den neu entstandenen Arbeitsgemeinschaften – ArGes – zwischen Arbeitsagenturen und Sozialämtern tun können, um Einzelnerfamilien nachhaltig auf dem Weg in ein Leben *jenseits* prekärer Lebenslagen zu begleiten.

Aus der Armutsberichterstattung und der dynamischen Armutsforschung<sup>19</sup> wissen wir, dass ein großer Teil der unter prekären Einkommensbedingungen, von Sozialhilfe oder mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens lebenden „Armutsfamilien“ sich innerhalb weniger Jahre aus dieser prekären Lebens- und Einkommenslage heraus arbeiten kann<sup>20</sup>. Allerdings gelingt das allein Erziehenden deutlich seltener als Paarfamilien mit Kindern<sup>21</sup>. Und genau das ist der „Interventionsbereich“, auf den sich die Suchscheinwerfer des Nürnberger Projekts richten: Was kann, was muss getan werden, um allein Erziehende bei ihren Versuchen und Bemühungen, durch Erwerbsarbeit ökonomisch eigenständig zu leben<sup>22</sup>, zu unterstützen?

---

19 Dynamische Armutsforschung verfolgt Armutsbiografien im zeitlichen Längsschnitt statt auf Basis von unverbundenen Stichtagserhebungen. Pionierarbeit hat hier für Deutschland eine Bremer Forschungsgruppe geleistet, vgl. vor allem Leibfried/Leisering/Buhr 1995.

20 Um allerdings dann oft auf lange Zeit hart am oberen Rand des Niedrigeinkommensbereichs „stecken zu bleiben“, wenn der Ausstieg aus Sozialhilfe über den Zugang zum Arbeitsmarkt erreicht wird. Eine wichtige Rolle als Ausstiegsweg spielt allerdings auch das Eingehen einer neuen Partnerschaft oder Ehe. Bei den allein Erziehenden im Niedrigeinkommenspanel waren von der ersten bis zur letzten Befragungswelle 20 % der allein Erziehenden auf diesem Weg aus dem Niedrigeinkommensbereich heraus gekommen. Dass Einschnitte im Lebenslauf, in der Familienbiografie, also nicht nur in die Sozialhilfe hinein, sondern auch wieder aus ihr herausführen, das sagt nicht nur die Lebenserfahrung – es ist auch eindrucksvoll quantitativ durch die internationale Forschung belegt. Beispielhaft für die USA: Blank 1998.

21 Nach Darstellung schon im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001, 34 und Anhangtabelle I.32.

22 Bei der Analyse der Schwierigkeiten, denen sich allein Erziehende strukturell bei ihrer Integration in den Arbeitsmarkt gegenüber sehen, stimmen internationale Forschungsergebnisse weitgehend überein. Von einer Forschungsgruppe am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt (-agentur) für Arbeit IAB um Gerhard Engelbrech (Mitglied im bundesweiten Steuerkreis des Nürnberger allein Erziehenden-Projekts) konnten die besonderen Beschäftigungsprobleme allein Erziehender am Arbeitsmarkt scharf umrissen werden (Engelbrech/Jungkunst 2001; siehe unten). Ergänzend hat eine

Was unter den neuen Rahmenbedingungen an produktiv wirksamen und weiterführenden Konzepten zur Unterstützung allein Erziehender auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt entsteht, was von erfolgreicher und innovativer Praxis, die sich in einer ganzen Reihe von Kommunen über die Jahre entwickelt hat, Bestand haben wird, darüber sind beim Erscheinen dieser Materialsammlung, Anfang 2005, noch keine Aussagen möglich. Das rund um das Projekt entstehende Netzwerk von interessierten Akteuren aus der Praxis in Kommunen, aber auch Länderverwaltungen, hat durch den Workshop am 16.6.2004 in Nürnberg Gesichter und Adressen bekommen. Die Arbeit im letzten Projektjahr – 2005 – richtet sich zu einem erheblichen Teil darauf, die Akteure, die hinter innovativen Praxiskonzepten stehen, um gemeinsame Fragestellungen und Zielsetzungen herum zu vernetzen und ihren Anstrengungen dadurch mehr Durchschlagskraft zu verschaffen, dass Beispiele guter Praxis sich rasch verbreiten und für ihre Umsetzung förderliche Rahmenbedingungen vorfinden.

Wir vom Projektteam hoffen, dass dieses zunächst virtuelle und lockere Netzwerk im Lauf des Jahres 2005 Konturen gewinnt und dass die Vorlagen für kommunale Handlungskonzepte zur Arbeitsmarktintegration allein Erziehender, die wir im Verlauf der nächsten Monate im Dialog mit der Praxis ausarbeiten, in diesem Netzwerk wirkungsvoll aufgegriffen und umgesetzt werden können.

## **Empirische Grundlage**

Die Thesen im folgenden Beitrag stützen sich auf standardisierte und qualitative Befragungsergebnisse (von allein Erziehenden im Sozialhilfebezug sowie von Praxisexperten) in Nürnberg, auf im erweiterten Kreis des Projekts gesammelte (Projekt-) Informationen und auf neuere Studien und Materialien. Bei der standardisierten Befragung von N = 294 allein Erziehenden im Sozialhilfebezug handelt es sich um eine annähernd repräsentative Untersuchung – bis auf die Teilgruppe der allein erziehenden Migrant/innen (Nichtdeutsche sowie allein Erziehende mit deutscher Staatsangehörigkeit, aber nichtdeutscher Herkunft): Die Befunde zu dieser – in sich wiederum sehr vielfältigen – Subgruppe müssen entsprechend relativiert werden, denn im Vergleich mit der Grundgesamtheit allein erziehender Sozialhilfebezieher/innen in Nürnberg ist sie in unserer Stichprobe maßvoll unterrepräsentiert.

---

britische Studie (Evans/Harkness/Ortiz 2004) das hohe Risiko und die hohe Rate des Ausscheidens (exit) aus dem Arbeitsmarkt von allein Erziehenden heraus gearbeitet. Sie liegt doppelt so hoch wie bei Beschäftigten aus Paarfamilien oder bei allein stehenden Frauen. Dieses Ergebnisse sind in höchstem Maße instruktiv für eine effiziente Arbeitsmarktintegration allein Erziehender: Diese darf sich nicht nur auf die Begleitung von Arbeitsmarkt-Eintritten beschränken, sondern muss auch das Verbleiben (job retention) im Arbeitsmarkt stützen. Das kann durch finanzielle Anreize (in England und den USA unter der Losung „making work pay“ zusammengefasst) geschehen, aber auch durch individuelle Unterstützungsleistungen z.B. bei Erziehungsproblemen oder bei länger dauernden eigenen oder Krankheitsepisoden der Kinder.

## **Erwerbsarbeit und (Berufs)ausbildung spielen eine zentrale Rolle in den Lebensentwürfen von allein Erziehenden**

*Bisherige Leitlinie in der Sozialhilfe dagegen: hoher Respekt vor der „häuslichen Bindung“ allein Erziehender, Auf-Zeit-Festschreibung der Nur-Mutter-Rolle<sup>23</sup> (mit der Folge einer erschwerten Berufseinmündung oder Berufsrückkehr)*

In der Rechtslage und der Praxis sozialstaatlicher Unterstützung/Alimentierung allein Erziehender ist der Widerspruch zwischen Familien- und Erwerbsorientierung zumindest für die Mütter unter 3jähriger Kinder, z.T. auch von Kindergartenkindern, jedenfalls für Mütter von zwei und mehr Kindern, bisher einseitig in Richtung der Mutterrolle aufgelöst worden. Ihnen wurde in der Sozialhilfepaxis „häusliche Bindung“ attestiert, die Frage einer beruflichen Eingliederung und der Entwicklung realistischer biografischer Perspektiven am Arbeitsmarkt spielte fast keine Rolle – bis zu einem offenbar je nach Kommune unterschiedlich gesetzten „Tag X“ (Kind 3/6/8 Jahre alt), von dem ab aktive Arbeitssuche eingefordert wurde. Dazu passt der Befund, dass in vielen der spezialisierten psychologischen Beratungsangebote lebenspraktische Orientierungen wie die Lösung von Finanzproblemen und das Begehen von Brücken zum Arbeitsmarkt – oder in berufliche Qualifizierung – kaum zum Thema werden (Kröner/Limmer 2003).

## **Nürnberger Befragungsergebnisse: allein Erziehende streben Erwerbsarbeit aktiv an – eine aktivierende Sozialhilfe kann auf diese Erwerbswünsche positiv aufbauen**

Die Ergebnisse der Nürnberger Befragung allein Erziehender zeigen, dass allein Erziehende in der Sozialhilfe selbst eine Neuorientierung in der Praxis der Sozialhilfe dringend wünschen. Deren „aktivierende“ Ausgestaltung nach Hartz IV bietet durchaus Chancen, Lebensbedingungen und Wünsche allein Erziehender in Zukunft besser zur Deckung zu bringen – vorausgesetzt, auf kommunaler Ebene wird durch die Organisation der Hilfeprozesse und die Qualifizierung des dafür verantwortlichen Personals dafür Sorge getragen, dass die Lebensumstände der Betroffenen Ernst genommen und keine schematischen, biografisch „rücksichtslosen“ Arbeitsverpflichtungen verhängt werden. Mit einer solchen Umorientierung der Sozialhilfepolitik folgt Deutschland einem internationalen Trend mit je unterschiedlichen nationalen Handlungsmustern, dessen gemeinsamer Nenner „from welfare to work“ heißt und der in international vergleichenden Arbeiten mit seinen Wirkungen und bisher ungelösten Problemen gut dargestellt ist (z.B. Millar/Martin 2003). Und quer durch die entwickelten Länder gilt: Aktivierende Hilfskonzepte (für allein Erziehende) „rennen offene Türen“<sup>24</sup> ein, wenn sie die Gesamtheit ihrer Lebensumstände berücksichtigen.

---

23 Wegen des sehr niedrigen Anteils allein erziehender Väter in der Befragung (2,7 %) sprechen wir vor allem dort, wo es um die Alleinverantwortung von allein Erziehenden geht, öfters nur von der Mutterrolle.

24 Mit dieser Formulierung fasst ein internationaler Vergleich von Evaluierungen zu Programmen zur Arbeitsmarktintegration allein Erziehender die gleichlaufende Richtung der aktivierenden Programmphilosophien und der Lebensentwürfe der Zielgruppe zusammen: Millar 2003

---

## **Hintergrunddaten: allein Erziehende und andere Familienformen im Sozialhilfebezug – Entwicklung von 2002 auf 2003**

Zur Verdeutlichung der Bedeutung, die bisher die allein Erziehenden als der Haushaltstyp mit dem höchsten Sozialhilferisiko im Gesamtbild der Sozialhilfe Beziehenden haben, einige – bundesweite – Zahlen von 2003<sup>25</sup>:

Insgesamt beziehen 26,3 % der Haushalte allein erziehender Frauen Hilfe zum Lebensunterhalt; haben sie zwei Kinder, steigt die Quote auf 30,5 %, bei drei Kindern auf mehr als jede zweite: 51 %. Von 2002 auf 2003 ist die Zahl der von Sozialhilfe lebenden Kinder um 6,4 % gestiegen; zu dieser Steigerung hat aber vor allem die stark gewachsene Sozialhilfeabhängigkeit von Ehepaaren und nicht ehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern beigetragen, die um 11,8 bzw. 13,2 % zunahm, während die Zahl der Sozialhilfe beziehenden allein erziehenden Frauen „nur“ um 3,7 % anstieg. Der Sozialhilfebezug allein erziehender Väter dagegen stieg fast so stark wie bei den anderen Familienformen mit Kindern: um 9,3 %. Abgenommen hat dagegen der Sozialhilfebezug von Ehepaaren ohne Kinder (um 10 %), und auch insgesamt ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die Sozialhilfe beziehen, um 1,3 % zurück gegangen. Dem können auch Effekte aus der Einführung der Grundsicherung zugrunde liegen.

Es bleibt zu beobachten, ob der Trend zu langsamerem Wachstum der Sozialhilfebedürftigkeit (ab 2005: ALG II) allein Erziehender anhalten wird oder ob er – nicht zuletzt als Folge von Hartz IV – sogar in einen Rückgang einmünden wird. Hält die alarmierende Zunahme der Sozialhilfebedürftigkeit von Zwei-Elternfamilien an, dann erst wäre die seit Jahren geführte Debatte um Kinder als Armutsrisiko durch die Wirklichkeit gedeckt. Aber bisher stellt Kinderarmut strukturell eher ein Problem bei allein Erziehenden und in Migrantenfamilien dar. Denn: Gut die Hälfte der Kinder und Jugendlichen mit Sozialhilfebezug (55 % bzw. 558.000 Kinder und Jugendliche) leben – 2002 – in Haushalten von allein erziehenden Frauen, weitere 17.000 (1,7 %) leben mit ihren allein erziehenden Vätern zusammen.

## **Daten und zentrale Befunde aus der Nürnberger Befragung zur Lebenslage allein Erziehender und zum Unterstützungsbedarf**

Betrachten wir die Daten aus der Nürnberger Befragung, vor allem in ihrem Bezug zur Erwerbsorientierung näher, dann lassen sich die folgenden zentralen Befunde herausfiltern:

---

25 Die Zahlen zum Sozialhilfebezug 2003 wurden vom Statistischen Bundesamt am 9.8.2004 veröffentlicht

**1. Teilnahme am Erwerbsleben: für allein Erziehende keine Zumutung, sondern eine gewollte Lebensperspektive – und zwar unabhängig vom Alter der jüngsten Kinder: Auch Mütter von unter 3Jährigen bekennen sich zu vier Fünfteln als erwerbsorientiert.**

Die überwiegende Mehrheit (87,8 %) der befragten allein Erziehenden im Sozialhilfebezug zeigt sich erwerbsorientiert<sup>26</sup>. Das gilt auch für allein Erziehende mit Kindern unter drei Jahren, für die dieser Wert bei 80 % liegt. Unter den in der Stichprobe Befragten lag der Anteil der Frauen mit Kindern unter drei Jahren mit 45,9 % sehr hoch (Abb. 1) Bei allein Erziehenden mit älteren Kindern ab Kindergartenalter ist dieser Anteilswert noch etwas höher – mit einer Erwerbsorientierung von über 90 %. Das Schulbildungsniveau und das Merkmal, ob die Befragten eine Berufsausbildung abgeschlossen haben oder nicht, stehen mit der Erwerbsorientierung in keinem Zusammenhang.

Neben der eher grundsätzlichen Erwerbsorientierung wurde als strengeres Kriterium auch die aktuelle Arbeitsmarktnähe<sup>27</sup> erfragt: Gut 60 % der Befragten würden sofort anfangen zu arbeiten, sollte ihnen ein passender Arbeitsplatz angeboten werden. Auch in diesem Punkt zeigen sich allein Erziehende mit Kindern unter drei Jahren fast in ebenso hohem Maße (zu 45 %) genau so orientiert wie jene, deren Kinder schon älter als drei Jahre alt sind.

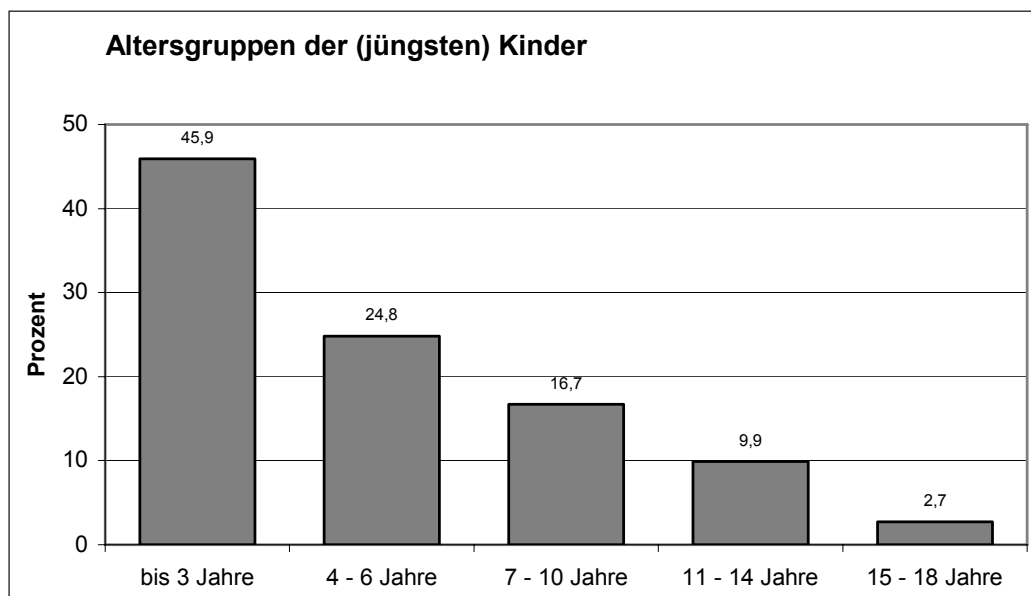


Abb. 1

Besonders deutlich wird die starke Erwerbsorientierung der Befragten auch darin, dass die Hälfte von ihnen zum Wiedereinstieg in den Beruf bereit wäre, einen Arbeitsplatz anzunehmen, der weniger als ihre Qualifikation erfordert („unterwertige Beschäftigung“). Ebenfalls ein gutes Drittel würde auch ein geringeres Einkommen als bei der letzten Stelle in Kauf nehmen. In dieser Anpassungs- und Verzichtsbereitschaft, die ein hohes Maß an Realismus verrät, spiegelt sich, dass der Arbeits-

26 Erwerbsorientierung wurde operationalisiert über die Frage nach der Bereitschaft, derzeit wieder eine Beschäftigung aufzunehmen. Dabei wurde nicht nach verschiedenen Aspekten der Erwerbsmotivation unterschieden (finanzieller Zwang, Anerkennung, soziale Kontakte, Lebensplanung)

27 Arbeitsmarktnähe wurde operationalisiert über die Frage, ob die Befragten sofort anfangen könnten zu arbeiten, sofern ihnen eine passende Stelle angeboten würde.

markt allein Erziehenden eine doppelte erwerbsbiografische Benachteiligung<sup>28</sup> auferlegt: Einmal, wie allen anderen Müttern auch, die längere Erziehungszeit nehmen, in Form von Kosten für die Erwerbsunterbrechung; und zusätzlich noch als eine Art negativer Risikoprämie für die bei ihnen erschwerte Vereinbarkeit, die von Arbeitgebern häufig als Risiko erhöhter Fehlzeiten eingeschätzt wird. Fast 40 % der Frauen berichten über die Erfahrung, bei Arbeitgebern schon einmal auf Vorurteile wegen ihres Status als allein Erziehende gestoßen zu sein<sup>29</sup>.

## 2. Erwerbsarbeit ja – aber nur zu Bedingungen, die sich mit der eigenen Mutterrolle vereinbaren lassen; Präferenz für Teilzeitarbeit

Die überwiegende Mehrheit der befragten allein Erziehenden hat vorrangig den Anspruch, eine gute Mutter zu sein. Für ungefähr ein Drittel der Untersuchungsteilnehmer/innen stehen die Mutterrolle und Berufstätigkeit gleichwertig nebeneinander; nur eine kleine Minderheit stellt eindeutig den Beruf über die Mutterrolle. Das Alter des (jüngsten) Kindes im Haushalt hat auf den Ausgang dieser mit inneren Konflikten behafteten Entscheidung (Mutter-/Vaterrolle und/oder Beruf) keinen Einfluss.

Unabhängig davon, ob sie sich eher als gute Mutter oder über den Beruf definieren, zeigen sich die befragten allein Erziehenden stark erwerbsorientiert. Um bei dieser hohen Erwerbsneigung dennoch nicht die Mutterrolle zu vernachlässigen, gibt die überwiegende Mehrheit (über 60 %) an, im Falle einer Erwerbstätigkeit eine Teilzeitstelle (mit jeweils unterschiedlich gewählten Wochenstundenzahlen, aber einer Anwohnhäufung bei der 20- bis 25-Stunden oder der 30-Stunden Woche sowie einer Präferenz für Arbeit am Vormittag) zu bevorzugen. Sie stehen damit dem Arbeitsmarkt trotz hoher Erwerbsorientierung nur so weit zur Verfügung wie von Arbeitgeberseite Arbeitsplätze mit entsprechenden Arbeitszeitmodellen angeboten werden. Trotz der massiv ausgeweiteten Teilzeitarbeit bleibt das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen in den alten Bundesländern bisher – möglicherweise vor allem in Tätigkeitsbereichen, die für niedrig Qualifizierte prinzipiell zugänglich sind – offenbar hinter dem Bedarf zurück. In den neuen Ländern ist es umgekehrt; dort arbeiten viele erwerbstätige Frauen auf Teilzeitstellen nur, weil sie keine Vollzeitstellen finden konnten.

*Ein Viertel der Befragten würde gerne Vollzeit arbeiten. Auch diese „Entscheidung“ für oder gegen eine Teilzeit- bzw. Ganztätigkeit treffen die allein Erziehenden unabhängig vom Alter des jüngsten Kindes im Haushalt.*

Damit zeigt sich, dass es unter den allein Erziehenden im Sozialhilfebezug, von denen in unserer Stichprobe fast genau die Hälfte ein unter 3jähriges Kind hat, eine große Gruppe mit einem klaren **„frühen Rückkehrwunsch“** gibt, der sich bisher beim Kontakt mit Sozialämtern und Arbeitsagen-

28 Das Konzept der „employment penalty“ ist in Studien auf der Basis quantitativer Längsschnitt-Daten entwickelt und verwendet worden. So z.B. von Evans/Harkness/Ortiz 2004 und in Studien zu den erwerbsbiografischen Folgen von Erziehungszeiten, z.B. bei Bender/Kohlmann/Lang 2003.

29 Derartige Vorurteile begegnen den allein Erziehenden auch ausgeprägt (zu fast 50 %) im privaten Umfeld, seltener (36 %) bei Vermietern und noch seltener (23 %) in Kindertagesstätten und in der Schule (17 %). In der Gesellschaft insgesamt nehmen zwei Drittel der Befragten Vorurteile gegenüber allein Erziehenden wahr.

turen, aber auch Beratungsstellen an der zugesprochenen „häuslichen Bindung“ bricht (auch wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten, vgl. dazu Abschnitt 6).

In dieser – bisherigen – behördlichen Praxis steckt allerdings auch ein normativer Konsens, der dem in der alten Bundesrepublik geltenden Geschlechtervertrag entsprach (Ernährermodell). Dieser Vertrag hat inzwischen seine Geschäftsgrundlage verloren, er ist weitreichend modernisiert worden – hin zu einer „modernisierten Versorgerehe“ (Pfau-Effinger) mit der Leitidee von eineinhalb Beschäftigungsverhältnissen in einer Familie. Allein Erziehende mit ihrer seit je höheren Erwerbsquote<sup>30</sup> sind unter den Frauen mit Kindern die Pionierinnen auf dem Weg zu einer neuen Balance zwischen Erwerbsarbeit und Beruf, die sich dem Modell der Zwei-Verdiener-Familie annähert, gestützt auf eine familienfreundliche Infrastruktur. Das allerdings ist bis jetzt nur eine Perspektive, ein Trend. Sollen sich die Wünsche und Erwartungen einlösen lassen, die berufsorientierte allein erziehende Frauen hegen, dann ist es notwendig, auf ein mental-normatives Klima hin zu arbeiten, in dem die wechselseitige Abwertung von Berufs- und Familienfrauen und das immer wieder erzeugte schlechte Gewissen von berufstätigen Müttern keinen Platz mehr haben.

### **Lebensperspektiven „jenseits der Erwerbsarbeit“: das private Lebensmodell**

Die hohe Bedeutung eigener Erwerbsarbeit lässt sich schon aus den Antworten der Befragten auf ihre Wünsche und Perspektiven für ihr weiteres Leben erahnen. Mit einem Lebenspartner oder in einer „richtigen“ Familie wollen knapp 37 % leben, 40 % sehen ihre Perspektive im Zusammenleben mit ihrem Kind/ihren Kindern. Jeweils knapp 9 % stellen sich eine Lebenspartnerschaft in getrennten Wohnungen und ein Leben in einer Hausgemeinschaft mit anderen Familien vor.

### **3. Sozialhilfe? Keine Alternative zu eigenem Einkommen aus Erwerbsarbeit!**

40 % der Befragten waren schon früher ein oder mehrmals Bezieherinnen von Hilfe zum Lebensunterhalt. 54,2 % davon hatten nach einer früheren Sozialhilfeepisode über eine Arbeitsstelle wieder den Einstieg ins Erwerbsleben geschafft. Über die Art der Tätigkeiten bzw. Tätigkeitsfelder, in denen sie nach Beendigung des Sozialhilfebezugs unter gekommen waren, können wir keine Aussage treffen. Es deutet sich aber an, dass die Arbeitsstellen, die nach dem Ausstieg aus der Sozialhilfe für sie erreichbar waren, eher instabil und prekär sowie niedrig bezahlt waren – und zwar auch dann, wenn die betreffenden allein Erziehenden über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten. Hier zeichnet sich der oben schon angesprochene und oft beschriebene verhängnisvolle „Drehtür-Effekt“ ab, der dann wirksam wird, wenn erwerbstätige allein Erziehende die Grenzen prekärer, unterwertiger, befristeter Beschäftigung nicht durchbrechen können, in denen sie häufiger gefangen bleiben und womit sie ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko tragen als Frauen aus Ehen und Partnerschaften (Engelbrech/Jungkunst 2001 in Übereinstimmung mit internationalen Daten

---

30 Erst in den letzten Jahren, mit dem kontinuierlichen Wachstum der Frauenerwerbstätigkeit trotz Arbeitsmarktkrise, hat sich die Erwerbsquote von Ehefrauen mit Kindern derjenigen von allein Erziehenden angenähert. Deutliche Unterschiede zwischen allein erziehenden und verheirateten Müttern bleiben bestehen, aber auch weiterhin solche in der Erwerbsbeteiligung von Frauen aus verschiedenen Familienformen zwischen alten und neuen Bundesländern.

auch zu Ländern mit im Verhältnis zu Deutschland sehr viel niedrigerer Armutsbetroffenheit von allein Erziehenden wie Dänemark: Polakov/Halskov/Jorgensen 2001).

Ca. 9 % waren zu einem früheren Zeitpunkt über das Sozialamt (im Rahmen der „Hilfe zur Arbeit“) beschäftigt. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen konnte aus dieser Tätigkeit („eindeutig“ oder „teils, teils“) einen biographisch-beruflichen Nutzen ziehen. In der Tendenz bewerten die Migrant/inn/en diesen biographisch-beruflichen Nutzwert solcher Arbeitsverhältnisse für sich positiver als die Einheimischen.

Dem Großteil der Sozialhilfebeziehenden ist es unangenehm, von der Sozialhilfe zu leben. Das scheint neben der ohnehin starken Erwerbsorientierung ein wichtiges Motiv zu sein, schnellstmöglich wieder in den Arbeitsmarkt einzumünden. Deutsche empfinden beim Bezug von Sozialhilfe ein größeres Unbehagen als Befragte mit Migrationshintergrund. Dennoch zeigen sich Migrant/innen im gleichen Ausmaß wie die deutschen Befragten erwerbsorientiert; sie beschreiben sich darüber hinaus sogar arbeitmarktnäher als ihre deutschen Pendants.

### 3.1 Berufsausbildung fehlt? Hohe Motivation zum Eintritt in eine berufliche Aus- oder Weiterbildung

Während unter allen allein Erziehenden mit Sozialhilfebezug in Nürnberg fast die Hälfte ohne Berufsausbildung ist, macht dieser Anteil in der Befragung „nur“ etwas mehr als ein Drittel aus. Unter den befragten Migrant/innen liegt der Anteil aber höher, nämlich bei 47,5 % .:

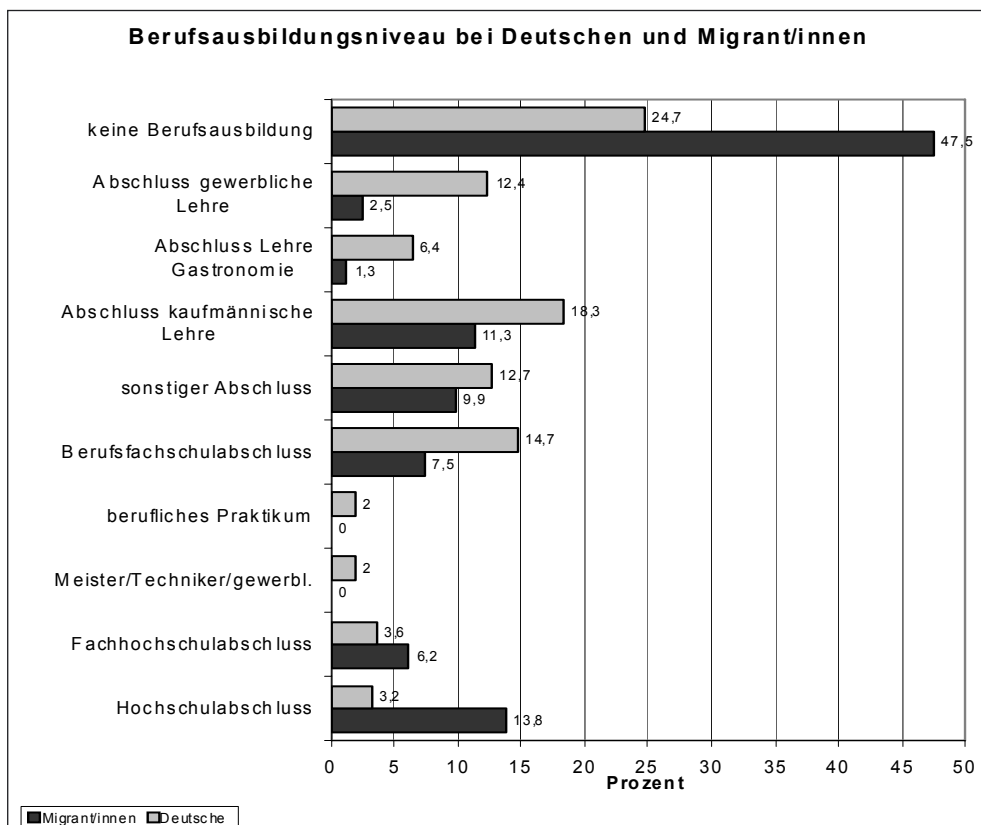


Abb. 2

31,6 % aller befragten allein Erziehenden haben ein- oder gar mehrmals eine Ausbildung begonnen, sie dann aber abgebrochen. Ungefähr die Hälfte der Ausbildungsabbrecher sind dauerhaft ohne Berufsabschluss geblieben. Aus unseren Ergebnissen lässt sich ableiten, dass v.a. bei den jüngeren allein Erziehenden, die innerhalb der letzten Jahre eine Ausbildung abgebrochen haben, die Schwangerschaft bzw. die Geburt des Kindes der hauptsächliche Anlass dafür war.

Dass berufliche Qualifizierung und Weiterbildung mit darüber entscheiden, wie schnell und nachhaltig eine Einmündung ins Erwerbsleben gelingt, dem verleihen die Befragten auf unterschiedlichem Wege Ausdruck: Knapp 60 % hielten es für notwendig, vor dem Einstieg ins Erwerbsleben eine Umschulung zu durchlaufen, sogar 64,6 % hielten den Besuch einer Weiterbildungsmaßnahme für sinnvoll. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer soliden beruflichen Qualifizierung drückt sich auch in ihren Wünschen an die verschiedenen Stellen des Hilfesystems der Stadt Nürnberg aus: Neben der Kinderbetreuung (häufigste Nennung) besteht in den Augen der allein Erziehenden großer Bedarf an entsprechenden beruflichen Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Außerdem wünschen sie sich Seminare/Beratung zu beruflicher Orientierung und zur beruflichen Laufbahnplanung; 9 % befanden sich zum Befragungszeitpunkt noch in einer beruflichen Neuorientierungsphase (u.a. nach Trennung/Scheidung).

### Abgeschlossene Berufsausbildung als „Schutzfaktor“ bei der beruflichen und sozialen Integration

Eine fehlende Berufsausbildung geht mit einer unzureichenden sozialen Integration einher. Befragte ohne Ausbildung haben nicht nur objektiv einen kleineren Bekannten- und Freundeskreis, sie fühlen sich auch allgemein sozial weniger unterstützt.

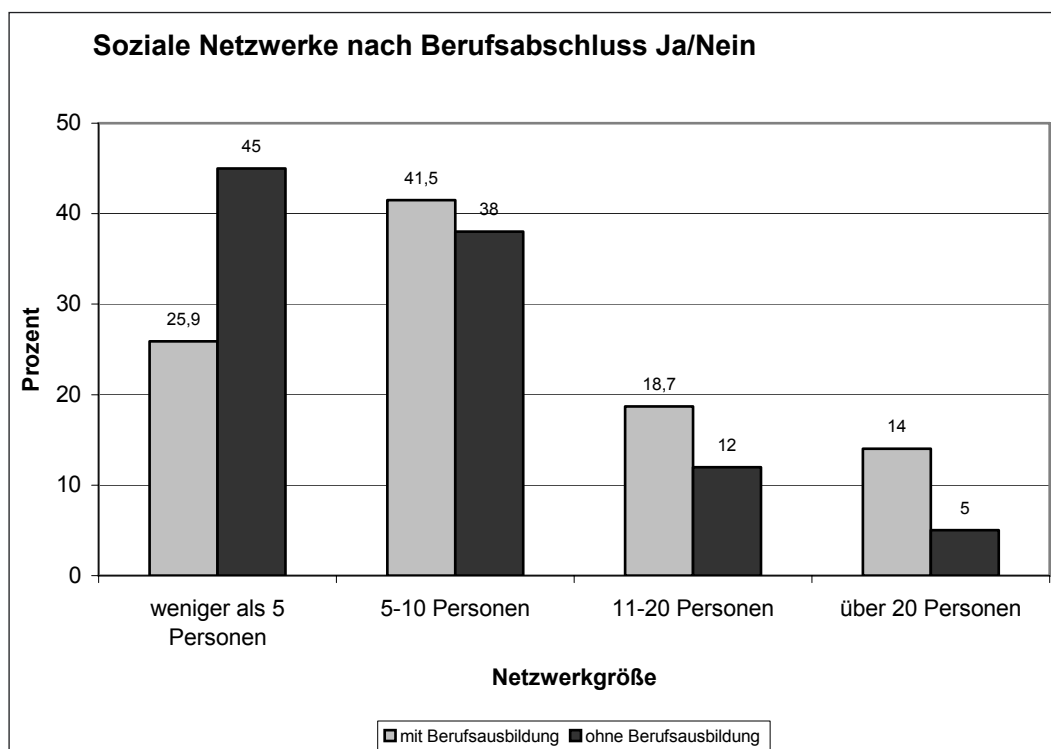


Abb. 3

Ihr Wohlbefinden ist stärker beeinträchtigt: so geben sie beispielsweise signifikant häufiger als die Befragten mit Berufsausbildung an, depressiv verstimmt zu sein. Auch schätzen allein Erziehende ohne Berufsabschluss ihre Problemlösekompetenzen geringer ein.

Beim Versuch, einen Arbeitsplatz zu finden, machen Befragte ohne Berufsabschluss selbst die Erfahrung, dass berufliche Qualifikationen *die* Eintrittskarte in den Arbeitsmarkt sind. 20 % geben als Grund für bislang gescheiterte Arbeitsplatzbewerbungen einen fehlenden Berufsabschluss an.

### **Ausbildung in Teilzeit stark gewünscht**

Fast 80 % der Befragten hätten sich für sich selbst in ihrer Situation als allein Erziehende die Möglichkeit einer Berufsausbildung in Teilzeit gewünscht. Diese breite Zustimmung erfolgt ohne Unterschied des Alters und des ethnischen Hintergrunds. Die bestehenden beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten in „modifizierter Teilzeitform“ sind allerdings bisher häufig vom Ausbildungsweg her auf den kaufmännischen Bereich bezogen. Das berufliche Interessenspektrum der Befragten ist demgegenüber deutlich breiter. Diese breit gefächerten Interessen werden nur dann Berücksichtigung finden, wenn im ganzen System der beruflichen Ausbildung, auch an den berufsausbildenden Schulen, zeitlich modifizierte und flexible Ausbildungswege geöffnet werden, die es jungen Eltern möglich machen, Elternschaft und Ausbildung zu vereinbaren. Entsprechende Ansätze im dualen System – nach dem Vorbild des hessischen Modellprogramms JAMBA – junge allein erziehende Mütter in Berufsausbildung – und ähnlicher Projekte in anderen Bundesländern<sup>31</sup> sind bis jetzt Innovationsinseln geblieben. Eine Absenkung der Hürden gegenüber dem Abschluss von Ausbildungsverträgen in Teilzeit ist eine Voraussetzung dafür, dass allein Erziehende eine Berufsausbildung mit Aussicht auf Erfolg antreten können. Dann müssen aber auch die Finanzierungsgrundlagen für die notwendigen ausbildungsflankierenden Angebote (z.B. sozialpädagogische Begleitung, Stützunterricht, Mediationsangebot bei Konflikten mit dem Ausbildungsbetrieb) gesichert werden. Gerade diese „hochwertigen“ (und teuren) Angebote gehören nach der vor allem auf Direktvermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zielenden Philosophie des SGB II für die Zielgruppe allein Erziehende allerdings in absehbarer Zukunft weniger zum Repertoire der Agenturen für Arbeit bzw. der neu gebildeten Arbeitsgemeinschaften.

---

31 Auf dem Stand von 2003 ist dazu im Projekt eine bundesweite Übersicht über bestehende Projekte ohne Anspruch auf Vollständigkeit, als Arbeitsmaterial, erstellt worden. Immer noch instruktiv ist das Schwerpunktheft „(Teilzeit-) Ausbildung für junge Mütter und Väter. Modellprojekte aus der Praxis“ der Bundesanstalt für Arbeit 2002. Das Modellprojekt JAMBA ist – neben mehreren Zwischenberichten – in zwei Buchpublikationen aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung dokumentiert: Zybelle 2003 und Nader/Paul/Paul-Kohlhoff 2003

#### **4. Zentrale Bedeutung eines orientierenden, alle Aspekte der Lebenssituation einbeziehenden Beratungsangebots bei der Arbeitsplatzsuche und zur Formulierung beruflicher Perspektiven – „Sonderstruktur“ für allein Erziehende?**

Die real existierenden Beratungsangebote zur Arbeitsvermittlung und beruflichen Orientierung – bei der Agentur für Arbeit und beim Sozialamt – werden nur von einem Drittel der Befragten als zufriedenstellend bewertet, ausdrücklich unzufrieden sind deutlich mehr, und zwar vor allem mit den Beratungsleistungen der Agentur für Arbeit. Auch in den Gruppeninterviews mit der Zielgruppe, die im Projekt durchgeführt wurden, wurde ein Bedarf an ganzheitlich angelegten Arbeitsberatungskonzepten sichtbar. Und schließlich gewinnt ein orientierendes Beratungsangebot zu Arbeit, Ausbildung und Berufsperspektiven noch einmal an Gewicht, wenn wir uns vor Augen halten, dass drei Viertel der Befragten von niemandem in ihrem privaten Umfeld Ermutigung und Unterstützung bei ihrem geplanten Weg in die Erwerbsarbeit erhalten. Deshalb hält auch ein gutes Drittel der Befragten Angebote zur Motivationsstärkung bzw. zum Aufbau des Selbstbewusstseins für wichtig. Das ist umso notwendiger, als in der Zeit des Sozialhilfebezugs das Selbstvertrauen (vor allem in die eigenen beruflichen Möglichkeiten) beeinträchtigt wird. Und allein Erziehende mit einer längeren Erwerbsbiografie leiden unter diesem Verlust an Selbstvertrauen besonders stark, was sich in einer tendenziell stärker depressiven Selbstbeschreibung äußert.

Verknüpfen wir all diese Ergebnisse mit den Aussagen zu den Erwartungen an berufsorientierende Beratungen in Bezug auf den Eintritt in eine Berufsausbildung oder Weiterqualifizierung dann besteht an diesem Punkt in den bisherigen Strukturen ein zentrales Defizit.

Mit der Neuorganisation der Sozialhilfe ab Anfang 2005 bestehen Chancen, dass in der Kooperation von „persönlichem Ansprechpartner“ und „Fallmanager“ bei vergleichsweise niedriger Fallzahl vor allem für unter 25-Jährige (zu denen der Großteil der allein Erziehenden ohne Ausbildungsabschluss zählt) ein solches umfassendes Beratungskonzept etabliert werden kann, das auch Zugang zu weitergehenden Beratungshilfen eröffnet (zu Erziehungs- und Beziehungsfragen, zu Rechtsfragen bei Trennung, Scheidung, Unterhalt usw.).

Allerdings sprechen nach bisherigem Wissensstand viele Argumente dafür, dass ein solches Beratungskonzept ein spezielles Wissen und Einfühlungsvermögen in die Situation der Zielgruppe verlangt, so dass sich die Frage nach der Etablierung einer „Sonderstruktur“ für allein Erziehende, die Alg II beziehen werden, stellt. Für eine solche Abtrennung der allein Erziehenden als Zielgruppe mit eigener Beratungsstruktur spräche einmal die besonders große Bedeutung, die die Lösung des Kinderbetreuungsproblems für allein Erziehende hat. Ihr persönliches Netz ist an entscheidender Stelle dünner, weniger reißfest als das in Zwei-Eltern-Familien, ihre Angewiesenheit auf institutionelle oder besonders stabile informelle Kinderbetreuung umso größer. (Der Punkt wird im folgenden Abschnitt ausführlicher und abschließend aufgenommen). Auch vor diesem Hintergrund lässt sich die These formulieren: Nur wenn eine solche Sonderstruktur zumindest optional für die Zielgruppe zur Verfügung steht, dürfte „operativ“ garantiert sein, dass die normative und mentale Umstellung, die mit dem Ernstnehmen der Erwerbsorientierung auch allein Erziehender mit Kindern unter drei Jahren verbunden ist, in der Beratung auch tatsächlich greift.

Die befragten allein Erziehenden haben zu einem hohen Anteil – Migrant/innen stärker als Einheimische – das Vorhalten von besonderen Ansprechstellen und Angeboten für allein Erziehende befürwortet – allerdings bezog sich diese Frage nicht speziell auf die Organisation der für die Auszahlung von Sozialhilfe (bzw. der neuen Leistung ALG II) zuständigen amtlichen Stellen.

Die Erfahrungen, die nach bisheriger Rechts- und Organisationslage mit Sonderstrukturen und -programmen für allein Erziehende gesammelt wurden, sind durchweg nicht systematisch dokumentiert und im strengen Sinn evaluiert. Aus einzelnen Kommunen, die die ganzheitliche Beratung für allein Erziehende über Leistungsverträge an Dritte vergeben haben, liegen allerdings vergleichsweise präzise Informationen vor. Das Thema wird in der weiteren Projektarbeit weiter verfolgt. Je nach Gewicht und Qualität der gesammelten Daten und bewertenden Projektinformationen ist dann zu überlegen, in welcher Form ein evtl. Votum für „Sonderstrukturen“ für die Zielgruppe „allein Erziehende“ ggf. als solide begründete Empfehlung weiter gegeben werden kann.

### **5. Geeignete, „passgenaue“ Kinderbetreuung zählt zu den Schlüsselfaktoren bei der Arbeitsmarktintegration von allein Erziehenden**

Fehlende passgenaue Kinderbetreuungsmöglichkeiten zählen nach Angaben vieler allein Erziehender zu den Hauptgründen für bislang gescheiterte Bewerbungen. Für jede dritte Befragte stellt die ungünstige Betreuungssituation ein Hindernis bei der Stellensuche dar. Trotz der hohen Erwerbsmotivation sind daher die Hälfte der befragten allein Erziehenden wegen eigener Kindeserziehung und -betreuung ans Zuhause gebunden.

#### **Mehr Tagesmütter?**

Fast 80 % der nicht erwerbstätigen Sozialhilfebezieher/innen wären im Falle eines baldigen Stellenantrittes auf (zusätzliche) Kinderbetreuungsmöglichkeiten angewiesen. Die meisten allein Erziehenden würden auf öffentliche Betreuungseinrichtungen zurückgreifen (38 %). An zweiter Stelle rangieren bereits die Tagesmütter mit 14,4 %, die zur überwiegenden Mehrheit von Müttern mit Kindern unter drei Jahren in Anspruch genommen werden würden. Hat die Betreuung von Kindern durch Tagesmütter in Deutschland bislang zahlenmäßig nur eine geringe Bedeutung (im Mittel unter 3 %), so scheint sich durch dieses Befragungsergebnis abzuzeichnen, dass diese Betreuungsform auch für allein erziehende Mütter wichtiger und womöglich „passgenauer“ als für „Kernfamilienmütter“ ist. Zeitliche und familiäre (kein Ehemann/Partner als Betreuungsperson) Betreuungsdefizite können damit leichter und flexibler abgefangen werden.

Für die Befragten sind aber auch informelle Betreuungsformen denkbar und wichtig: 12,9 % würden ihre Freunde/Bekanntes sowie 8,7 % die Großeltern der Kinder als potentielle Betreuungspersonen für die regelmäßige Betreuung heranziehen. Und zu den informellen Betreuungsarrangements gehört auch, dass ältere Geschwister für jüngere Verantwortung übernehmen.

### **Orientierendes Beratungsangebot zur Lösung des Problems Kinderbetreuung notwendig**

In unserer Befragung war danach nicht gefragt worden – aber ein spezielles und weitwinkliges Beratungsangebot zu allen Fragen rund um die Kinderbetreuung erweist sich nach Erkenntnissen aus den Nürnberger Experteninterviews und aus bundesweiten Projektrecherchen als ein weiterer wichtiger Baustein in einem kommunalen Handlungskonzept. Gerade wegen der besonderen Angewiesenheit allein Erziehender auf stabile institutionelle Kinderbetreuung in einem Umfeld, das noch auf Jahre von einem Nachfrageüberhang vor allem für unter Dreijährige und für Schulkinder bestimmt sein wird, erweist sich eine individuell passgenaue Beratung, die mehr ist als einfache Platzvermittlung, als ein wichtiger Lösungsansatz. In dieser Beratung ist es auch Aufgabe, mit den Ambivalenzen und den Schuldgefühlen konstruktiv umzugehen, die allein Erziehende bei ihren Plänen, erwerbstätig zu werden, häufig umtreiben. Die Ablehnung möglicher Kinderbetreuungsarrangements kann dabei u.U. nur eine maskierte Form von Schuldgefühl und schlechtem Gewissen sein – und erfahrene Berater/innen können auch dabei Unterstützung geben, im eigenen sozialen Umfeld Arrangements zu schaffen, die bis hin zur Gewinnung einer vom Jugendamt finanzierten Tagesmutter aus der eigenen Verwandtschaft oder Nachbarschaft reichen können.

### **6. Besonderer Unterstützungsbedarf von Migrant/innen, vor allem: Sprachförderung und Sprachmediation (Gemeindedolmetscher)**

In der Befragung wurde, für die Migrant/innen, auch das Thema „Integration“ aufgegriffen. 66,7 % der teilnehmenden Migranten/innen fühlen sich in Deutschland gut oder gar sehr gut integriert. Etwa 20 % sind „teils, teils“ zufrieden und nur eine kleine Minderheit (13,7 %) äußert sich nicht und überhaupt nicht zufrieden mit ihrer gesellschaftlichen Integration.

Wie zu erwarten war, ist das Gefühl von Integration um so stärker ausgeprägt, je kompetenter sich die Migranten/innen hinsichtlich der vier sprachlichen Anforderungsbereiche „*verstehen, sprechen, lesen und schreiben*“ der deutschen Sprache einschätzen.

Auch mit zunehmender Kontaktintensität zu „einheimischen“ Nachbarn, Freunden, Bekannten und Kollegen/innen ist ein Anstieg der Zufriedenheit mit der Integration zu beobachten. Den relativ großen Zufriedenheitswerten mit der Integration in Deutschland steht allerdings ein relativ hoher Wert bei der Unzufriedenheit mit der gesamten Lebenssituation (22 %) gegenüber, der bei den einheimischen Befragten nur bei 14 % liegt.

In Bezug auf ihre allgemeinbildenden schulischen Abschlüsse wie für ihre Berufsabschlüsse gilt für die Migrant/innen unter den Befragten, dass sie vor allem fehlende oder niedrige Abschlüssen aufweisen, aber gleichzeitig bei den qualifizierten Abschlüssen (Abitur) höhere Anteile aufzuweisen haben als die einheimischen allein Erziehenden.

Ihre Sprachkenntnisse stufen die in Nürnberg befragten allein erziehenden Migrant/innen als vergleichsweise gut ein. Nur ein Drittel von ihnen hält den Besuch von Deutschkursen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration für notwendig (aber, widersprüchlich dazu, ein größerer Anteil ist *bereit*, an weiteren Sprachkursen teilzunehmen). Der Großteil von ihnen schätzt sich so ein, dass er Deutsch gut/sehr gut beherrscht, und das in allen Anforderungsbereichen: Verstehen, Lesen, Sprechen und Schreiben (wobei nur die Schreibkenntnisse als etwas schlechter eingeschätzt wer-

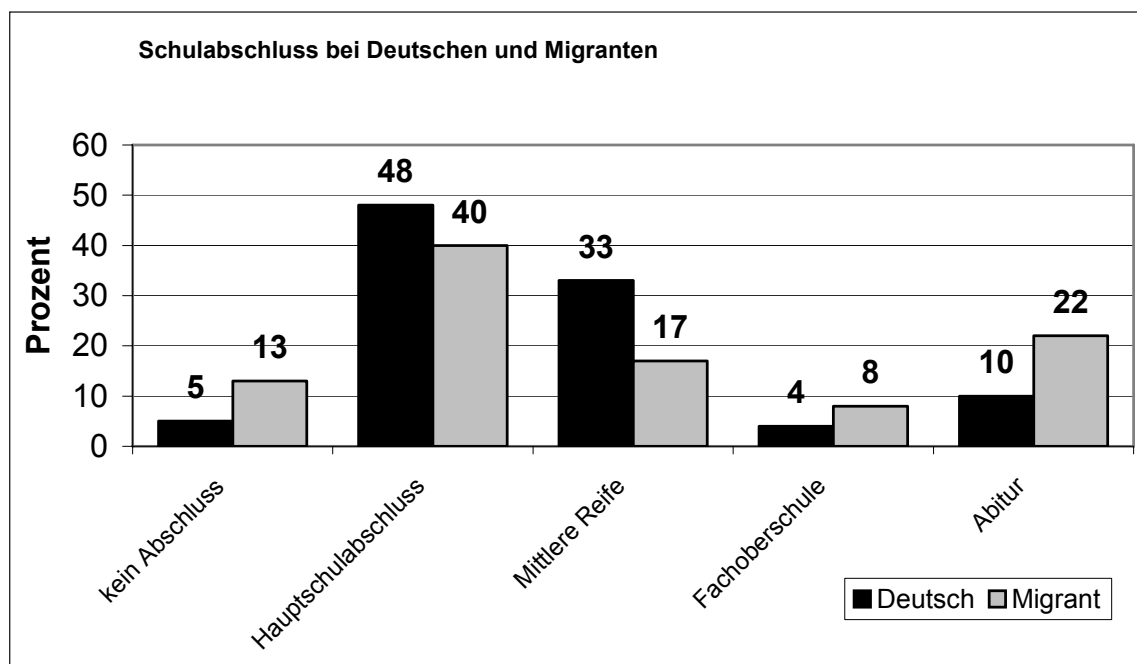


Abb. 4

den als die drei übrigen Sprachbereiche). – Es ist allerdings zu vermuten, dass dieses sehr positive Bild auf die Positivselektion der an der Untersuchung beteiligten Migrant/innen zurück zu führen ist, wurden doch die Interviews durchweg auf Deutsch und nur z.T. mit Hilfe auch muttersprachlicher Interviewer/innen durchgeführt.

Nach ihrer alltäglichen Sprachpraxis gefragt, gibt die größte Teilgruppe der befragten Migrant/innen an, „mal so, mal so“ zu sprechen, also das Deutsch als Zweitsprache mit ihrer Herkunftssprache zu mischen. Überwiegend auf Deutsch verständigt sich alltags eine mit 30 % immerhin recht große Teilgruppe, etwas kleiner – mit 26 % – ist die Gruppe, die im Alltag überwiegend die eigene Muttersprache benutzt. Dieses Bild deckt sich mit Befunden zur Sprachpraxis in Familien, die auf die „gelebte Mehrsprachigkeit“ abheben und für eine stärkere Anerkennung dieser alltäglichen Mehrsprachigkeit auch in Konzepten des Sprachunterrichts, für Kinder und Jugendliche ebenso wie für Erwachsene, plädieren (Forschungsbefunde aus den 90er Jahren zusammen fassend: Gogolin 2000).

Die Experteninterviews zeichnen zum Bedarf an Sprachförderung ein anderes Bild. Da die Anforderungen an sprachliche Verständigungsfähigkeit einschließlich schriftsprachlicher Fähigkeiten im Lesen und Schreiben selbst in niedrig qualifizierten Beschäftigungen immer weiter ansteigen, wird der Zugang auch zu diesem Arbeitsmarktsegment für Menschen mit fehlenden deutschen Sprachkenntnissen immer schwieriger. Und für die Teilnahme an berufsqualifizierenden Maßnahmen oder gar das Durchlaufen einer Berufsausbildung sind Fähigkeiten zum Verstehen von und zum Umgang mit komplexen fachsprachlichen Begriffen eine Voraussetzung – weshalb viele Migrant/innen schon an den sprachlichen Eingangstests, die z.B. bei vom Europäischen Sozialfonds mitfinanzierten Qualifizierungsmaßnahmen eine Voraussetzung sind, scheitern.

Vor diesem Hintergrund haben verschiedene Sprachkursträger niedrigschwellige Sprachförderangebote entwickelt, die auf die Lebenssituation von „Familien“ und damit auch allein Erziehenden

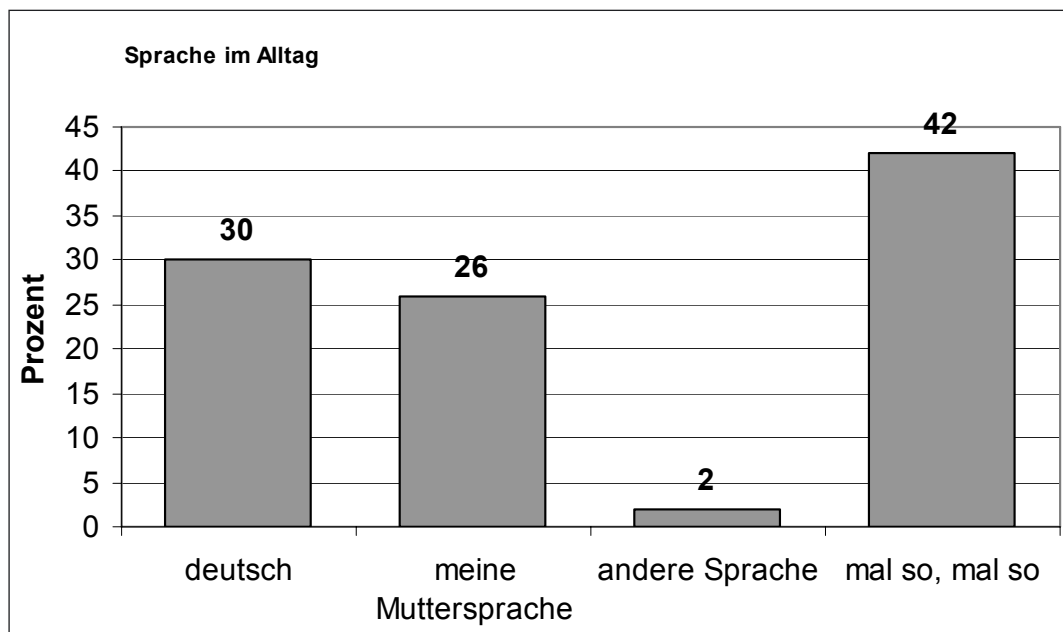


Abb. 5

Rücksicht nehmen (durch Teilzeitform, Kurspausen während der Schulferien, Stützunterricht für Langsamler ohne ausreichende Ruhe und Freiraum zum häuslichen Lernen) und zusätzlich Elemente einer beruflichen Orientierung (EDV-Modul sowie begleitete Betriebspraktika) integrieren. Diese Angebote finden in Nürnberg großen Zuspruch – worin sich, so die Einschätzung auch bei Sprachkursträgern, eine verstärkte Hinwendung zum Deutschlernen als einer unerlässlichen Voraussetzung für die Teilnahme am Leben in Deutschland ausdrückt. Die Angebote sind aber so stark „am Puls“ des Bedarfs entwickelt, dass die soeben umgewälzten Strukturen für die Finanzierung von Sprachförderangeboten dafür keine Finanzierungen vorsehen. Es besteht deshalb ein dringender Entwicklungsbedarf für die Ausweitung und Finanzierung derartiger niedrigschwelliger Sprachförderangebote mit einem Bezug zur Erwerbsintegration auf kommunaler Ebene.

Integrationsprobleme als Verständigungsprobleme auch dies- und jenseits des Arbeitsmarkts bestehen für die große und rasch wachsende Gruppe allein Erziehender Migrant/innen z.B. beim Kontakt mit Ämtern, Kindergärten, Schulen, im Gesundheitswesen und mit Beratungsstellen. Die seit langem geforderte interkulturelle Öffnung der sozialen Dienste ist in Bezug auf die Integration von zweisprachigen Migrant/innen in den letzten Jahren nur in Teilbereichen merkbar vorangekommen, was nicht zuletzt mit dem defacto-Einstellungsstopp in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes und im Sozialbereich zu tun hat. Es bleibt deshalb ein dringender Bedarf an zweisprachigen Mediator/innen, die vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich zwischen sprachlich ungewandten Migrant/innen und Professionellen vermitteln können. Dafür sind in einigen Modellstädten (Hannover, München, Berlin) Poolmodelle für „Gemeindedolmetscher“ entwickelt worden, wie sie in anderen europäischen Ländern, z.B. den Niederlanden, auf professioneller Basis schon seit langem landesweit etabliert sind. Allein erziehende Migrant/innen mit mangelhaften deutschen Sprachkenntnissen – und ihre Kinder! – würden gerade wegen ihrer schwächer ausgebildeten sozialen Netze als wichtige Gruppe von solchen Poolösungen für die Sprachvermittlung profitieren.

## **7. Sozialräumliche Angebote: die Nachbarschaft als Ressource**

In der Nürnberger Befragung zeichnet sich eine Gruppe von allein Erziehenden ab, zu der viele der Migrant/innen gehören, die sich durch geringes Orientierungsvermögen im sozialstaatlichen Netz, geringe Problemlösungskompetenz, niedrige Information über bestehende Unterstützungsmöglichkeiten, geringen Arbeitsmarktkontakt und zugleich ein schwach ausgebildetes eigenes soziales Netz auszeichnet. Diese Gruppe findet auch nur schwer Zugang zu den bestehenden Beratungsangeboten.

Als „Ausfallbürge“ für die nur schwach ausgebildeten privaten sozialen Netze dieser Gruppe bzw. für nach Trennung/Scheidung umgezogene allein Erziehende mit einem Bedarf nach sozialer Neuorientierung sind offene, niedrighschwellige Angebote für die Begegnung und den Erfahrungsaustausch mit anderen Frauen in ähnlicher Lage, zur Gewinnung von Anregungen und Informationen sowie für bewältigungsorientierte Beratung in den Stadtquartieren ein wichtiger weiterer Baustein in einem kommunalen Handlungskonzept.

Die Verbindung dieses „weichen“ Baumaterials mit der „hardware“ eines kommunalen Unterstützungskonzepts für allein Erziehende aus Arbeitsberatung und -vermittlung, Qualifizierungswegen, Kinderbetreuung ist eine Fragestellung, der im Projekt in den nächsten Monaten nachgegangen wird: sowohl in Nürnberg, u.a. durch weitere Experten- und (qualitative) Zielgruppeninterviews, als auch bundesweit über die Ressourcen des Steuer- und des erweiterten Kreises im Projekt, der im Anschluss an den Workshop vom 16. Juni 2004 zu einem vorerst virtuellen, aber ressourcenreichen Netzwerk angewachsen ist.

## Materialien/Literatur

- BECKER-SCHMIDT, REGINA 1984: Eines ist zu wenig, beides ist zuviel. Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik. Bonn: Dietz
- BENDER, STEFAN/KOHLMANN, ANNETTE/LANG, STEFAN (2003): Women, Work, and Motherhood. Changing Employment Penalties for Motherhood in West Germany after 1945 – A Comparative Analysis of Cohorts Born in 1934–1971. Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Working Paper WP 2003-006, February 2003 (<http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2003-006.pdf>)
- BLANK, REBECCA 1998: It takes a nation. A New Agenda for Fighting Poverty. Cambridge/Mass.: Princeton Univ. Press with Russell Sage Foundation
- BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT 2002: (Teilzeit-)Ausbildung für junge Mütter und Väter. Modellprojekte aus der Praxis. (= Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste ibv, 02/02, 9.1.2002)
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG 2001: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin (Zugleich Bundestags-Drucksache 14/5990)
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND 2004: Hartz bringt viel – auch für allein Erziehende. Flyer. Berlin (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/hartz-iv-bringt-viel-fuer-alleinerziehende.property=pdf.pdf>)
- ENGELBRECH, PETER/JUNGKUNST, MARIA 2001: allein Erziehende Frauen haben besondere Beschäftigungsprobleme. IAB-Kurzbericht Nr. 2/2001. Nürnberg (<http://doku.iab.de/kurzber/2001/kb0201.pdf>)
- EVANS, MARTIN/HARKNESS, SUSAN/ORTIZ, RAMON ARIGONI 2004: Lone parents cycling between work and benefits. Department for Work and Pensions: Research Report No 217. Centre of Analysis of Social Policy at the University of Bath on behalf of the Department for Work and Pensions. Leeds: Corporate Document Services (<http://www.dwp.gov.uk/asd/asd5/rports2003-2004/rrep217.asp>)
- GDW – BUNDESVERBAND DEUTSCHER WOHNUNGSUNTERNEHMEN E.V. (HRSG.): „Überforderte Nachbarschaften“, Köln/Berlin, 1998
- GOGOLIN, INGRID 2000: Minderheiten, Migration und Forschung. Ergebnisse des DFG-Schwerpunktprogramms FABER. In: dies./Nauck, Bernhard/Hrsg.): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Resultate des Forschungsschwerpunktprogramms FABER. Opladen: Leske & Budrich, 15–36
- HÄUSSERMANN, HARTMUT 2004: Zwischenevaluation des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“. In: Walther, Uwe-Jens/Mensch, Kirsten (Hrsg.): Armut und Ausgrenzung in der „sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. (=Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie/Gesellschaftswissenschaften. Praxis + Theorie). Darmstadt: Schader Stiftung, 268–287
- HAMMER, VERONIKA 2004: Die Transformation kulturellen Kapitals. Berufliche Weiterbildung für Risikogruppen allein erziehender Frauen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- INFAS INSTITUT FÜR ANGEWANDTE SOZIALWISSENSCHAFT GMBH 2003 (HESS, DORIS/SCHRÖDER, HELMUT/SMID, MENNO UNTER MITWIRKUNG VON CRAMER, RALPH/GILBERG, REINER UND MARWINSKI, KAREN): Workshop der MoZArT-Modellvorhaben, Präsentation ausgewählter Ergebnisse 9. Oktober 2003. ([http://www.bma-mozrat.de/html/files/infas\\_ergeb.pdf](http://www.bma-mozrat.de/html/files/infas_ergeb.pdf))

- JURCZYK, KARIN (2003). allein Erziehende zwischen Privatheit und Institution. In: Fegert, Jörg M.; Ziegenhain, Ute (Hrsg.) Hilfen für allein Erziehende. Die Lebenssituation von Einelternfamilien in Deutschland. Weinheim, Basel, Berlin: Beltz, 36–46.
- KRÖNER, PETRA/LIMMER, RUTH 2003: Beratung für allein Erziehende – ein Schwerpunkt der Kirchlichen Allgemeinen Sozialarbeit. In: Limmer, Ruth (Hrg): allein Erziehende in der psychosozialen Beratung. Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg ifb (= Materialien Nr. 5-2003)
- LEIBFRIED, STEPHAN/LEISERING, LUTZ/BUHR, PETRA 1995: Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- MILLAR, JANE 2003: Employment Policies for Lone Parents, in: Millar, Jane/Evans, Martin 2003: Lone parents and employment: International comparisons of what works. Prepared for the Department for Work and Pensions. December 2003. Centre for the Analysis of Social Policy (<http://www.dwp.gov.uk/jad/2003/181rep.pdf>)
- NADER, LAIMA/PAUL, GWENDOLYN/PAUL-KOHLHOFF, ANGELA 2003: An der Zeit. Zur Gleichzeitigkeit von Selbstständigkeit und Begleitung aus Sicht der Betriebe, der Berufsschule und der Bildungsträger. Münster u.a. (= Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Bd. 48): LIT Verlag
- PFAU-EFFINGER, BIRGIT 2000: Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Opladen: Leske & Budrich
- PINL, CLAUDIA 2004: Wo bleibt die Zeit? Die Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamts. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B31-32/2004
- POLAKOV, VALERIE/HALSKOV, THERESE/JORGENSEN, PER SCHULTZ 2001: Diminished Rights: Vulnerable Lone Mothers and Their Children in Denmark. Bristol: The Policy Press
- SCHMALS, KLAUS M./WOLF, ANETTE 2002: Armutsorientierte Stadtentwicklung – Studie: Die Soziale Stadt. Dortmund: Institut für Raumplanung an der Universität [http://www.raumplanung.uni-dortmund.de/soz/skripte/soziale\\_stadt\\_inhalt.htm](http://www.raumplanung.uni-dortmund.de/soz/skripte/soziale_stadt_inhalt.htm)
- SCHOLZ, JENDRIK 2004: 5 Jahre ‚Fördern und Fordern‘ in der Stadt Köln: Vorbild für die Umsetzung von ‚Hartz IV‘? in: neue praxis (np), Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik (Luchterhand), Heft 4/2004, S. 396 bis 402 (ISSN 0342-9857), Originalversion als PDF: [http://www.jendrik-scholz.de/np\\_Scholz.pdf](http://www.jendrik-scholz.de/np_Scholz.pdf)
- STATISTISCHES BUNDESAMT 2004: Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(inne)n laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach Typ der Bedarfsgemeinschaft am Jahresende in Deutschland
- STATISTISCHES BUNDESAMT 2004: Haushalte von Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende in Deutschland. 1996–2003
- STATISTISCHES BUNDESAMT 2004: Haushalte von Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende – Sozialhilfequoten. Deutschland. 1996–2003
- ZYBELL, UTA 2003: An der Zeit. Zur Gleichzeitigkeit von Berufsausbildung und Kindererziehung aus Sicht junger Mütter. Münster u.a. (= Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Bd. 47): LIT Verlag



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Dieses Projekt wurde vom Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.